REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 481 · 20.2.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Stimme der reinen Vernunft
2. Ein Prozess und seine Geheimdienste
3. Krise und Barbarei
4. Der Iran im Visier der Großmächte
5. Das islamistische Regime im Iran
6. Genosse Komma will Alles
7. Die Kollegin vom Straßenstrich
8. Gemeinsame Orte
9. Prostitution in Deutschland
10. Nie erlaubt, oft geduldet
11. "Moskau wird nicht aufgegeben!"
12. Frauen in der Roten Armee
13. AUFGEBLÄTTERT
14. Leserbrief vom Conne Island Plenum
15. Poesie der Unvergänglichkeit
16. Kritische Bedingungen für Kritik?
17. Europas Kern-Linke
18. Mit Netz, aber ohne doppelten Boden
19. Produktives Missverständnis
20. Brückenschlag ins eigene Spektrum
21. Arbeitermacht im Niedriglohn?
22. Konkrete Arbeit am Kapital
23. München: Respekt! 10.000 zu Antikriegsdemo verführt
24. Weder Kopftuch noch Verbot!
25. Der Fundus des Türk-Raps
26. Ein Forum, eine Rede, eine Leerstelle
27. Klassen-Gewitter
28. Ende einer Ausstellung
29. Europäische Aktionstage gegen Sozialabbau am 2. und 3. April
30. Zoff um Stoff
31. (Haar-)Risse im Putz
32. Abschied von der 35-Stunden-Woche
33. Die Querfront marschiert
34. "Wir organisieren uns, ohne eine neue Organisation zu schaffen"
35. Erster Preis im RIM-Ähnlichkeitswettbewerb
36. Ohrenpropaganda
37. KALENDER
38. Dümpelnd in den Untergang
39. EDITORIAL
40. Auf zum Endspurt!
41. Vernetzung

1. Die Stimme der reinen Vernunft

Grundzüge der Philosophie Immanuel Kants (22.4.1724 - 12.2.1804)

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:01

Kant boomt. Nicht nur die Medien - der Spiegel (1/2004) mit einer Titelgeschichte - stürzen sich auf den Gelehrten. Auch gebildete Politikberater wie Jürgen Habermas und Jacques Derrida bringen Kant ins Spiel, um ihr Eintreten für ein mit den USA konkurrierendes "Kerneuropa" weniger angreifbar zu machen. Der folgende Artikel zeigt, dass Kants Philosophie für derlei durchsichtige Manöver wenig hergibt - und dass sie vielmehr auch Linken einiges zu bieten hat.

Immanuel Kant gilt als der Philosoph der Aufklärung. Einmal wegen seiner berühmten Antwort auf die Frage Was ist Aufklärung? Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen ... Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung. (1) Besonders aber weil er, wie diese Sätze erkennen lassen, den Zentralbegriff aufgeklärten Denkens, die Vernunft, zum alleinigen Thema seiner Philosophie erhob. Selbstaufklärung und Selbstkritik der Vernunft mit ihren eigenen Mitteln, dem rein vernünftigen Denken, war das Programm Kants. Ihm ging es um die Fähigkeiten und Grenzen des Menschen als Vernunftwesen.

Politisch bedeutete das: Freiheit für die Vernunft! Kant ging es um das Recht des Menschen, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen. Ein Mensch kann zwar ... die Aufklärung aufschieben; aber auf sie Verzicht tun, es sei für seine Person, mehr noch für die Nachkommenschaft, heißt die heiligen Rechte der Menschheit verletzen und mit Füßen treten. Wegen der Toleranzpolitik Friedrich II. in Religionsdingen erklärte der Königsberger Philosoph seine Zeit zu einem Zeitalter der Aufklärung, wohlweislich unterschieden von einem aufgeklärten Zeitalter. Seine innerste Anteilnahme galt der französischen Revolution. Als er von ihrem Ausbruch erfuhr, sprach er mit Tränen in den Augen zu Freunden: Jetzt kann ich sagen wie Simon: Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren, nachdem ich diesen Tag des Heils gesehen. (2) Auch zehn Jahre später sah er in ihr eine Begebenheit unserer Zeit, welche die moralische Tendenz des Menschengeschlechtes beweiset.

Die Grundlagen für eine aufgeklärte Weltsicht, eine aufgeklärte Moral und eine aufgeklärte Politik legte Kant in den drei Kritiken der Vernunft. Sie geben Antwort auf die Fragen: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch?

Die Kritik der reinen Vernunft widmet sich der Frage der metaphysischen Erkenntnis. Kant beleuchtet das Drama der menschlichen Erkenntnisversuche bezüglich Freiheit, Gott und Unsterblichkeit. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es im Wesen der theoretischen Vernunft liegt, diesbezüglich keine gesicherte Antwort zu erlangen. Die Vernunft sei nicht im Stande, hinter die sichtbare Wirklichkeit zu schauen, um die Dinge an sich zu sehen. Die menschliche Freiheit ist auf dem Wege vernünftigen Denkens nicht beweisbar.

Revolution als Befreiung der Vernunft

Die theoretische Vernunft gibt immer nur Antwort auf die Frage, warum etwas geschah. Sie findet immer Gründe und neigt zu einem Weltbild, in dem alles kausal bestimmt ist. Dafür dass ein Geschehen, eine Handlung so kommen musste, wie sie kam, dafür sprechen zwar keine logischen Gründe. Aber die theoretische Vernunft, notwendigerweise immer zurückblickend, kann allenfalls die These der Freiheit für alternative Handlungsmöglichkeiten aufstellen. Alles, was ihr sichtbar ist, sind Gründe, weshalb es so kam, wie es kam. Freiheit ist logisch nicht ausgeschlossen, aber nur ein schwarzes Loch. Der Mensch der theoretischen Vernunft neigt deshalb zu einem naturwissenschaftlichen, deterministischen Weltbild.

In der Kritik der praktischen Vernunft verändert sich die Perspektive. Jeder Mensch, dessen Handlungen von außen betrachtet bedingt und äußerlich verursacht erscheinen, erlebt sich selbst gleichzeitig als frei agierend nach Maßgabe seiner praktischen Vernunft, nach frei gewählten Vorsätzen und Maximen. Was von außen wie das notwendige Glied einer Kette erscheint, ist für das handelnde Subjekt autonomes Tun. Diese unaufhebbare Differenz der Perspektiven vor Augen, sprach Kant davon, dass der Mensch Bürger zweier Welten ist. Beide Welten bestehen, ohne sich zu berühren, weil die Freiheit des Subjektes keine

objektivierbare Gegebenheit ist. Als Teil der bedingten Welt wäre sie nicht mehr Freiheit, der das Siegel der Unbedingtheit zugehört. Für Kant ist sie ein notwendiges Postulat.

Der moralisch frei handelnde Mensch, um den es in der Kritik der praktischen Vernunft geht, hat also den Seinscharakter einer notwendigen Forderung. Das bedeutet nicht eine mindere Form der Realität oder gar eine Illusion. Das Postulat der Freiheit zwingt vielmehr, mit ihrer, wenn auch für die theoretische Vernunft unsichtbar bleibenden, Realität fest zu rechnen. Jedes Gerichtswesen setzt die Zurechenbarkeit von Taten, also moralische Freiheit voraus. Der Gewissensbiss und die Reue ergäben keinen Sinn, wenn nicht auch tatsächlich anders hätte gehandelt werden können. Ohne moralische Entscheidungsfreiheit wären alle Bemühungen um Aufklärung und Besserung des Menschengeschlechtes Chimäre. Die Unbeweisbarkeit der moralischen Freiheit ist ihr Wesen. Die Begründung der Moral durch Psychologie oder andere Zwänge wäre ihr Begräbnis. Indem Kant empirische Ursachen für freies Handeln strikt negiert, hebt er die menschliche Freiheit auf ihren Thron.

Als moralische Gebote (Imperative) gelten Kant jene Grundsätze (Maximen) menschlichen Handelns, von denen jeder wollen kann, dass sie Bestandteil einer universalen Gesetzgebung werden. Handle jederzeit nach derjenigen Maxime, deren Allgemeinheit als Gesetz du zugleich wollen kannst ... ein solcher Imperativ ist kategorisch.

Moralisches Handeln ist zweckfrei

Kant unterscheidet hypothetische Imperative von kategorisch geltenden. Erstere beziehen sich auf Handlungen, denen ein Zweck als Motiv zu Grunde liegt. Zwecke sind vielfältig. Sie betreffen die Geschicklichkeit, um etwas zu erreichen oder ihre Absicht ist die eigene Glückseligkeit. Mit zweckbestimmten Handlungen fördert das Subjekt sein Wohlbefinden. Dagegen liegt dem kategorischen Imperativ kein Interesse zu Grunde. Moralisches Handeln ist zweckfrei, von keiner selbstbezüglichen Absicht geleitet.

Die Fähigkeit der Vernunft, vom Eigeninteresse zu abstrahieren und nach Maximen einer universalen Gesetzgebung zu handeln, erweisen sie als autonomen universalen Gesetzgeber und den Menschen als moralisches Vernunftwesen. Moralisches Handeln bezieht sich immer auf die Menschheit und ihren moralischen Fortschritt. Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest.

Für Kant entspringt der Realitätscharakter der moralischen Freiheit aus der gesetzgebenden Tätigkeit der Vernunft, die ohne diese zwingende Annahme eine sinnlose Veranstaltung wäre. Das meinte Kant, wenn er sagte: Du kannst, denn du sollst. Die Hoffnung auf einen moralischen Fortschritt der Menschheit und auf einen durch ein moralisches Weltbürgertum getragenen ewigen Frieden sind in der notwendigerweise unbeweisbaren und unabweisbaren moralischen Freiheit des Menschen begründet.

Die Kritik der Urteilskraft betrachtet die Natur, die Schönheit und Erhabenheit, die wir ihr gegenüber empfinden. Die zweckmäßig anmutende Welt der Lebewesen ist für die theoretische Vernunft, die alle Phänomene auf eine mechanische Kausalität reduziert, in ihrer biologischen Komplexität unzugänglich. Ihr Erkenntnisstreben zielt dahin, den Ort meiner Seele, d.i. meines absoluten Selbst, irgendwo im Raume anschaulich zu machen. Der Mensch kann aber nur seinem Körper einen Ort geben, nicht aber seiner Seele. Sie ist Gegenstand nur innerlicher, nicht aber äußerlicher Anschauung. Alle Urteile über die Schönheit, Erhabenheit oder Zweckmäßigkeit der Natur sind keine objektiven Wahrheiten, sondern subjektive, allerdings nicht beliebige, sondern allgemein notwendige. Das erkennt Kant z.B. daran, dass das Urteil über Schönheit wohl rein subjektiv gefällt wird, aber immer mit dem Anspruch auf allgemeine Zustimmung auftritt. Wir sagen: die Blume ist, der Vogel singt schön.

Dieses Ergebnis der dritten Kritik ist interessant. Schließt es die unbefriedigende Lücke zwischen den Neigungen, das Naturgeschehen als blinde Kausalkette aufzufassen oder in ihm einen höheren Willen am Werk zu sehen? Beide Sichtweisen sind ungenügend. Erstere wird der Existenz beseelter Lebewesen nicht gerecht. Die zweite kann statt Erkenntnis nur subjektive Vorstellungen erlangen. Die unzureichende objektive Erkenntnisfähigkeit und die Begrenztheit jeden vernünftigen Urteils weisen auf die bleibende Unzugänglichkeit der Welt der Lebewesen und ihren zu achtenden Eigenwert. In diesem Zusammenhang betrachtet Kant Urteile wie schön, erhaben und zweckmäßig als subjektiv notwendig. Er sieht in der nicht zu schließenden Lücke eine Bedeutung für das moralische Gefühl. Das Schöne bereitet uns vor, ... die Natur ohne Interesse zu lieben; das

Erhabene, es, selbst wider unser (sinnliches Ausbeutungs-)Interesse, hochzuschätzen. Ungeahnt eröffnet die Morallehre Kants den Horizont für eine radikale ökologische Ethik.

Für jede allein naturwissenschaftlich orientierte Weltsicht wird der unwiderlegbare Hinweis Kants auf die notwendige Unerkennbarkeit der menschlichen Freiheit ein Stachel im Fleische bleiben. Seele, Freiheit oder das Selbst sind undefinierbar und gegenüber allen wissenschaftlichen Ortungsversuchen auf ewig unzugänglich. Die Hoffnung der Gehirnbiologen, die Freiheit bald im Netzwerk der Neuronen einfangen zu können, wird ebenso blamabel ausgehen, wie der Versuch einiger Kunsthistoriker, die mit Röntgenstrahlen und infrarotem Licht nach der Seele in den Gemälden von Giorgione suchten und nur kleine nasse Flecken fanden. (3) Kants Philosophie hat noch ungenutzte Bedeutung gegenüber dem deterministischen Ansinnen der biotechnologischen Wissenschaften.

Der Ertrag für die Philosophie liegt in dem Primat der Ethik vor der Erkenntnis. Der jüdische Philosoph und Begründer des Neukantianismus Hermann Cohen (1842-1918) hatte die Bedeutung Kants für die Geschichte der Philosophie erkannt. Kant schuf zum ersten Male eine wirkliche Ethik, welche selbstständig und als reine Philosophie und nicht etwa als Psychologie erdacht war ... So atmet die Ethik Kants den Geist der Menschheit. (4) Kant hat die menschliche Person als Zweck an sich selbst und die Menschheit als einzigen und ewig vorgegebenen Bezug für alles menschliche Denken und Handeln erkannt. Kants Moralphilosophie wäre ein Fels in der Debatte um Relativität oder politische Handhabung von Menschenrechten. Moralische Fragen sind nicht verhandelbar.

Ein moralischer Fortschritt der Menschheit ist für Kant unbeweisbar, denn da spricht die Geschichte aller Zeiten gar zu mächtig gegen. Aber das uneigennützige Tun der moralischen Pflicht ist unmöglich für das menschliche Gemüt ohne Hoffnung auf bessere Zeiten und zwar mit uneigennützigem Wohlwollen, wenn wir selbst im Grabe sein, und die Früchte, die wir zum Teil selbst gesäet haben, nicht einernten werden. Empirische Beweisgründe wider das Gelingen dieser auf Hoffnung genommenen Entschließungen richten hier nichts aus. Denn: dass dasjenige, was bisher noch nicht gelungen, darum auch nie gelingen werde, ist ein absolut unberechtigter Schluss.

Die Hoffnung auf ewigen Frieden

Die Hoffnung auf ewigen Frieden geht für Kant notwendig einher mit der moralischen Gesinnung. Folgerichtig unterscheidet er die Staatsverfassungen, die auf Machtkalkül, Bereicherung und Despotie beruhen, von der einen, die wegen der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein, auch noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden bietet. Das ist die republikanische Verfassung. Allein diese bürgerliche Verfassung ist gegründet auf grundlegenden rechtlichen Prinzipien ohne Rücksicht auf vordergründige empirische Zwecke. Die unbedingten Rechtsprinzipien sind die Freiheit aller als Menschen; ihre Gleichheit vor dem Gesetz als Untertan; ihre Selbstständigkeit als Bürger. Allein von Untertanen, die gleichzeitig Staatsbürger sind und menschliche Freiheit genießen, sei zu erwarten, dass sie nie einen Krieg beschließen werden, im Unterschied zu einem absolutistischen Herrscher, der Staat und Volk wie sein Eigentum behandeln kann. Für Kant ist die republikanische Verfassung, die auf der Gültigkeit dieser angeborenen, zur Menschheit notwendig gehörenden und unveräußerlichen Rechte beruht und sie als Prinzip der rechtlichen Verhältnisse der Menschen anerkennt, die erste definitive Voraussetzung zum ewigen Frieden. Die zweite ist das Völkerrecht, das auf einem föderalen Bund solcher Staaten einen Völkerbund erbaut, der sich später zum Friedensbund erweitern soll.

Wenn das Glück es so fügt: dass ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik (die ihrer Natur nach zum ewigen Frieden geneigt sein muss) bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschließen, und so den Freiheitszustand der Staaten, gemäß der Idee des Völkerrechts, zu sichern, und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.

Kant beurteilte die französische Revolution als einen bedeutsamen Fortschritt der moralisch begründeten Hoffnung auf ewigen Frieden und als den möglichen Beginn seiner politischen Verwirklichung.

Klaus-Peter Lehmann

Anmerkungen:

1) Alles im Text kursiv Gedruckte ohne Anmerkung ist entnommen I. Kant, Werkausgabe, Hrg. W. Weischedel, bes. die Bände VII, VIII, X, XI

2) Störig, Kleine Weltgeschichte der Philosophie, S. 425. Das biblische Zitat ist aus Lukas 2,29. Was ist Aufklärung? erschien 1783 in Königsberg. Friedrich II. starb 1786. Die französische Revolution brach am 14. 7. 1789 aus.

3) Die Zeit, 15. 1. 04, S. 37

4) H. Cohen, Religion der Vernunft aus den Quellen des Judentums, S. 281f

2. Ein Prozess und seine Geheimdienste

Seit fast einem Jahr findet in Berlin der zweite Prozess gegen Johannes Weinrich statt

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:02

Bürgerliche und Linke haben jeweils ihre eigenen Gründe, dass zweite Verfahren gegen Johannes Weinrich in Berlin nicht zu beachten. Einig sind sie sich nur im wegschauen. Dabei geschehen dort ähnlich wie im Hamburger Al-Quaida-Prozess richtungweisende Dinge.

Johannes Weinrich sitzt seit 1995 im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit. Von 1996 bis 2000 wurde ihm der Prozess wegen des Anschlages 1983 auf das Berliner Maison de France gemacht. Mit einer juristisch hanebüchenen Urteilsbegründung wurde er seinerzeit zu lebenslanger Haft verurteilt und die besondere Schwere der Schuld festgestellt. Seit März 2003 findet vor der 35. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts ein weiterer Prozess gegen das mutmaßliche Mitglied der Organisation Internationaler Revolutionäre, besser bekannt als Carlos-Gruppe, statt.

Weinrich ist jetzt angeklagt, zwischen 1975 und 1983 an insgesamt sechs Bombenanschlägen in Frankreich, Griechenland und Deutschland maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Ihm wird konkret die Beteiligung an einem Raketenanschlag auf eine Passagiermaschine der israelischen Fluglinie El Al im Jahr 1975 am Pariser Flughafen Orly vorgeworfen. Die Rakete verfehlte zwar ihr Ziel, traf stattdessen aber eine Maschine der jugoslawischen Airline JAT. Motiv für den Anschlag soll laut Anklage Rache für die im Juni 1973 in Paris erfolgte Tötung des Führers der palästinensischen Volksfront zur Befreiung Palästinas gewesen sein. Im Jahr 1981 soll Weinrich für den rumänischen Geheimdienst einen Anschlag auf den Sender "Freies Europa" in München ausgeführt haben. Ein Jahr später soll der syrische Geheimdienst Auftraggeber für ein Sprengstoffattentat in der Pariser Innenstadt gewesen sein, das dem Herausgeber der Zeitschrift Watan Al Arabi galt. Für 1983 sind insgesamt drei Anschläge in der Anklage aufgeführt: Ein misslungenes Attentat auf den saudi-arabischen Botschafter in Athen und zwei Bombenanschläge an Silvester in Frankreich. Eine Bombe detonierte im Bahnhof Marseille, beinahe zeitgleich eine zweite Bombe in einem fahrenden TGV-Schnellzug. In der Anklage heißt es hierzu, die beiden Anschläge seien aus Rache für einen vorangegangenen französischen Luftangriff auf den Libanon ausgeübt worden.

Unter freiwilligem Ausschluss der Öffentlichkeit

Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf die Aussagen zweier Kronzeugen und kopierter Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS). Mitglieder der Carlos-Gruppe hielten sich Anfang der 1980er Jahre zeitweise sowohl in Budapest als auch in Ost-Berlin auf. (Das wussten seinerzeit auch französische und westdeutsche Geheimdienste.) Bei diesen Gelegenheiten haben sowohl der Staatssicherheitsdienst Ungarns als auch das MfS umfangreiches Material über die Gruppe gesammelt. Die "Erkenntnisse" der Ungarn wurden größtenteils dem MfS übergeben.

Die erste Kronzeugin, Weinrichs ehemalige Gefährtin Magdalena Kopp, ist bereits im März auf Grund eines Fehlers von Oberstaatsanwalt Mehlis aus dem Verfahren gekippt. Kopp hatte als "Aussteigerin" der Carlos-Gruppe 1995 vor der Berliner Staatsanwaltschaft umfangreiche Aussagen gemacht, die sie 1996 bei einer richterlichen Vernehmung an ihrem Wohnsitz Neu-Ulm fast wortgleich bestätigte. Als geladene Zeugin im Weinrich-Prozess hat sie allerdings vor Gericht von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht, weshalb auch die staatsanwaltlichen Aussagen nicht ins Verfahren eingeführt werden konnten. In einem Beschluss auf Antrag der Verteidigung hat die 35. Große Strafkammer verkündet, dass auch die richterliche Vernehmung einem Verwertungsverbot unterliege, da die Verteidigung seinerzeit von den Vernehmungen nicht benachrichtigt wurde. Die damalige Begründung von Staatsanwalt Mehlis, mit einer Benachrichtigung der Verteidiger wäre der Untersuchungserfolg gefährdet, wertete die Kammer als "nicht nachvollziehbar".

Der zweite Kronzeuge des Verfahrens wird von der Verteidigung als "Phantomzeuge" bezeichnet. Ali al Issawi, nach Ansicht der Anklage ebenfalls Mitglied der Carlos-Gruppe, soll sich Anfang 2001 im Gewahrsam des jordanischen Geheimdienstes General Intelligence Department (GID) befunden haben. Französische Ermittler, unter ihnen federführend ein Mitarbeiter des französischen Inlands-Geheimdienstes Direction de la Surveillance du Territoire (DST, etwa vergleichbar mit dem polizeilichen Staatsschutz hier zu Lande), waren

nach Amman gereist, um den Zeugen zu vernehmen. Der GID ist nach Berichten von amnesty international bekannt dafür, "besonders in Fällen von Terrorismus zu foltern".

Vor Ort wurde den Ermittlern erklärt, dass sie Issawi weder sehen noch sprechen können. Also wurde ein Fragenkatalog übergeben, der von einem Dolmetscher ins Arabische übersetzt, dem angeblichen Zeugen vorgelegt wurde. Die Antworten wurden nicht wörtlich protokolliert, sondern in Berichtsform abgefasst und ins Französische rückübersetzt. Als Beleg für die Identität Issawis wurden den Franzosen Fingerabdrücke, die Kopie eines Fotos aus einem gefälschten Ausweis und eine Speichelprobe übergeben.

Weder die französischen noch die deutschen Behörden und Dienste haben jedoch Vergleichsmaterial, so dass es bis heute keinen Beweis für die Identität des seinerzeit angeblich Vernommenen gibt. Die "Aussage" ist zudem weder datiert noch unterschrieben und es fehlt jeglicher Hinweis auf eine Zeugenbelehrung. Der Umstand, dass der Kammervorsitzende noch im März 2003 festgestellt hatte, dass eine solche Aussage nach deutschem Strafprozessrecht nicht verwertbar sei, spielte ein halbes Jahr später keine Rolle mehr. Nach der Sommerpause hat die Schwurgerichtskammer beschlossen, diese "Aussage" in das Verfahren einzuführen.

Beweismittel: Kronzeugen und Stasi-Material

Auch im so genannten Al-Quaida-Prozess gegen Abdelghani Mzoudi in Hamburg erlangte ein derartiger "Zeuge" Beweiskraft. Denn um nichts anderes handelt es sich bei der vom Bundeskriminalamt dem Hamburger Gericht zur Verfügung gestellten Zusammenfassung von Vernehmungen eines namentlich nicht-genannten Mannes durch US-amerikanische Stellen. Eine solche Praxis geht weit über die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) in so genannten V-Mann-Verfahren hinaus und wird von einer "kritischen Öffentlichkeit" bis dato fast nicht beachtet. Zeugen vom Hörensagen berichten von weiteren Zeugen vom Hörensagen, die nicht identifizierte Zeugen vernommen haben wollen. Sollte sich diese Praxis durchsetzen, würde damit deutsche Rechtsgeschichte geschrieben werden, die zukünftig nicht nur "Terroristen" treffen könnte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Weinrich-Prozess ist der Umgang mit MfS-Akten. Umfangreiches MfS-Material über die Gruppe "Separat" (MfS-Deckname für die Carlos-Gruppe) hatte nach 1990 eine Odyssee durch das Bundesinnenministerium, den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz erlebt. Von den mindestens 30 Aktenordnern stehen im jetzigen Verfahren lediglich fünf Ordner in Kopie zur Verfügung. Der einzige im Original vorliegende Ordner weist nach Aussagen ehemaliger Mitarbeiter des MfS erhebliche Lücken auf und befindet sich "nicht mehr im Originalzustand". Die Beiziehung der fehlenden Akten wurde vom Gericht abgelehnt. Ein ehemaliger Offizier des MfS, der im Maison-de-France-Verfahren Mitbeschuldigter war, hat im jetzigen Verfahren die Aussage verweigert. Alle weiteren bisher vernommenen Ex-Stasi-Leute konnten sich entweder nicht richtig erinnern oder nur unkonkrete Angaben zu den Attentaten machen.

Symptomatisch für die Beweislage war die Aussage eines ehemaligen MfS-Offiziers, der bekundete, dass sie ihre damaligen Informationen "vielleicht aus der Zeitung" hatten. Die Mitglieder der Carlos-Gruppe hätten gewusst, dass sie überwacht wurden und Weinrich hätte ihnen immer nur das erzählt, was sie einige Tage später auch im Spiegel nachlesen konnten. Die Verteidigung kämpft an dieser Stelle darum, dass MfS-Material nicht zum Prozess zuzulassen, da es auch mit "nicht-rechtsstaatlichen Mitteln" wie etwa illegalem Abhören oder illegalen Durchsuchungen erlangt wurde. Doch bereits die 23. Große Strafkammer hatte im Maison-de-France-Verfahren, in dem Stasi-Material ebenfalls eine entscheidende Rolle spielte, klargestellt, dass westdeutschen Geheimdiensten sehr viel weitergehende Methoden als nur das illegale Abhören zur Verfügung stehen und solcherlei Stasi-Operationen deshalb in diesem Fall rechtens waren.

Der Vorsitzende des jetzigen Verfahrens hat bereits mehrfach zu erkennen gegeben, dass er sich auf diese, durch den Bundesgerichtshof abgesegnete Entscheidung stützen wird. Im Prozess gegen Helmut Kohl galt Stasi-Material als nicht beweiskräftig. Und zwar nur deshalb, weil es vom MfS kam. Oberstaatsanwalt Mehlis hatte das MfS bei anderer Gelegenheit eine "quasi-kriminelle Organisation" genannt. Dies hindert Anklage und Gericht im Falle Weinrich nicht, solche Unterlagen zur Grundlage der Beweisführung zu machen. Offensichtlich hängt die Tauglichkeit derartiger Beweise davon ab, wer angeklagt ist.

Vier der sechs angeklagten Attentate wurden in Frankreich verübt. Bis heute laufen dort offiziell noch die Ermittlungen, keinerlei Anklage wurde erhoben. Die bisher vernommenen französischen Ermittler haben

unisono ausgesagt, dass sie "keine konkreten Beweise" für die Täterschaft der Carlos-Gruppe haben. Die Annahme sei aber "verlockend gewesen" (so der ehemalige Chef der Pariser Kripo). Ein französischer Kriminalinspektor ließ bei seiner Vernehmung erkennen, dass sowohl der Renseignement Generaux (RG, vergleichbar mit dem hiesigen Verfassungsschutz) als auch die Anti-Terror-Division Einfluss auf die Richtung der Ermittlungen genommen haben.

Es kommt darauf an, wer angeklagt ist

Seit 1994 laufen die Ermittlungen in dieser Angelegenheit gänzlich unter der Regie des DST. Dabei hatten die französischen Kriminalbeamten in zwei der vier Tatkomplexen bereits früh eine "heiße Spur". Ein Mitglied einer rechtsextremen spanischen Anti-ETA-Organisation hatte die Anschläge einen Monat vor deren Ausführung bei der Polizei angekündigt. Zu dem Bombenanschlag auf den Bahnhof von Marseille und einen Hochgeschwindigkeitszug hatten sich als erste von insgesamt zwölf Bekennern französische Rechtsextreme gemeldet. Trotzdem findet sich in den kriminalpolizeilichen Abschlussberichten (nach entsprechenden Hinweisen der geheimdienstlichen "Fachstellen") nur noch die Carlos-Gruppe als wahrscheinlichster Urheber dieser Anschläge.

Das einzige bisher belastende Indiz ist eine Notiz eines ehemaligen kubanischen Geheimdienst-Angestellten bei der kubanischen Botschaft in Ost-Berlin, nach der sich Weinrich ihm gegenüber zu den Anschlägen in Marseille bekannt haben will.

Ein interessantes Indiz für die Frage, wer in diesem Verfahren etwas entscheidet, war die Ablehnung der Überführung des in Frankreich einsitzenden Illich Ramirez Sanchez ("Carlos") als Zeuge im Berliner Prozess. Die Kammer hatte in einem Rechtshilfeersuchen an das französische Justizministerium um die Überstellung von Sanchez gebeten, da dieser es abgelehnt hatte, sich per Videokonferenz oder vor Ort vernehmen zu lassen. Die Franzosen waren einverstanden, wenn bestimmte Sicherheitsgarantien gewährleistet seien. "Im Benehmen mit der Bundesregierung" und "nach reiflicher Überlegung" hatte dann die Berliner Senatsverwaltung für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesjustizministerium auf die Überstellung dankend "verzichtet", da für die sichere Rückführung angeblich "nicht garantiert werden könne". Richter Ehestädt erfuhr als Letzter ("aus der Zeitung") davon. Er kommentierte diesen offenen Eingriff in seine "richterliche Unabhängigkeit" mit einem Achselzucken.

OZ

Ausführliche Prozessberichte sind zu finden auf www.linkeseite.de und http://de.indymedia.org

3. Krise und Barbarei

Antisemitismus zwischen Gründerzeit und Kasinokapitalismus. Buchvorstellung

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:03

In vulgärmarxistischen Erklärungsversuchen sind Ursache und Wirkung, Täter und "Verführte" klar definiert: Antisemitismus ist ein Instrument der Herrschenden zur Irreführung potenziell revolutionärer Massen. Gegen solchen "unzulässigen Ökonomismus" setzt Gerhard Hanloser in seinem neuen Buch eine Untersuchung des Zusammenhangs von ökonomischen Krisen und massenhaft auftretendem Antisemitismus.

Dabei geht er vor allem ideologiekritisch vor, nennt aber auch sozialgeschichtliche Basisdaten, um die "jahrhundertealte Identifikation des Geldes mit der Person beziehungsweise der Tätigkeit der Juden" zu erklären. Im christlichen Mittelalter mit dem "Wucherprivileg" ausgestattet, blieb den Juden der Erwerb von Boden und Produktionsmitteln weitgehend verboten. Sie waren in die Zirkulationssphäre, Handel und Bankwirtschaft, "eingesperrt" (Adorno).

Noch der junge Marx benutzt "Judentum" als Synonym für Geld. Mit seiner Entdeckung des Mehrwerts lüftet er dann das "Geldrätsel"; in Auseinandersetzung mit Proudhon widerlegt er den Scheingegensatz von "schaffendem" Industrie- und "raffendem" Finanzkapital. In der "Religion des Alltagslebens" aber bleibt das Geld die Wurzel allen Übels und Ursache wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Das zeigt beispielhaft die "Gründerkrise", die 1873 im Deutschen Reich die große Depression einleitete. Auf die öffentlich angeheizte Spekulationswut, die auch die "kleinen Leute" erfasste, folgte der Zusammenbruch der Börse. Nicht der Kapitalismus, sondern einzelne "Spekulanten" wurden für die eigenen Verluste verantwortlich gemacht, etwa der "Eisenbahnkönig" Bethel Henry Strousberg. Dessen jüdische Herkunft belegte aus Sicht der AntisemitInnen die große Verschwörung, für die sie alle Jüdinnen und Juden kollektiv verantwortlich machten.

Der Gründerkrach gab der antisemitischen Agitation ungeheuren Auftrieb. Schon 1876 war "die Identifikation von Juden mit Bankleuten, Spekulanten und Gründern ein Allgemeinplatz geworden" (Jacob Katz). Nicht nur von den Antisemitenparteien, auch von der kaiserlichen Regierung wurde die Gegenüberstellung "gute industrielle Arbeit versus parasitäres Finanzkapital" übernommen. Sie erwies sich, schreibt Hanloser, als "stabilisierende Ordnungsideologie", die zugleich den Nazis den Boden bereitete - in deren Ideologie schließt der Fetisch des "schaffenden Kapitals" das Konstrukt der "guten deutschen Arbeit" mit ein.

Den Nationalsozialismus interpretiert Hanloser als "passende Antwort auf die Krise von 1929". Entgegen ihrem Programm schafften die Nazis die "Zinsknechtschaft" nicht ab. Sie verzichteten auch auf eine Verstaatlichung der Banken, die sie für die Finanzierung ihrer Raubkriege brauchten. In Übereinstimmung mit Charles Bettelheim sieht Hanloser das Finanzkapital mit Beginn des Zweiten Weltkrieges deutlich gestärkt; gleichzeitig widerspricht er Dimitroffs "reduktionistischer" Definition des Faschismus als "Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals".

Während Hanloser kritische Theorien des Antisemitismus, namentlich die von Max Horkheimer und von Moishe Postone, arg kurz abhandelt, kommt er am Schluss ausführlich auf seine Anfangsfrage zurück: "Drohen erneut antisemitische ‚Verarbeitungsmechanismen` in einer potenziellen Krise?" Zwar verzeichnet er für die kurze Blütezeit der New Economy eine der Gründerzeit ähnliche "Goldgräberstimmung". Auch zitiert er sozialkonservative bis rechtsradikale Kritiken an der "Raffgesellschaft" des "Kasinokapitalismus", die antisemitische Stereotypen aufgreifen. Dagegen sieht er den Sozialtypus des "egoistischen, Geld scheffelnden Bürgers" als neues Idealbild, das mit gigantischem Aufwand propagiert wird.

Vor allem aber sei eine "untergründige Traditionslinie, die zur antisemitischen Krisenverarbeitung geführt hat", am Verschwinden: "Neo-Autarkismus, Staatsfixiertheit und Nationalismus haben keine reale Basis mehr - die der konformistisch Rebellierende braucht." Zustimmend zitiert der Autor Zygmunt Baumann, der "die Erfolgsaussichten antisemitischer Staatspolitik in weite Ferne gerückt" sieht, während ein "volkstümlicher do-it-yourself-Antisemitismus" erhalten bleibe.

Ob Hanloser letzteres auch Teilen der globalisierungskritischen Bewegung vorwirft, wird nicht ganz deutlich. Dass er dieser Bewegung Argumente liefern will, steht schon in der Einleitung - ein Anspruch, den er auf

beeindruckende Weise einlöst. Das Buch endet mit einer Abgrenzung von "alarmistischer Antisemitismusbeschäftigung" und einem Appell zu umfassender Kapitalismuskritik, die nicht auf die Zirkulationssphäre beschränkt bleibt.

Js.

Gerhard Hanloser: Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute. Unrast-Verlag, Münster, 2003, 135 Seiten, 13 EUR

4. Der Iran im Visier der Großmächte

Frankreich, Deutschland und die USA ringen um Einfluss

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:04

Seit längerem bildet die Einflussnahme im Iran, der immer noch eine potenziell mächtige Regionalmacht bleibt, einen Streitpunkt innerhalb der EU, aber vor allem auch zwischen den EU-Mächten und den USA. Gänzlich isoliert war die Islamische Republik nie - wo geostrategische und ökonomische Interessen berührt sind, tritt die mehr oder weniger ehrliche Empörung über die blutige Diktatur in den Hintergrund.

Noch ist unbekannt, welche gesellschaftlichen Kräfte letztendlich von den aktuellen Umbrüchen im Mittleren Osten profitieren werden, die mit der Invasion im Irak angestoßen wurden. Die USA? Die islamischen Fundamentalisten? Oder sollten es gar progressive Kräfte sein, wie manche Optimisten meinen? Dagegen weiß man bereits, wer definitiv zu den Verlierern gehört: Den Irak verlassen muss die Organisation der aus dem Iran stammenden Mujahedin-e Khalq (ungefähr: "Kämpfer des Volkes"). Dazu wurde sie vom provisorischen Regierungsrat, den die von den USA geführte Koalition eingesetzt hat, ultimativ aufgefordert. Der Irak war bisher das wichtigste Hinterland der autoritären Oppositionsbewegung, nachdem diese bereits im Juni 2003 aus ihrem internationalen Hauptquartier in der Nähe von Paris vertrieben worden war.

Die Organisation ist auch in der iranischen Bevölkerung verhasst. Dabei spielen ihre autoritären Methoden eine Rolle, aber vor allem auch die Tatsache, dass sie als Teil der regulären Armee der irakischen Diktatur nach dem Ende des achtjährigen blutigen Krieges zwischen beiden Nachbarstaaten im Herbst 1988 im Westiran einfiel. Die Mujahedin glaubten damals, als "Befreier" sehnsüchtig erwartet zu werden. Tatsächlich aber hatte die kriegsmüde Bevölkerung keinerlei Bedarf an einer Truppe, die nur neues Blutvergießen und im Falle ihres Erfolges eine neue, eigene Diktatur gebracht hätte.

Doppeltes Spiel mit den Mujahedin

Die USA spielten lange Zeit mit den Mujahedin ein doppeltes Spiel. So ließ das State Department, das Außenministerium der USA, die Organisation auf die Liste "terroristischer Organisationen" setzen, während man in Kreisen rund um das Pentagon im Laufe des Frühjahrs 2003 damit liebäugelte, die Mujahedin als Stütze bei einer Bekämpfung des Regimes in Teheran zu benutzen. Offenkundig hat sich aber die erste Linie durchgesetzt. Ähnlich zwiespältig war lange Zeit die Haltung der Europäischen Union. Auch in der EU stehen die Mujahedin mittlerweile auf der Liste der terroristischen Organisationen. Das war nicht immer so: Im Mai 1989 hatte ein Votum des EU-Parlaments die Mujahedin und den von ihnen dominierten "iranischen Widerstandsrat" noch als einzig legitime Vertreterin der iranischen Bevölkerung anerkannt.

Anfang der 1980er Jahre waren die Mujahedin, die 1962 (durch einen anfänglich maoistisch beeinflusst harten Kern) gegründet worden waren und die sich später an der "Allianz aus Islam und Sozialismus" versuchten, tatsächlich eine äußerst populäre Organisation im Iran gewesen. Vor allem die zwischen verschiedenen Einflüssen hin- und hergerissenen Mittelklassen setzten nach der Revolution gegen das Schah-Regime auf die Mujahedin. Sie erblickten in ihnen eine vermeintlich "gemäßigte" Alternative, da sie nicht "zu islamistisch" seien (wie die Anhänger der Khomeni-Fraktion) noch "zu sozialistisch in ihren ökonomischen Zielen" wie etwa die guevaristischen "Feddayin des Volkes".

Die Mujahedin, die zeitweise bis zu 300.000 Mitglieder hatten, nahmen zu Beginn der Konterrevolution aber auch an den Repressionsmaßnahmen der neu gegründeten Islamischen Republik teil. 1981 traf die brutale Unterdrückung auch die Mujahedin, Zehntausende ihrer Mitglieder wurden barbarisch gefoltert und hingerichtet. Ihr Anführer Massud Radjawi ging eine merkwürdige Allianz mit dem liberal-bourgeoisen Staatspräsidenten Abolhassan Bani Sadr (den Khomeni zu verdrängen suchte) ein, die seine Anhänger aber erst recht desorientierte. Im Juli 1981 flogen Bani Sadr und Radjawi in dem selben Flugzeug aus und landeten in Paris. Als das Europäische Parlament im Mai 1989 abstimmte, hatte die Organisation bereits alles verloren, was sie einstmals hatte, vor allem ihren Masseneinfluss im Iran, nachdem sie dort Zehntausende meist junger Menschen als "Märtyrer" verheizt hatte.

Mit der jüngsten Entwicklung deutet sich an, dass die Interessen der USA und des iranischen Regimes in der Region zumindest teilweise übereinstimmen. Das betrifft nicht nur den Umgang mit den Mujahedin, sondern

auch die Verwaltung des besetzten Irak. Denn die schiitischen Parteien setzen, anders als der extremistische Teil der sunnitischen Islamisten, nicht auf den bewaffneten Untergrund. Ihre Strategie ist längerfristig angelegt: Sie bauen darauf, dass die Schiiten die Bevölkerungsmehrheit im Irak stellen und daher die Zeit für sie arbeitet. Da der Iran 2002 auch die Auslieferung von auf seinem Staatsgebiet festgesetzten Kadern der Al-Qaida prinzipiell akzeptierte, stellt er für die US-Außenpolitik in der Region derzeit zumindest einen berechenbaren Faktor dar.

Faktisch, wenn auch nicht erklärtermaßen, war das Regime seit seiner Begründung im Jahr 1979 in die US-Regionalpolitik integriert. Auf der Ebene der Rhetorik dominierte zwar während der 1980er Jahre auf beiden Seiten die Konfrontation. Das hinderte die US-amerikanische Rechte aber nicht daran, noch zur Amtszeit des Demokraten Jimmy Carter 1979/80 hinter den Kulissen mit der Umgebung des Ayatollah Khomeni zu verhandeln.

Irangate - ein Waffendeal mit dem Regime

Auf dem Tisch lag ein Vorschlag, demzufolge die Geiseln aus der 1979 besetzten US-Botschaft in Teheran gegen Waffen ausgetauscht werden sollten. Einigkeit wurde bald erzielt, doch die Geiselbefreiung wurde hinausgezögert - der um seine Wiederwahl kämpfende Carter sollte als Schwächling präsentiert werden. Die US-Geiseln kamen dann im Januar 1981 frei, genau 20 Minuten nach der Amtseinführung des neuen, rechten Präsidenten Ronald Reagan. Alsbald folgten die Waffenlieferungen: eingefädelt durch die USA, durchgeführt durch die Israelis (wie der damalige Verteidigungsminister Ariel Sharon im Oktober 1982 einräumen sollte), finanziert durch das verbündete Saudi-Arabien. Nach seiner Aufdeckung 1987 wurde der Deal als Irangate bezeichnet. Damals ging es für die USA wie für andere westliche Großmächte darum, den Krieg zwischen Iran und Irak möglichst lange im Gang zu halten. Ferner hatte das islamistische Regime aus ihrer Sicht zumindest einen Vorteil: Es hatte die drohenden "kommunistischen" Entwicklungspotenziale der Revolution gegen den Schah wirkungsvoll zerschlagen.

Seit dem Tod des Ayatollah Khomeni 1989 setzte sich unter dem neuen Präsidenten Ali Akbar Rafsandjani ein, vor allem in ökonomischen Fragen, relativ pragmatisch-liberaler Kurs in Teheran durch. Doch bereits zuvor hatten die USA eher auf eine Mischung aus Eindämmung des Iran, was seine äußere Machtentfaltung betrifft, und begrenzter Kooperation gesetzt. Heute, da der Iran von Ländern umgeben ist, in denen die USA direkt militärisch präsent sind (Türkei, Irak und Afghanistan), ist zumindest die Frage der Einbindung nach wie vor aktuell.

Allerdings sind die zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Stand der späten 1980er Jahre stehen geblieben. Denn einerseits unternahm ein Teil des US-Establishments ab 1995/96 mit den Helms-Burton-Gesetzen, die Handel mit dem Iran einschränken sollten, einen neuen Versuch zu stärkerer "Eindämmung" des Iran. Das hinderte allerdings auch US-Konzerne nicht daran, im Iran Geschäfte zu machen, nämlich auf dem Umweg über Lizenzen in den Nachbarländern.

Die BRD als Komplizin der Islamisten

Andererseits hat auch bisher keiner der iranischen Machthaber den Willen erklärt, offene politische Beziehungen mit den USA, deren Botschaft in Teheran seit der Geiselaffäre von 1979 geschlossen ist, zu knüpfen. Die französische Wirtschaftszeitung Les Echos (vom 23.4.2003) mutmaßt allerdings, dass das nicht zuerst an mangelndem Willen liege, da in Kreisen der Machthaber ein "Dialog" mit den USA allgemein als strategische Notwendigkeit gelte: "Derjenige, der das schafft, wird im Iran als großer Mann gelten. Deswegen wird jeder politische Führer, der eine Annäherung an Washington versucht, von den anderen aus dem Weg geräumt werden, weil so viel Macht niemandem gegönnt werden wird." Dabei dürfte die Existenz rivalisierender Fraktionen im Machtapparat erschwerend hinzu kommen, von denen eine jede die jeweils anderen misstrauisch beäugt.

Im Jahr 2002, als es mehrfach zu studentischen Unruhen im Iran kam, wandte George W. Bush sich mitunter in Reden an die aufsässige iranische Jugend und stellte sich als Unterstützer von "Demokratiebewegung" und "regime change" dar. Daraufhin äußerten auch manche Teile der (bürgerlichen, liberalen oder monarchistischen) Exil-Opposition aus dem Iran sich in einer Weise, die erhebliche Illusionen über die Politik der US-Administration erkennen ließ. Zwar hat ein Teil des US-Establishment eine Zeit lang erwogen, auf stärkeren Konfrontationskurs gegenüber dem Regime in Teheran zu gehen und auf dessen Ablösung hin zu

arbeiten. Diese Kreise konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Angesichts ihrer Schwierigkeiten im Irak ist der Mainstream der US-Außenpolitik derzeit nicht auf neuen trouble in unmittelbarer Nachbarschaft bedacht.

Zwar stimmt es, dass es heute im Iran unzweideutig eine junge Generation gibt, die sich (aktiv oder passiv) gegen den Tugendterror auflehnt, der ihr aufgezwungen wird. Das geht auch oftmals mit einer "pro-westlichen" kulturellen Grundstimmung einher. Gleichwohl dürfte allen halbwegs realistischen US-PolitikerInnen klar sein, dass es ein Irrglaube wäre, die IranerInnen würden nur auf die USA warten. Bereits im Irak - unter einer für die Periode seit 1997 noch härteren Diktatur zuzüglich einer Zermürbung durch zwölf Jahre Embargo - ist eine ähnliche Rechnung ja nicht ganz aufgegangen. Daher dürfte es weiten Kreisen des US-Establishments eher angeraten scheinen, auf die "vernünftigen Kräfte" innerhalb des iranischen Machtblocks zu setzen.

Die durch die USA bisher, seit dem Sturz des eng mit ihnen verbündeten Schah, im Iran gelassene Lücke versuchten die europäischen Mächte stets zu füllen. Eine der ersten, die rücksichtslos in den Iran drängten, als andere westliche Staaten dort nur hinter den Kulissen wirkten, war die Bundesrepublik. Der erste westliche Außenminister, der nach der islamistischen Konterrevolution Teheran besuchte, war Hans-Dietrich Genscher (am 20. Juli 1984). Später ging die Kohl-Regierung noch weiter in der Komplizenschaft: Im Oktober 1993 empfing der damalige Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer den iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian in Bonn, nachdem er öffentlich den Kölner Dom mit ihm besichtigt hatte. Justizkreise begannen Ermittlungen gegen den Mann aufzunehmen, der nicht unbeteiligt an der blutigen Repression im Iran ist, doch diese wurden niedergeschlagen. Stattdessen vereinbarten Schmidbauer und Fallahian, "im Kampf gegen den Terrorismus" zu kooperieren, womit der Bock zum Gärtner gemacht war.

Die westdeutsche Industrie war zu allen Zeiten ein geschätzter Partner der iranischen Eliten, der in den frühen 1980er Jahren besonders vom relativen Rückgang US-amerikanischen Einflusses profitierte. Dass sie gleichzeitig auch im Irak investierte und dort vor allem im militärischen Sektor, während ihre Investitionstätigkeit im Iran breiter gestreut war, störte dabei nicht; ein ähnliches doppeltes Spiel mit beiden Kriegsparteien spielten damals fast alle Großmächte.

Frankreich sucht neue Verbündete in der Region

Diejenige europäische Großmacht, die dagegen einige Jahre lang eher zurückhaltend im Iran präsent war, weil sie fest an der Seite des Irak stand, war Frankreich. Allerdings fand man bereits in den frühen 1990er Jahren Werbung für französische Automobilmarken am Mehrabad-Flughafen von Teheran. Und schon einige Jahre zuvor hatte Paris, freilich unter dem Druck von Attentaten (auf iranische Initiative hin explodierten im September 1986 einige Bomben in Kaufhäusern und an öffentlichen Orten der französischen Hauptstadt), wichtige Zugeständnisse an Teheran gemacht. Das betraf die mehr oder minder erzwungene Ausreise des Mujahedin-Führers Massud Radjawi von Paris nach Bagdad im Frühjahr 1986. Es betraf aber auch die sensible Frage der nuklearen Zusammenarbeit.

Seitdem das Regime von Saddam Hussein nicht mehr existiert, hat Frankreich allerdings eine Charme-Offensive im benachbarten Iran gestartet. Eine der sichtbarsten Gesten dabei war sicherlich die Auflösung des internationalen Hauptquartiers der Mujahedin-e Khalq in der Pariser Vorstadt Auvers-sur-Oise im Juni 2003. Nach 18 Jahren Präsenz der - zweifellos undemokratischen - Oppositionsbewegung hatte der französische Staat plötzlich "entdeckt", dass diese eine terroristische Vereinigung sei. In Wirklichkeit handelte es sich wohl eher um ein diplomatisches Geschenk an Teheran.

Parallel dazu drängt Frankreich seit April 2003, zeitgleich mit dem Verlust des ehemaligen geostrategischen Verbündeten im Irak, auf den iranischen Markt. Mitte April wurde die Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten des französischen Senats in Teheran vorstellig. Am 23. April 2003 traf Außenminister Dominique de Villepin dort ein, einige Wochen später folgte der Minister für Außenhandel, François Loos.

Vereinbart wurden unter anderem eine verstärkte Kooperation des französischen Energiekonzerns Total mit der iranischen Staatsfirma Nioc bei der Erdgasförderung und ein Einstieg des Automobilkonzerns Renault in die Entwicklung einer lokalen iranischen Autoproduktion. Bereits davor fand im Iran eine Endmontage von Automobilen statt, bei Iran Khodro mit Bauteilen von Peugeot und bei Saipa mit Komponenten von Citroën.

Bernhard Schmid, Paris

5. Das islamistische Regime im Iran

Ein materialreiches Buch mit problematischen Deutungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:05

Der aus dem Iran stammende Autor Wahied Wahdat-Hagh, der einem Teil des linken Publikums als Autor der Jungle World bekannt ist, hat eine ausführliche Studie zum Machtsystem und zur Ideologie der Islamischen Republik Iran veröffentlicht. Die Tatsache allein ist verdienstvoll, da es an fundierter Literatur dazu in deutscher Sprache mangelt. Das Buch beruht auf der Dissertation des Autors an der Freien Universität Berlin. An manchen Stellen hätte der akademische Stil des mit Fußnoten gespickten Textes vor der Veröffentlichung überarbeitet werden können. So bleibt das Buch streckenweise schwer verdaulich - was allerdings das interessierte Publikum nicht hindern sollte, sich dem Inhalt zuzuwenden.

In den ersten beiden Kapiteln wird die "Vorgeschichte" der jüngeren iranischen Ereignisse behandelt. Zunächst geht es in geraffter Form um die politische Geschichte des Islam und einiger seiner Philosophen sowie um die Entwicklung des Iran unter den Schah-Regierungen. Besonders interessant ist der knappe, aber gehaltvolle Abriss zu den Volksmujahedin, der zum Islamismus à la Khomeni "alternativen" Variante des modernen Islamismus. Im dritten Kapitel werden zunächst die Ereignisse dargestellt, die 1978/79 zum Sturz des Schah-Regimes und zur Errichtung der "Islamischen Republik" führten. Richtig stellt der Verfasser fest, dass es innerhalb der heterogenen Bewegung, die zum Umsturz führte, keine einheitliche Sichtweise und Zielsetzung gab. Ihm zufolge existierten drei Hauptrichtungen: eine "reaktionäre Utopie", die den Gottesstaat anstrebte, eine "kommunistische Utopie" und eine "republikanisch-demokratische Utopie".

Eher verwirrend für Nicht-Eingeweihte ist allerdings, dass der Autor in diesem Abschnitt zwischen den Jahren 1977 und 1981, zwischen dem Endergebnis (der "Islamischen Republik"), dem Beginn der Revolution und ihrem Verlauf ständig hin- und herspringt. Vereinzelte, aber an wichtigen Stellen unterlaufene Datierungsfehler tragen zusätzlich zur Verwirrung bei. So verlegt der Autor den Besuch von US-Präsident Jimmy Carter beim Schah versehentlich auf "Sylvester 1978" (statt Sylvester 1977). Die wichtigsten Weichenstellungen innerhalb der Revolution, die letztendlich in einer Konterrevolution endete, hätten mit weniger Details dargestellt, aber klarer herausgearbeitet werden können. Mitunter wird der (falsche) Eindruck eines Kontinuums erweckt, etwa wenn vom fortlaufenden Rückgang der Ölproduktion im Iran von 1976 über 1979 und 1980 bis 1981 die Rede ist. Dazwischen liegen aber sowohl der Generalstreik gegen den Schah, an dem die Ölarbeiter teilnahmen, als auch der Beginn des Iran-Irak-Krieges im September 1980, durch den wichtige Teile der Ölindustrie zerstört wurden.

Eine der Stärken des Buches besteht in der ausführlichen Darstellung der Institutionen der "Islamischen Republik". Dabei schält sich heraus, wie nicht gewählte Gremien mit scheinbar frei gewählten koexistieren und dafür sorgen, dass stets der angebliche "göttliche Wille" triumphiert und real jede Demokratie unmöglich bleibt. Im Folgenden widmet der Verfasser sich der, wie er es nennt, "Fiktion des Islamischen Pluralismus" und den unterschiedlichen Strömungen des Islamismus an der Macht. Dabei hat er vollkommen Recht, darauf zu beharren, dass es sich nur um unterschiedliche Flügel innerhalb der Diktatur handelt, die zwar verschiedene Einzelinteressen vertreten, sich aber nicht grundlegend unterscheiden. Das belegt er auch für die so genannten "Linksislamisten", die besonders die soziale Demagogie betonen.

Am Ende triumphiert der "göttliche Wille"

Zu den Schwächen des Buches zählt der letzte Teil, in dem der Verfasser versucht, den Islamismus mit den Instrumenten der Totalitarismustheorie politisch einzuordnen. Nicht nur, dass diese Geschichtstheorie sehr problematische Implikationen hat. Fragwürdig ist m.E. auch, dass der Verfasser den totalitären Charakter des Islamismus darin sieht, dass er "die Marktwirtschaft blockiert". Statt eines marktwirtschaftlichen Systems herrsche im Iran ein "totalitärer Rentierstaat". Nun hat die Ausrichtung einer Ökonomie auf die Erdölrente wenig mit der islamistischen Ideologie zu tun, denn was der Verfasser an dieser Stelle darlegt, gilt in ähnlicher Weise auch für die Ökonomie im nicht-islamistischen Algerien. Hier müsste auch von weltwirtschaftlichen Strukturen gesprochen werden, die über den Iran hinausgehen; m.E. wird der Begriff der Marktwirtschaft in blauäugiger Weise verwendet und auf eine Form bezogen, die vorwiegend in den Metropolen anzutreffen ist.

Alles in allem ist die materialreiche Studie dazu geeignet, ein besseres Verständnis für das System der Islamischen Republik Iran zu erlangen. Die politische Diskussion darüber ist allerdings damit nicht beendet.

Bernhard Schmid

Wahied Wahdat-Hagh: Die Islamische Republik Iran. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus. LIT Verlag, Reihe "Konfrontation und Kooperation im Vorderen Orient", 2003, 516 Seiten, 35,90 EUR

6. Genosse Komma will Alles

Ein Porträt des italienischen Autors Nanni Balestrini

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:06

Als Dario Fo 1997 den Nobelpreis für Literatur bekam, galt das als mittelschwere Sensation. Immerhin wurde damit auch die fröhliche und subversive Militanz von "Bezahlt wird nicht" gewürdigt. Der Schritt von dort zu "Wir wollen Alles" scheint gering, und dennoch wird Nanni Balestrini auch weiterhin in Stockholm leer ausgehen.

Ein Schwarz-weiß-Foto von einem Mann. Elegante Erscheinung: Jackett, helles, kragenloses Hemd, lässig über die Schulter geworfener, langer gestreifter Mantel. Das Gesicht erinnert an Marcello Mastroianni, ein bisschen Lebemann, ein bisschen Dandy; das Mikrofon in der Hand irritiert ein wenig, unwillkürlich würde man eher ein Sektglas erwarten. Der Mann wirkt wie Mitte vierzig, doch er ist 34 Jahre; das Bild ist alt, von 1969, aufgenommen in Rom. Der Mann ist Schriftsteller. Er heißt Nanni Balestrini.

"Und dann versetzen wir den Materialkisten Fußtritte, um Rabatz zu machen, einen heftigen, dumpfen Radau, tututu tututu tututu, zwei Stunden dauert dieser Heidenkrach, zwischendurch halten wir Versammlungen ab, mal am Nordende der Bänder, mal im Süden der Bänder. Kreuz und quer laufen wir durch die Bänder, und dabei schreien wir alle im Chor: Mehr Geld, weniger Arbeit! Oder: Wir wollen Alles! Immer die Bänder auf und ab, und dabei machen wir Versammlungen. Bis zum Feierabend." Diese Geschichte ist auch alt, ebenfalls aus dem Jahre 1969. Sie spielt in Turin, bei FIAT-Mirafiori.

"Wir wollen Alles. Roman der FIAT-Kämpfe" ist zuerst 1972 auf deutsch bei Trikont erschienen. Im September 2003 wurde das Buch bei Assoziation A neu herausgegeben. Es ist die ultimative literarische Hommage an die Kämpfe des Massenarbeiters Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Auf 167 Seiten verdichtet beschreibt Balestrini in diesem grandiosen Roman ein Proletariat, das die Fabrikarbeit hasst. Sie ist nicht "Sinn des Lebens" oder "Mittel zur Selbstverwirklichung", sondern Qual und Terror, Gewalt und Herrschaft par excellence. Die neue Arbeiterfigur kennt kein "Arbeitsethos"; sie hasst die Hetze an den Fließbändern und die Überwachung und Kontrolle durch Werkschützer und Vorarbeiter. Sie hasst die Monotonie und den Raubbau an Gesundheit, Kreativität und Lebenszeit. Die Revolte des Massenarbeiters ist eine Revolte gegen das Fabriksystems auch außerhalb der Arbeit; es ist eine Revolte gegen die Spaltungsmechanismen der Akkordlöhne und der Lohngruppen, und es ist nicht zuletzt eine Revolte gegen die traditionellen Instanzen der politische ArbeiterInnenbewegung, gegen die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, die die Kämpfe abwiegeln, kanalisieren und spalten.

Balestrinis Buch ist der Roman des Operaismus. Die Analyse der neuen Klassenzusammensetzung in den Fabriken Norditaliens, die Analyse des Lohnsystems und des Zusammenhangs von Fabrik und Gesellschaft - alle Themen dieser linksradikalen Strömung der Arbeiterautonomie kulminieren in der Geschichte des jungen süditalienischen Arbeitsmigranten, den es auf der Suche nach Geld und Leben nach Turin und in den Moloch der FIAT verschlagen hat

"Wir wollen Alles" ist nicht das Werk eines neutralen literarischen Beobachters, sondern das eines linkradikalen intellektuellen Militanten. Balestrini ist ein umstürzlerischer Literat - ein Umstand, der so manchen aus dem italienischen Kulturbetrieb schwer verstört hatte: "Es ist überflüssig zu sagen, dass Balestrini ein wohlhabender Herr ist, dessen Hobby Revolution heißt." (1) 1935 in Mailand geboren, veröffentlicht Balestrini bereits mit 19 Jahren sein erstes Gedicht (Vorbilder sind u.a. Brecht, Pound sowie der Dadaismus). 1956 wird er Redakteur der Zeitschrift il verri, einer Art "Zentralorgan" der so genannten "Neo-Avantgarde". Zusammen mit Autoren wie Umberto Eco, Germano Lombardi und anderen begibt sich Balestrini auf die Suche nach neuen Ausdrucksformen, auf die Ebene des literarischen Experimentierens mit Form und Inhalt.

Romancier des Operaismus

Sprachzweifel und Sprachkritik der "jungen Wilden" in Italien provozieren schon frühzeitig das literarische Establishment. Sie werden als "Unbefugte und unerwünschte Gäste der literarischen Welt Italiens" beschimpft, und 1957 verstieg sich selbst Pier Paolo Pasolini zu einer harschen Kritik an den MacherInnen von il verri: "nutzlose und aprioristische Suche nach längst anerkannten Neuigkeiten." (2) Die künstlerischen

Neo-AvantgardistInnen finden den etablierten Kulturbetrieb zum Kotzen und kritisieren ihn gleichzeitig auf allen Ebenen. Über die radikale Kunst- und Kulturkritik stoßen sie dabei rasch zu einer schonungslosen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes vor. Das demonstrative und destruktive Element verbindet die neue Ästhetik mit den neuen politischen Bewegungen der 60er Jahre. "Gruppe 63" und "Nuovissimi" (die Allerneuesten) nennen sich die literarischen Zirkel der 60er Jahre um Balestrini, Eco, Sanguinetti, Giuliani und andere. Vor allem Balestrini ist es, der zwischen 1963 und 1967 eine Vielzahl literarischer Konferenzen organisiert, an denen jeweils 40 Autorinnen und Autoren teilnehmen.

Inzwischen beim Verlag Feltrinelli unter Vertrag gründet Balestrini 1969 nach dem Zerfall der kulturkritischen Zeitschrift Quindici die Nachfolgerin Compagni. Gleichzeitig beteiligt sich der "Genosse Komma" an der Gründung von Potere Operaio (PO, Arbeitermacht), des ersten dezidiert operaistischen Organisationsansatzes der radikalen Linken Italiens. Von 1976 bis 1978 betreibt Balestrini in Mailand ein verlegerisches Dienstleistungszentrum, die "Area". Sie hilft Kleinverlagen dabei, ihre Bücher auch gegen den Druck der großen Häuser zu veröffentlichen. Das Unternehmen unterstützt mit insgesamt zehn Reihen unterschiedliche Projekte, die aus der "1977er Bewegung" hervorgegangen sind, so etwa die "Cooperativa Scrittori" mit ihrer Veröffentlichung sämtlicher Akten der Anti-Mafia-Kommission. In dieser Zeit, wo die militanten ArbeiterInnenkämpfe abflauen, der Massenarbeiter in den Fabriken systematisch eingekreist wird und die Organisationen der radikalen Linken zerfallen, schließt sich Balestrini den "Autonomen" an, der "Autonomia Operaia".

1978 muss "Area" unter dem Druck der politischen Repression schließen, am 7. April 1979 findet sich Balestrini selbst auf den Fahndungslisten der Staatsschutzorgane wieder. Der große Schlag gegen die radikale und autonome Linke Italiens mit tausenden von Festnahmen trifft auch ihn. Aus dem unerwünschten Provokateur des Literaturbetriebs der 60er Jahre ist ein steckbrieflich gesuchter Staatsfeind geworden. Wie vielen anderen auch wird ihm "bewaffnete Subversion" sowie pauschal 19facher Mord, u.a. der an Aldo Moro, zur Last gelegt. Durch eine Fahndungspanne sucht ihn die Polizei zunächst an falscher Stelle. Balestrini kann gewarnt werden und flieht auf Skiern über die Alpen nach Frankreich. Die Jahre des Exils in Paris dauern bis 1984, dann wird er freigesprochen.

1987 in Italien und 1988 auf deutsch erscheint "Die Unsichtbaren", Balestrinis Geschichte der "1977er Bewegung" und gewissermaßen die Fortsetzung von "Wir wollen Alles". Beide Bücher sind in Romanform gegossene Stücke einer kollektiven Oral History. Hier wie dort manifestiert sich im jeweiligen Ich-Erzähler das kollektive Subjekt einer ganzen Generation, einer ganzen gesellschaftlichen Figur, einer ganzen Bewegung. "Wir wollen Alles" mündet noch in den furiosen "Aufstand", in die Schlacht am Corso Trajano in Turin, wo die streikenden ArbeiterInnen in blutigen 24-stündigen Straßenkämpfen ihre Demonstration gegen die Polizei, Fabrikherren, Staat und Gewerkschaften durchsetzen. "Die Unsichtbaren" hingegen endet im Hochsicherheitsknast, in der Zerschlagung und Zersprengung einer antagonistischen Bewegung. Es ist der beeindruckende und erschütternde Roman einer katastrophischen Niederlage.

P38 und Staatsterror: Die Unsichtbaren

Zusammen mit Primo Moroni hat Balestrini in der ungemein genauen Studie "Die Goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien" u.a. nachgezeichnet, was sich zwischen 1969 und 1976/77 verändert hat: Die Trennung der Bewegung von den Fabrikkämpfen, der Angriff der Prekarisierung und Verarmung, die Krise der organisierten radikalen Linken, Historischer Kompromiss und Guerilla. Es entstehen die Centri sociali und die "Stadtindianer" und eine neue politische Jugendkultur, die Familie, Schule, Universität und Arbeit gleichermaßen zum Teufel schicken will und diesem Ansinnen mit Mollies und Knarren Nachdruck verleiht. "Die Unsichtbaren" ist die Geschichte dieser Jugendlichen und ihrer Kämpfe gegen Staat und Familie, Faschisten und Ausbeuter, Lehrer und Miethaie, umzingelt von Repression, Heroin, Knast und bürgerlicher Normalität.

"Der Verleger", sein 1992 erschienenes Buch über Giangiacomo Feltrinelli, schließt Balestrinis große Trilogie über den Kampfzyklus von 1969 bis 1977 ab. Die ProtagonistInnen des Romans, die 1972 auf sehr unterschiedliche Art und Weise auf den Tod Feltrinellis bei einem missglückten Anschlag auf die Stromversorgung Mailands reagieren, versuchen 15 Jahre später, einen Film über "den Verleger" und die Bedeutung seines Todes für die Linke zu machen. Im Gegensatz zu "Wir wollen Alles" und "Die Unsichtbaren" werden in diesem Roman zwei Zeitebenen ineinander montiert. Es entsteht somit eine sehr komplexe

literarische Reflexion sowohl über bewaffnete Politik und Guerilla wie auch über die Entwicklung der linken Bewegungen in Italien.

Das letzte in Deutschland erschienene Buch von Ballestrini knüpft formal wieder an "WWA" und "Die Unsichtbaren" an. "I Furiosi. Die Wütenden" ist ein Roman über die "schwarz-roten Brigaden", die Ultras des AC Milan. Ein scheinbar unpolitisches Buch, vielleicht auch das ein Grund dafür, dass "Die Wütenden" in der deutschen Linken eher mit Zurückhaltung bis Ablehnung aufgenommen worden ist. Unkritische Umgehensweise mit seinen Protagonisten und Verherrlichung von Hooligan-Gewalt waren etwa die Vorwürfe. In der Tat be- oder verurteilt Balestrini die Jugendlichen und ihr Leben zwischen verwüsteten Trabantenstädten, Drogen- und Gewaltexzessen und stinkenden Sonderzügen nicht. Er ist ihr Sprachrohr, nicht ihr Richter, so wie die frühen OperaistInnen den jugendlichen FabrikarbeiterInnen aus dem Süden und ihren für die Orthodoxie der politischen ArbeiterInnenbewegung so "befremdlichen" Einstellungen, Aktionen und kommunikativen Codes erstmal zugehört haben. Die Welt der Rotschwarzen hat sicher nichts mehr mit Klassenkampf und Revolte zu tun, sehr wohl aber mit der Realität eines großstädtischen jugendlichen Proletariats Anfang der 90er Jahre.

Ein anderer ehemalige PO-Gründer, Sergio Bologna, hat sich selbst einmal kokett als "angeschimmelten Operaisten" bezeichnet, ein Label, mit dessen Selbstironie Nanni Balestrini wohl sehr einverstanden wäre. Dabei hat es der Schimmel bei ihm besonders schwer. Balestrini schreibt und kämpft immer noch, z.B. im BeraterInnenkreis des postoperaistischen Zeitungsprojekts Derive Approdi. Und in seinem Vorwort zu deutschen Neuauflage von "WWA" heißt es: "Eine neue Epoche erwartet die Menschheit, befreit von der Notwendigkeit und Mühsal der Arbeit, befreit von der Sklaverei des Geldes. Dies ist die Bedeutung der alten Parole, die auch heute und morgen ihren Sinn und ihre Gültigkeit nicht eingebüßt hat: Wir wollen Alles!"

Dirk Hauer

Lieferbare Bücher von Nanni Balestrini: "Wir wollen Alles. Roman der FIAT-Kämpfe", Berlin/Hamburg/Göttingen 2003, "Die Unsichtbaren", Berlin/Hamburg/Göttingen 2001, "Die Wütenden", Berlin/Amsterdam 1995, "Der Verleger", Hamburg 1992, "Die Goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien" (mit Primo Moroni), Berlin/Göttingen 1994

Anmerkungen:

1) Sebastiano Vassali zitiert nach Peter O. Chotjewitz: "Nanni Balestrini und die ‚Neo-Avantgarde' der 60er Jahre", in: Nanni Balestrini: Alles auf einmal, Berlin 1991

2) Peter O. Chotjewitz, a.a.O.

7. Die Kollegin vom Straßenstrich

Arbeitsplatz Prostitution und Gewerkschaftsarbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:07

Peter Bremme und Emilija Mitrovic arbeiten im bundesweiten ver.di-Arbeitskreis Prostitution. Bremme ist Leiter des Fachbereichs 13 ("besondere Dienstleistungen") beim ver.di-Bezirk Hamburg und ver.di-Bundesbeauftragter für den Bereich der Prostitution. Mitrovic unterstützt die Dienstleistungsgewerkschaft im Rahmen wissenschaftlicher Begleitstudien zum Thema "Arbeitsplatz Prostitution". Für ak sprach Dirk Hauer mit den beiden über Sex-Arbeit, Arbeitsverträge und gewerkschaftliche Organisierung.

ak: Um was für Arbeitsplätze und Arbeitsrealitäten geht es eigentlich, wenn man von "Prostitution" spricht?

Emilija: Die Spannbreite ist groß und mit einer enormen Dunkelziffer behaftet. Das geht von der legalen Prostitution in Großbordellen und Appartements oder Begleitservices, was so die edlere und teurere Variante ist, über die bekannten Bordellstraßen bis hin zur Beschaffungsprostitution. Die "Professionellen" sind dabei eher der geringere Teil. Daneben gibt es weniger Professionelle, die z.B. nur am Wochenende arbeiten, oder die Frauen auf dem Steindamm in St. Georg, die noch frei anschaffen ohne dieses durchorganisierte Milieu wie in St. Pauli.

In St. Pauli ist der Markt aufgeteilt?

Emilija: Ganz Hamburg ist ein Markt. Man denkt, Prostitution findet in St. Pauli und St. Georg statt. Das stimmt nicht, das ist der geringere Teil. In jedem Stadtteil gibt es Bordelle, kleinere Etablissements und vor allem die Wohnungsprostitution, die den Großteil der Prostitution in Hamburg ausmacht.

Peter: Männliche Prostituierte gibt's natürlich auch, in Hamburg etwa zwischen 800 und 1.000, hauptsächlich um den Hauptbahnhof herum. Allerdings gibt es auch ein Homosexuellen-Bordell auf St. Pauli, hauptsächlich mit Männern aus Osteuropa, Polen und Tschechien. Und es gibt einen Transsexuellenstrich. Das sind viele aus Lateinamerika, Brasilien, Peru, Ekuador.

Zu dem Stichwort MigrantInnen: Der Großteil kommt aus Osteuropa?

Emilija: Ja, Lateinamerika hat hier in Hamburg einen geringeren Anteil. Aber das ist von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich, in Frankfurt sind es mehr Frauen aus Lateinamerika. In Hamburg gibt es ca. 80% MigrantInnen. Inzwischen sind viele durchaus durch Heiraten legalisiert, aber es gibt auch eine ganze Menge Illegale. Es tauchen immer wieder neue Prostitutionsringe aus unterschiedlichen Ländern auf, mal Bulgarien, mal Polen, mal Litauen. Anscheinend sind das immer so Saisongeschäfte. Dann lassen sie die Frauen auffliegen und über die Ausländerbehörde abschieben, und dann kommt ein neuer Ring.

Wie sehen eigentlich die Arbeitsbedingungen von Sex-ArbeiterInnen aus?

Emilija: Das ist sehr unterschiedlich, es gibt eigentlich keine "normalen" Arbeitstage. In Bordellen arbeiten Frauen z.T. in Tagesschichten, die um 10 Uhr morgens anfangen, um das Mittagsgeschäft mitzunehmen, und bis zu 12 Stunden dauern; oder in Nachtschichten. In den Wohnungen ist es ähnlich. Manche Wohnungen werden nur eine Schicht lang benutzt, manche werden in Wechselschichten "bearbeitet". Der Straßenstrich sieht wieder anders aus. Hier in St. Georg kommen Frauen und stellen sich für vier Stunden hin oder für sechs Stunden oder auch den ganzen Tag lang.

Wie viel verdient eine Prostituierte an einem Tag oder in einer Schicht?

Emilija: Es sind ja unterschiedliche sexuelle Dienstleistungen, die abgefordert und gekauft werden können und die natürlich auch unterschiedliche Preise haben. Wenn eine Prostituierte z.B. 80 Euro für die Stunde nimmt, so klingt das ja erstmal sehr viel. Es kann aber durchaus sein, dass eine Frau zehn Stunden lang in ihrem Appartement sitzt und nur drei Freier gehabt hat. Dann ist die Einnahme entsprechend. Es ist einfach so, dass Prostituierte sehr große Unkosten haben. In normalen Bordellen zahlen die Frauen für alles, für die saubere Wäsche, für die Handtücher, für die Kondome, für die Getränke. Manchmal gibt's auch Getränkezwang, und die Prostituierten versuchen, das auf die Freier abzuwälzen.

Peter: Zu den Arbeitsbedingungen vielleicht noch zwei Schlaglichter: Das eine ist eine Grauzone, wo nicht direkte Prostitutionsverhältnisse vorkommen, sondern ein Mischbereich wie z.B. in FKK-Clubs. Was ich zum zweiten besonders bemerkenswert fand, ist ein Modell was aus Holland kommt und "die Zone" heißt. Hier wird es in Köln praktiziert. Das sind - in meinen Worten - "Verrichtungsboxen". Das sieht aus wie Bushaltestellen, die verhängt sind, wo ein Auto reinfährt, eine Prostituierte "ihre Gäste" empfängt und das ganze quasi fließbandmäßig läuft. Die Autos kursieren auf einer speziellen Straße und warten auf eine freie Box.

Also die "Take away-Drive-in-McDonald-Lösung"?

Peter: Ja, genau.

Was sind denn bei einer solchen Arbeitsrealität die Themen, wo sich Gewerkschaften und Prostituierte begegnen können?

Peter: Das eine ist das Steuerthema, wo Gewerkschaften Beratungsleistungen anbieten und spezielle Steuerberatung ausarbeiten können. Das wird ja immer virulenter in dem Maße, wie die rot-grüne Regierung neue Einnahmequellen sucht. Und eine Motivlage für das ProstG - das unterstelle ich einfach mal - war auch die Aussicht auf zusätzliche Steuereinnahmen. Aktuell zeigt sich das in Köln, wo erstmals eine "Vergnügungssteuer" eingeführt wird. Auch in anderen Steuern werden Prostitution und Steuern immer häufiger zusammen genannt.

Wie wird die Besteuerung von Prostituierten gehandhabt?

Emilija: Sehr, sehr unterschiedlich; Hamburg erhebt keine Steuern, nur in einigen Großbordellen. Aber in Stuttgart z.B. geht die Steuerfahndung jeden Tag durch die Bordelle und kassiert für jede Prostituierte 15-25 Euro. Das ist ziemlich viel, nennt sich zwar "freiwillige Steuervorauszahlung", ist aber nicht so furchtbar freiwillig.

Es entsteht also für die Frauen erheblicher Steuerberatungsbedarf?

Peter: Ja, es entsteht ein erheblicher Druck, nicht am Ende eine zig-stellige Steuerrechnung präsentiert zu bekommen.

Emilija: Ein Beispiel dazu ist das einer Bordellbetreiberin aus München. Das neue ProstG kennt keine Stichtagsregelung, d.h. die Steuer kann rückwirkend für fünf Jahre erhoben werden. Die Frau hatte sich ordnungsgemäß als Bordellbetrieb angemeldet, hat auch erklärt, wie viel sie einnimmt und wurde dann für fünf Jahre veranschlagt und zu 1,2 Mio. Euro Nachzahlung verdonnert. Die geht damit natürlich Bankrott. Sie wurde zusätzlich noch von der Staatsanwaltschaft der Zuhälterei angeklagt, weil der § 181a StGB immer noch vorsieht, dass Ort und Zeit nicht bestimmt werden dürfen. Sonst ist das Zuhälterei, und die ist nach wie vor strafbar. Vor allem in Bayern, Thüringen und Sachsen wird oft mit dem 181a gegen BordellbetreiberInnen vorgegangen.

Peter: Ein anderes Thema, auch wenn es zahlenmäßig jetzt nicht so häufig vorkommt, ist die ganz konkrete zivilrechtliche Unterstützung. Eine Prostituierte in Baden-Württemberg klagt gegen eine Sperrgebietsverordnung in Orten unter 50.000 EinwohnerInnen. Der Ort, um den es geht, hat 49.000 EinwohnerInnen, und sie möchte dort legal als Prostituierte arbeiten. Kerngeschäft gewerkschaftlicher Unterstützungsarbeit könnte die arbeitsrechtliche Beratung werden, auch wenn das aktuell kaum stattfindet. Denn es handelt sich ja nicht um "typische" Arbeitsverhältnisse, wie sie normalerweise von Gewerkschaften unterstützt werden. Es gibt keine klassischen Arbeitgeber, es gibt keine Arbeitgeberverbände, und genauso wenig gibt es klassisch organisierte Beschäftigte, die als "Arbeitnehmerinnen" solche Rechte auch in Anspruch nehmen könnten. Daran arbeiten wir. Wir haben einen Arbeitsvertrag entwickelt, der idealtypisch solche Arbeitsbedingungen aus gewerkschaftlicher Sicht zusammenfasst und Beschäftigten wie Arbeitgebern als modulares System anbietet.

Was sind die wichtigsten Punkte in diesem Musterarbeitsvertrag?

Peter: Es gibt ein Gerüst, das die Arbeitszeit regelt; wie genau, das wird im einzelnen sehr unterschiedlich sein. Wir sind von der gängigen Vorstellung eines Normalarbeitsverhältnisses ausgegangen, was in diesem Fall natürlich nicht passen kann, weil es viel Wochenendarbeit gibt etc. pp. Der zweite Punkt ist der der Bezahlung. Auch das wird ganz unterschiedlich gehandhabt. Wir schlagen ein System aus einem

vorhersehbaren, besteuerbaren Grundgehalt plus einer separaten Einkommenskomponente aus Provisionen vor. Auf das Grundgehalt zahlen Arbeitgeber und Beschäftigte auch Sozialabgaben. Auch für andere Dinge wie etwa Sozialleistungen bieten wir mit dem Arbeitsvertrag Formulierungen an: 30 Tage Urlaub, vermögenswirksame Leistungen oder besondere Regelungen für den Gesundheitsschutz: Die Untersuchungen, die in diesem Zusammenhang durchgeführt werden, sollen als Arbeitszeit gelten.

Diesen Vertrag wollt ihr im April der Öffentlichkeit vorstellen. Gibt es eigentlich Hinweise darauf, dass er irgendwo real wird?

Emilija: Es geht eher darum, politisch Pflöcke einzuschlagen, also als Gewerkschaften zu sagen, dass wir uns vorstellen können, dass es auch in dieser Branche abgesicherte Arbeitsverhältnisse geben kann. Hintergrund ist ja nicht, dass ver.di die Vorstellung hat, man könne zig-tausend Prostituierte für sich als Mitglieder rekrutieren. Prostitution ist eine Branche, die ver.di zugefallen ist, in der es eine extrem hohe Ausbeutung und eine extrem hohe Gewaltrate gibt. Und der Ansatz ist der, aus der Arbeitnehmersicht etwas zum Schutz dieser Frauen zu entwickeln.

Peter: Was wir erarbeiten, ist ein Muster, eine Art "konkrete Utopie" von einer besseren Welt. Das heißt auch, dass wir einen Weg einschlagen, wo dieser Bereich am Ende vollständig legalisiert wird; das ist er ja noch gar nicht. Prostitution ist z.Z. ja noch gar kein normales Arbeitsverhältnis. Da gehört noch viel dazu, um Teile von Normalität in das gesellschaftliche Umfeld einzubauen. Und der Arbeitsvertrag ist ein gutes Mittel dafür.

Auf zwei Stichworte möchte ich noch mal genauer eingehen. Der eine Punkt ist schon genannt worden, nämlich ob der Zuhälterparagraf nicht geändert werden müsste. Das zweite Stichwort ist das Direktionsrecht des Arbeitgebers. Wie muss das im Zusammenhang mit Prostitution modifiziert werden?

Emilija: Bei der momentanen Gesetzeslage gibt es im Bereich der Prostitution kein Direktionsrecht des Arbeitgebers. Er kann nicht bestimmen, dass die Frau einen bestimmten "Gast" bedienen oder eine bestimmte sexuelle Dienstleistung erbringen muss. Das bleibt in der Verantwortung und der Entscheidungsgewalt der Frau. Auf der anderen Seite ist der § 181a geblieben. Wenn im Rahmen der Prostitution Zeit und Ort von einem Arbeitgeber bestimmt wird - und das muss in einem abhängigen Arbeitsverhältnis eigentlich immer der Fall sein - dann kann das als Zuhälterei interpretiert und strafrechtlich verfolgt werden. Da werden wir auch von ver.di aus in dem Arbeitsvertrag eine Position vertreten, dass die Bestimmung von Zeit und Ort nicht als Zuhälterei angesehen werden darf. Im Zusammenhang mit den Ringen, über die Frauen hierher geschleust werden, gibt es natürlich eine breite Diskussion darüber, ob das Zwangsprostitution ist oder nicht. Die allermeisten Frauen kommen aber freiwillig, wissen auch, dass sie in der Prostitution arbeiten.

Das würdest du tatsächlich sagen? Prostitution also als frei gewählte Form der Migrationsarbeit?

Emilija: Ja, Amnesty for Women und die Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA) sagen beide, dass über 90% der Frauen wissen, dass sie in der Prostitution arbeiten sollen. Viele sollen sich ja auch mit Fotos etc. bewerben. Was die Frauen allerdings nicht wissen, ist, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Und das ist natürlich ein großer Unterschied, ob man drei Monate hierher kommt, zwar Geld an den Zuhälter, den Schleuser oder den Organisator abgibt und dann wieder zurückfährt, oder ob man hier eingesperrt und versklavt wird. Es ist sicher schwierig zu sagen, wo die Freiwilligkeit aufhört.

Habt ihr eigentlich mehr Kontakt zu den Sex-ArbeiterInnen selbst oder zu den ArbeitgeberInnen?

Emilija: Das überschneidet sich. Viele Prostituierte, gerade die politisch Aktiven mit der Hurenbewegung im Hintergrund, sind auch ArbeitgeberInnen oder zumindest geworden.

Peter: Diejenigen, die sich öffentlich als Prostituierte geoutet haben, sind oft diejenigen, die eigentlich am wenigsten gewerkschaftliche Unterstützung brauchen. An die anderen kommen wir eigentlich nur über Kontaktpersonen, über Beratungsstellen heran, wo Frauen arbeiten, die selbst mal in der Prostitution gearbeitet haben. Interessanterweise stehen aber auch "Arbeitgebervertreter" unseren Organisationsbemühungen durchaus positiv gegenüber. Sie erhoffen sich von dem Engagement der Gewerkschaft direkte Vorteile, etwa dass Konzessionen mit einem ordentlichen, gewerkschaftlich abgesegneten Arbeitsvertrag leichter zu bekommen sind.

Also im Sinne eines gewerkschaftlichen Gütesiegels

Peter: genau, Union proof Sex.

Geht es euch eigentlich auch um ganz konkrete Organisierungsarbeit?

Peter: Ja, natürlich.

Emilija: ver.di Dortmund hat jetzt mit SteuerberaterInnen zusammen die ersten zwei Veranstaltungen zum Thema Steuerberatung gemacht, außerdem eine Veranstaltung zur Gesundheitsberatung. Und natürlich hat ver.di dann ein Interesse, Frauen aus dem Bereich auch zu organisieren. Wichtig ist, dass Frauen für ver.di aktiv werden, Material weiter verteilen, in den Netzen mitarbeiten. Ob Prostituierte Mitglieder werden wie BusfahrerInnen ist da erst in zweiter Linie relevant. In erster Linie geht es um ein gesellschaftspolitisches Engagement.

Peter: Wir haben festgestellt, dass es relativ viele Prostituierte gibt, die durchaus schon organisiert sind, sprich, die aus anderen Berufen kommen, wo sie Gewerkschaftsmitglied waren. Es gibt nur ein paar, die als Prostituierte eingetreten sind, aber es gibt eine ganze Reihe, die aus früheren Zeiten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Was ist jetzt euer Fahrplan für die nächsten ein, zwei Jahre?

Emilija: Ende April soll es dann eine Konferenz hier in Hamburg, im Museum der Arbeit geben zum Thema "Arbeitsplatz Prostitution". Da werden Ergebnisse meiner Studie und der Arbeitsvertrag vorgestellt. Und wir werden versuchen, ein paar Eckpfeiler für die Weiterentwicklung des ProstG zu formulieren.

Wie müsste das Gesetz denn verbessert werden?

Emilija: Es muss z.B. eine Stichtagsregelung und Durchführungsbestimmungen in den Bundesländern geben. Andere Gesetze müssen angepasst werden. Im Gaststättengesetz steht immer noch, dass Prostitution sittenwidrig ist. Das ist eine durchaus schwierige Frage. Ich hätte es auch nicht gerne, wenn in jeder Gaststätte angeschafft werden würde. Die Sperrgebietsverordnungen und das Werbeverbot müssen überprüft werden. Das noch bestehende Werbeverbot führt ja z.B. dazu, dass die Zeitungen völlig überteuerte Anzeigenpreise nehmen. Die Frauen, die inserieren wollen, zahlen immer das Doppelte und Dreifache wie ein normaler Announcenkunde. Der ver.di-Gewerkschaftstag hat die Änderung des Ausländergesetzes gefordert. Wer gegen den Frauenhandel vorgehen will, muss die Frauen aus der illegalisierten Position rausholen.

Hat der Arbeitskreis Prostitution bei ver.di, seine Existenz und seine Arbeit eigentlich irgendwelche Rückwirkungen in die Organisation?

Peter: Die Reaktionen sind recht unterschiedlich. Es hat durchaus das Extrem gegeben, dass Gewerkschaftskollegen sagen, sie wollen nicht in einem Gewerkschaftsgremium arbeiten, wo auch Prostituierte mitmachen.

Emilija: Dabei ist es ja immer noch so, dass Gewerkschaften um einiges mehr Freier organisieren als Prostituierte.

Peter: Aber es gibt auch die Position, dass es gut ist, dass Austausch und Zusammenarbeit ermöglicht wird und der gewerkschaftliche Auftrag befördert werden kann. Wir bemühen uns gerade darum, ein gewerkschaftliches Netzwerk in diesem Bereich aufzubauen und das mit anderen Beratungsstellen zu verknüpfen. Und da gibt es durchaus wohlwollende Aufnahme.

"Was wir entwickeln, ist eine Art ‚konkreter Utopie`"

"Arbeitgeber haben Interesse am gewerkschaftlichen Gütesiegel: Union proof Sex"

"Es ist ja immer noch so, dass Gewerkschaften um einiges mehr Freier organisieren als Prostituierte."

8. Gemeinsame Orte

Bewegung, Organisierung, Untersuchung: ein Vorschlag von DeriveApprodi

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:08

Unter dem Eindruck der weltweiten "Bewegung der Bewegungen" und den Auseinandersetzungen in Seattle und Genua hat das italienische Zeitungsprojekt DeriveApprodi den Vorschlag für ein internationales Zeitungsnetzwerk präsentiert. Ziel ist ein offener Prozess der gemeinsamen Untersuchungsarbeit. Eine Arbeit, die wenig mit akademischer Analyse, aber viel mit theoretisch-praktischen Anstrengungen innerhalb der Bewegungen zu tun hat.

Seit Monaten zirkuliert ein Gedanke durch Europa: derjenige nämlich, das ein Bewegungszyklus zu Ende gegangen sei. In den vergangenen zehn Jahren hat "Bewegung" - zumindest in Italien - hauptsächlich die organisierten Teile bezeichnet. Eine Differenz zwischen ihnen und "der" Bewegung wurde damit getilgt. Inzwischen jedoch sind in dem ambivalenten Verhalten der Multitude viele neue Fäden der Kommunikation gewoben worden, und in Ansätzen kann man neue Praxen des Überlebens und des Widerstandes beobachten. Inzwischen ist deutlich geworden, dass es ein Ausdruck von Provinzialismus war, die 1990er Jahre als bewegungslose Zeiten zu beschreiben: In diesem Jahrzehnt gab es die ArbeiterInnenkämpfe, die die großen Automobilfabriken in Korea in Brand gesetzt haben, den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria, die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien, den Widerstand in Los Angeles oder den im zapatistischen Chiapas (Zum Verständnis der Alchimie, die die großen proletarischen Revolten kennzeichnet, lohnt es sich, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Jahr 1994 sowohl das Jahr des zapatistischen Austandes als auch das Jahr mit der weltweit höchsten Anzahl von Generalstreiks im 20. Jahrhundert gewesen war.).

Jenes eindimensionale Bild von Bewegung war kurzsichtig und falsch, weil es nicht in der Lage war, die Symptome des weltweiten Widerstandes zu erkennen. Und es hat den Standpunkt des Gegners eingenommen, nämlich den vom Triumph des Kapitalismus und vom Ende der Geschichte. In dieser Erzählung gab es lediglich einen Platz für einen Diskurs über die Macht und die sterile Denunziation ihrer Fehler und ihrer größten Grausamkeiten. Es war derselbe Blickwinkel, mit dem vor zwei Jahren die Explosion der argentinischen Krise betrachtet wurde: Anstatt in angemessener Weise den sozialen Aufstand zu betrachten, der diese Krise hervorgebracht hat, fokussierte man sich hauptsächlich auf die kriminellen Machenschaften von IWF und Weltbank.

Aus diesem widersprüchlichen und schwierigen Jahrzehnt entsprang die Revolte von Seattle: ein Symbol der weltweiten Kämpfe. Von da an, bis hin zu Genua, hat die Bewegung die Karten vollständig neu gemischt. Als diese Revolte ausbrach, destabilisierte sie gleichzeitig die Organisationen und stürzte sie oft genug in die Krise. Wenn wir diesen Umstand nicht reflektieren, werden wir weiter fortfahren, die Schatten und Geister der Vergangenheit in die Zukunft zu projizieren.

Inzwischen ist die Kluft zwischen der Bewegung selbst und ihren organisierten Teilen für jeden und jede offensichtlich. Von dieser Kluft müssen wir ausgehen, ohne der voreiligen Schlussfolgerung zu verfallen, die Organisation gegen den sozialen Konflikt auszuspielen.

Die weltweite Bewegung hat die Krise der repräsentativen Demokratie sehr genau wahrgenommen. Sie hat ihre organisierten Teile kritisiert, aber bisher keine autonomen politischen Repräsentationsformen gefunden. Wir glauben nicht, wie einige behaupten, dass die Organisation keine positive Rolle mehr spielt, z.B. bei der Vorbereitung gemeinsamer Termine, bei der Bereitstellung strukturierter Kommunikationswege oder bei den vielfältigen Koordinationsaufgaben. Allerdings glauben wir nicht, dass die Organisation alles ist. Daraus folgt, dass die Krise der organisierten Repräsentationsmechanismen nicht gleich bedeutend ist mit einer Krise der Bewegung selbst. Die These vom Ende des Bewegungszyklusses vereinfacht die Realität, in der wir uns bewegen. Das Problem geht sehr viel tiefer: Was sich in einer Krise befindet, ist die Analyse von Bewegungen in den klassischen Kategorien des Zyklus: das Schema, nach dem Bewegungen in einem gegebenen Zeitrahmen geboren werden, wachsen, ihren Höhepunkt erreichen und dann wieder abebben.

Das Schema vom Zyklus hat zwei spezifische Dimensionen. Die eine ist eine räumliche: der Kontext der Aktionen von lokalen oder nationalen Bewegungen. Heute jedoch hat sich die Bewegung den gesamten

globalen Raum als ihr Kampffeld angeeignet. Während wir in Italien vom "Ende eines Zyklus'" sprechen, tragen gleichzeitig die Mobilisierungen in Cancun zum Scheitern der WTO bei; in Bolivien kommt es zu einem erfolgreichen Aufstand gegen die Regierung und die multinationalen Konzerne (wenn auch zu dem schrecklichen Preis von Menschenleben); in den USA präsentiert sich die Antikriegsbewegung auch nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges in bester Verfassung; in Südafrika dauern die Kämpfe gegen die neoliberale Politik des ANC an; in Brasilien, Argentinien und Venezuela finden wichtige politische Experimente statt. Diese Laboratorien des Konflikts sind weder von einander getrennt, noch folgen sie einander gemäß der klassischen Perspektive der internationalen Solidarität. Im Gegenteil: Sie sind unauflöslich mit einander verknüpft. Sie stehen mit einander im Austausch und stimulieren einander. Die angestrebte Einheit auf globaler Ebene wird nicht als ein zukünftiger Zustand antizipiert, sondern als ein Element der Gegenwart vorausgesetzt.

Krise der Organisationen

Der Kampf der Piqueteros in Argentinien und die Organisation der Flucht von MigrantInnen aus dem Abschiebelager in Woomera erzählen uns nicht irgendwelche weit entfernten Geschichten. Sie sprechen über die Organisationsexperimente der neuen Formen der lebendigen Arbeit; sie sprechen davon, wie die Materialität der Produktionsverhältnisse anzugreifen ist, und sie sprechen von den Begrenzungen und den Potenzialen des globalen Widerstandes. Auf diese Weise erhalten wir zwar keine Antizipation und auch keine Erklärung unserer Zukunft. Was wir aber erhalten, sind Untersuchungshypothesen, kollektive Erzählungen, offene Probleme für die Erfindung von Praxen für die Herausforderungen der Gegenwart.

Die zweite Dimension, auf der die These vom zyklischen Charakter von Bewegungen beruhte, ist eine lineare Konzeption der Ziele. Der Referenzpunkt war immer die Macht (verkörpert im Staat), und die Entwicklung wurde gemessen an der Perspektive des Konfliktes mit der Macht, um sie entweder zu stürzen oder ihr Reformen abzutrotzen. Sowohl Siege wie auch Niederlagen waren dabei stets mit einem Abflauen der Bewegung verbunden. Dieses Schema ist nun an ein Ende gekommen, und zwar nicht nur, weil mit der Auflösung der (nationalstaatlichen) Souveränität Macht nicht mehr eindeutig (räumlich) verortet werden kann, sondern auch, weil die Themen und Forderungen der Bewegung - Krieg und Frieden, freies Fluten für Menschen und Arbeit, die Beseitigung der Warenförmigkeit von Technologie und Wissenschaft, der Schutz der Umwelt - direkt zu den Wurzeln der Probleme vordringen. Sie lassen sich nicht auf irgendein Stufenprogramm reduzieren.

Das geeignetste Paradigma, um diese Realität zu beschreiben ist die soziale Bewegung der MigrantInnen, Subjekte, die in ihrer mobilen Kritik sowohl die internationale Arbeitsteilung in die Krise stürzen als auch nationale und Lohngrenzen. MigrantInnen sind Subjekte, die weder in ihren Herkunftsländern befriedet werden können, noch in ihren Zielländern. Sie fliehen und suchen nach einer anderen möglichen Welt. Sie bringen damit ihre Konflikte und Spannungen in die Orte ihrer Ankunft (wie vorübergehend oder permanent auch immer). Das entspricht exakt der globalen Bewegung. Sicher, die Knotenpunkte für Bezüge wie Gegenkräfte sind noch nicht ausgemacht, Punkte, wie provisorisch sie auch sein mögen, von denen aus die Prozesse beeinflusst werden können. Es wäre wünschenswert, dass die Debatte über diese Themen weiterentwickelt wird, anstatt sich über Konzepte und Ansätze den Kopf zu zerbrechen, die einstmals als "politisch" gegolten haben.

Die These, dass die Bewegung selbst der Agent einer anderen Globalisierung gewesen ist, einer Globalisierung der Kämpfe und des Widerstandes, beinhaltet eine deutliche Polemik gegen jene, die sich (immer noch) in erster Linie auf nationalstaatliche Räume und die klassischen Instrumentarien des Sozialstaates beziehen, wenn sie die "neoliberale" Globalisierung eindämmen oder blockieren wollen. Wir wollen nicht unbrauchbare politische Projekte aufrecht erhalten, die bei der Konsolidierung von Kampferfahrungen und Widerstand gegen das globale Kapital von lokalen und/oder nationalen Rahmenbedingungen ausgehen. Was wir sagen, ist, dass jedes politische Projekt, egal auf welcher territorialen Ebene, von einer Offenheit für die globale Dimension ausgehen muss, eine Dimension, die berücksichtigt, dass die postkolonialen und Klassenkämpfe selbst materiell ein sehr viel bedeutsamerer Faktor sind als die kapitalistische Entwicklung.

Bewegung als Laboratorium

Wie wir es schon nach Genua getan haben, wollen wir auch heute die Bedeutung einer fortdauernden Bewegung - gedacht als offener und komplexer Raum der Politisierung - betonen, wo vielfältige Erfahrungen der politischen Agitation und des sozialen Konflikts genauso wie Experimente mit Praxen und Sprachen nicht auf die bloße Summe der einzelnen Elemente reduziert werden können. Es handelt sich vielmehr um einen konstituierenden Raum, in dem die Prozesse der Subjektbildung immer offen sind.

Dabei geht es uns natürlich nicht darum, das Erbe wegzuwerfen, das uns die besten Teile der vergangenen radikalen Erfahrungen hinterlassen haben. Doch wenn dieses "Testament" genutzt werden soll, so fordert das zwingend, dass wir uns von jeder Form der Nostalgie frei machen und dass wir nur das auf die Gegenwart herunter brechen, was immer noch lebendig und pulsierend ist. Das bedeutet nicht, dass es innerhalb der Bewegung nicht Widersprüche, Rückschläge oder Fehler gäbe, oder ganz einfach neue tägliche Schwierigkeiten. Begrenzungen und Probleme müssen in erster Linie benannt werden, aber innerhalb des Politisierungsraumes, den wir globale Bewegung nennen. Außerhalb davon gibt es nichts als die Rückkehr zu einem ideologischen und fleischlosen Disput, zu dem Raum-Zeit-Kontinuum der selbstreferenziellen Impotenz. Bei allen Schwierigkeiten und Unsicherheiten scheint es uns trotz allem fruchtbarer, mit diesem Experiment fortzufahren.

Auf den Straßen und Plätzen Genuas haben sich im Juli 2002 sehr heterogene individuelle und kollektive Subjekte getroffen. Zum ersten Mal in Italien haben sie einen gemeinsamen politischen Ausdruck gefunden für eine radikale Kritik an der neuen Form des Kapitalismus, die seit langem herangewachsen war - in sehr unterschiedlichen Richtungen und oft an der politischen Oberfläche kaum sichtbar. In diesem Zusammenhang hat das Konzept von der Multitude, das die gesamten 1990er Jahre in unseren Diskussionen sehr präsent war, eine reale Gestalt angenommen. Wir sind weit davon entfernt, diesen Multitudencharakter der Bewegung einfach verzückt anzustarren. Wir haben die inhärenten Risiken beim Gebrauch dieser Kategorie oft betont, etwa das Risiko, die Multitude als ein bereits gegebenes und konstituiertes Subjekt aufzufassen, das für die Entscheidungsschlacht bereit und historisch für den Sieg bestimmt sei. Wir haben es demgegenüber immer vorgezogen, das enorme Potenzial der Multitude zu untersuchen als ein Ort der Subjektbildung, der nicht auf eine Einheit reduziert werden kann. Die Multitude wäre vielmehr ein Subjekt, bei dem das Verhältnis zwischen Kollektiv und Singularität im Vergleich zur Vergangenheit auf eine neue Grundlage gestellt wird, mit spezifischen Differenzen und subjektiven Potenzialen.

Im Nachklapp von Genua haben wir die Bewegung als ein neues Realitätsprinzip definiert, vor dessen Hintergrund sowohl politische Vorschläge als auch analytische Hypothesen über die Realität des gegenwärtigen Kapitalismus getestet werden müssen. Es schien uns, das allein die bloße Gegenwart einer starken und radikalen Bewegung zusätzliche Untersuchungs- und Reflektionsanstrengungen erforderlich macht, die in der Lage wären, mit der politischen Militanz Schritt zu halten und gleichzeitig peinlich genau ihre Grenzen und Probleme zu registrieren. Eine solche Anstrengung erschien uns sinnvoller, als die theoretische Arbeit aufzugeben und stattdessen voll in den täglichen politischen Aktionen aufzugehen.

Wenn wir nach Genua auf die Einheit der Bewegung gesetzt haben, so hatte das für uns keinen ökumenischen Charakter. Neue Pfade der Umwälzung entstehen nur in der kritischen Konfrontation und der lebendigen Debatte. Was wir definitiv hinter uns lassen wollen, ist die Logik der Reduktion auf das Eine, die für die Organisationsmodelle des letzten Jahrhunderts so typisch war. Wir wollen diese Logik nicht nur deswegen hinter uns lassen, weil sie Teil eines zweifelhaften politischen Gepäcks ist, sondern auch, weil sie angesichts der Themen der Subjekte und der Vielschichtigkeit der Konflikterfahrungen schlicht nicht mehr funktioniert. Was wir mit der neuen Folge von DeriveApprodi vielmehr versuchen, ist der Aufbau eines offenen Raumes für plurale Ausarbeitungen, ein Ort mit klaren Standpunkten, vollkommen innerhalb der Bewegungsdynamiken, aber quer zu politischen Einschlüssen; ein Ort, der Beziehungen sowohl zu nicht organisierten Subjekten als auch zu Grenzbereichen herstellt, also zu jenen, die sich nicht zu einer bestimmten Gruppe oder Region zuordnen und sich dennoch dort bewegen, durchaus problematisch und mit einer dynamischen Tendenz zur Distanzierung und gleichzeitig zur Neudefinition der Mechanismen der eigenen Identitätsbildung; wir begreifen Identität als Kampfterrain und nicht so sehr als ein gegebenes Datum oder eine naturalisierte Grenze.

Die Kategorie der "globalen Bewegung" selbst ist - wie alle Kategorien - kein Konzept, das einfach unkritisch übernommen werden kann, etwa als nettes sprachliches Klischee. Deshalb haben wir die neue Folge der Zeitung von Anfang an als Testballon konzipiert, als eine Untersuchung zum Stand der Bewegungen in der Welt. Unser Ziel ist es nicht nur, Wissen und Material über Situationen zu akkumulieren, über die man in Italien

oft nur sehr wenig weiß. Uns geht es auch um den Aufbau eines aktuellen Netzwerkes transnationaler Beziehungen.

Untersuchung ist Kommunikation ist Umwälzung

Ein zentraler Punkt für die gesamte Bewegung, über den kollektiv nachgedacht werden sollte, scheint der der Organisationsform zu sein. Was wir hinter uns gelassen haben, ist glücklicherweise klar und steht außer Frage: die diversen Schulen der internationalistischen Parteien, Indoktrination und die Übertragung ideologischer Schemata. Das Problem allerdings bleibt: Ein neuer, formierender Netzwerkprozess, der die nicht reduzierbare Pluralität als Voraussetzung und Reichtum der globalen Bewegung beinhaltet, muss Gegenstand von Experimenten sein, und er muss organisiert werden.

Die Hürden sind hoch: Es geht nicht mehr darum, politische Rahmenbedingungen zu reproduzieren, sondern darum, mit Formierungsweisen zu experimentieren, die bestehende Modelle radikal in Frage stellen können. Es geht darum, hier und jetzt andere Universitäten aufzubauen, offene Räume für Formierung und kritische Subjektivität. Es geht darum, die vielfältigen Ausdrucksformen der Subjektbildung zu bewahren und zu bereichern, ohne sie ihrer innovativen und konstituierenden Kraft zu entfremden. Das wäre ein ambitioniertes Anliegen für ein Zeitungsnetzwerk.

Wir benutzen ganz bewusst die Kategorien Untersuchung und gemeinsame Untersuchung. Wir beziehen uns damit bewusst auf die Methodologie einer theoretisch-politischen Anstrengung, die zu den wichtigsten Hinterlassenschaften des italienischen Operaismus zählt, einer Tradition, der diese Zeitung und viele von uns entstammen. Untersuchung wie wir sie verstehen, ist ein offener Prozess der Wissensproduktion, der gleichzeitig Transformationen hervorbringt. Sie geht von Hypothesen aus, überprüft und problematisiert sie aber auf ihrem Weg. Untersuchung setzt einen kontinuierlichen Austausch von Ideen und Erfahrungen zwischen den Subjekten voraus, die auf unterschiedliche Weise an dem Prozess beteiligt sind. Deshalb haben wir diejenigen, mit denen wir in Kontakt gekommen sind, nicht einfach nur nach ihrer Sicht auf die Welt gefragt. Niemand - und das war keineswegs selbstverständlich - hat seinen Beitrag auf eine reine Beschreibung seines unmittelbaren Kontextes beschränkt. Und niemand hat den eigenen Bewegungsweg als den einzig möglichen dargestellt. Jeder und jede hat die Einladung akzeptiert, ProtagonistIn einer Analyse zu sein, die - und sei es nur für den Moment - jede Sicherheit bei Seite legt und statt dessen neue Potenziale zur Umwandlung des Bestehenden entdeckt; jeder und jede war bereit, das Gemeinsame aus den pluralen Wegen der Umwälzung zu entwickeln.

Uns geht es um das Argument, dass der globale Raum weder glatt noch homogen ist, sondern zerklüftet und voller Konflikte und Widersprüche. Zum ersten Mal können wir hier und nicht auf der Ebene der abstrakten politischen Einheitlichkeit Laboratorien errichten, in denen mit unterschiedlichen Praxen, Zielen, Sprachen und Analysen experimentiert und diese verglichen werden können. Von Kanada bis Südafrika, von Argentinien bis Holland, von Korea bis Australien: Unsere Untersuchungsmaterialien können nicht zusammengefasst und abgeschlossen werden. Sie existieren im Dialog über gemeinsame Probleme und ähnliche Perspektiven. Von diesem neuen Realitätsprinzip ausgehend beginnen wir wieder: mit der gemeinsamen Untersuchung.

DeriveApprodi

Es handelt sich bei diesem Text um die gekürzte englische Fassung des italienischen Originaltextes.
Übersetzung: Dirk Hauer

9. Prostitution in Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:09

Nach Schätzungen der Bundesregierung arbeiten bundesweit ca. 400.000 Frauen in der Prostitution. 1,2 bis 1,5 Mio. Männer nehmen täglich die sexuellen Dienstleistungen von Prostituierten in Anspruch. In Hamburg arbeiten nach Polizeiangaben 3.700 bis 4.000 Prostituierte, davon 1.950 Migrantinnen. Beratungsstellen hingegen gehen von 4.000 bis 6.000 aus. Die meisten Frauen in Hamburg (2.300) arbeiten in Clubs oder Modellwohnungen, über die Hälfte von ihnen illegal (1.500). In der Straßen- und Bordellprostitution St. Paulis arbeiten über 500 Frauen, in St. Georg ca. 660 (überwiegend Beschaffungsprostitution). Ca. 200, vorwiegend deutsche Frauen arbeiten im Hotelservice oder bieten sexuelle Dienstleistungen in Bars und Lokalen an.

Nach jüngsten Berechnung wird in der Prostitution ein jährliches Gesamteinkommen von 14,5 Mrd. Euro erzielt. Zum Vergleich: Der Jahresumsatz 2002 der Bertelsmann AG lag bei 18,2 Mrd. Euro, der der MAN AG bei 15 Mrd. Euro, und Karstadt Quelle setzte 15,2 Mrd. Euro um. Im Durchschnitt verdient eine Prostituierte demnach 200 bis 300 Euro am Tag, ihr monatliches Durchschnittseinkommen hingegen beträgt nur 1.500 Euro, in Berlin sogar nur 1.000 Euro. Der Löwenanteil des Geldes fließt in die Taschen der Zuhälter und "Wirtschafter" (1). Daneben profitieren hauptsächlich die Immobilienbesitzer. Modellwohnungen etwa kosten in Hamburg bis zu 50 Euro pro Quadratmeter. Die Tagesmieten für einen Arbeitsplatz liegen in Hamburg bei ca. 175 Euro. Der Preis für professionellen Sex liegt bei 75-80 Euro. Davon kassieren Zuhälter und Zimmervermieter je 25 Euro. Einem Zuhälter bringt eine Prostituierte jährlich im Durchschnitt 107.000 Euro ein.

Über die Hälfte der Sex-Arbeiterinnen in Deutschland sind Migrantinnen, in Hamburg sind es sogar 60-70%. Gemeint sind Frauen aus Nicht-EU-Staaten, die sich hier auf der Basis eines Touristenvisums oder aber ohne jede Aufenthaltserlaubnis aufhalten. Nach Angaben von Amnesty for Women sind die Hauptherkunftsgebiete Osteuropa (56%), Lateinamerika (16%), Afrika (16%) und Südostasien (12%).

dk

(nach: Emilija Mitrovic: "Aktueller Stand der Prostitution in Deutschland", Gastvortrag an der Universität der Künste, Berlin, 1.12.2003)

Anmerkungen:

1) Neben den Zuhältern, die in der Regel über eine private Beziehungsebene mit den Prostituierten verbunden sind, besteht die Hierarchie in der Prostitution meist aus einem Immobilienbesitzer, der an einen oder mehrerer Bordellbetreiber vermietet oder verpachtet. Diese wiederum setzen _Wirtschafter_ als Geschäftsführer, Manager und Organisatoren ein.

10. Nie erlaubt, oft geduldet

Zur staatlichen Regulierung der Prostitution

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:10

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts versuchte der bürgerliche Staat vor allem, die Prostitution zu kontrollieren. Selbst dort, wo sie tatsächlich offiziell verboten war, wurde sie faktisch in einem begrenzten und kontrollierten Umfang geduldet. Bereits 1807 wurde die Prostitution in Hamburg bedingt toleriert. Polizeilich konzessionierte und überwachte Bordelle sollten die Ausbreitung der Wege- und Straßenprostitution über das gesamte Stadtgebiet verhindern. 1834 wurde diese Verordnung verschärft: Es wurde detailliert festgelegt, wo, wann und mit wem sich Frauen treffen durften. 1895 schätzte die Hamburger Kriminalpolizei 3.000-4.000 freie Prostituierte - fast dieselben Zahlen, die heute angegeben werden.

Die Politik der Doppelmoral - offizielles Verbot und Stigmatisierung, faktische Duldung - wurde selbst im Nationalsozialismus fortgesetzt. Offiziell war Prostitution verboten, und Prostituierte konnten als GewohnheitsverbrecherInnen, als "gemeinschaftswidrig" und als "asoziale weibliche Elemente" jederzeit aufgegriffen, interniert und auch in KZs eingeliefert werden. Gleichzeitig aber wurde die Prostitution reglementiert. In Hamburg wurden fünf Straßen in St. Pauli und St. Georg zu "Prostitutionsstraßen" erklärt, wo die Prostituierten wohnen und arbeiten sollten, um von der "Normalbevölkerung" abgetrennt zu sein. Die Herbertstraße ist davon bis heute noch übrig. Auch hier ging es u.a. um die Kontrolle des proletarischen Gängeviertels mit seinem traditionell hohen Anteil von Prostitution. Daneben wurde Prostitution im Nationalsozialismus auch bewusst eingesetzt, sowohl in Form von Wehrmachtsbordellen, etwa in Frankreich und Polen, als auch in Bordellen für Zwangsarbeiter und in Konzentrationslagern.

Nach 1945 war die Prostitution in Deutschland nicht verboten, sondern per Gesetz als "sittenwidrig" erklärt worden. Das bedeutet nicht, dass Prostitution durch Sperrgebietsverordnungen, durch Gesetze gegen Zuhälterei oder die "Förderung" der Prostitution nicht stark reglementiert und kriminalisiert worden wäre. Mit der "Sittenwidrigkeit" waren sexuelle Dienstleistungen zudem deutlich weniger gesetzlich geschützt als andere Dienstleistungen. So waren Prostituierte zwar prinzipiell steuerpflichtig (auch wenn dies sehr unterschiedlich gehandhabt wurde), doch der Zugang zu Kranken- und Sozialversicherungen war ihnen verwehrt.

1967 wurden per großem Senatsempfang auf der Hamburger Reeperbahn die ersten Großbordelle eingeweiht. Offiziell galten sie als "Mädchenwohnheime", und Immobilienkönig Willi Bartels wurde als großer Wohltäter gefeiert. Faktisch hielt mit den 200 Kämmerchen pro Etablissement der Industriebetrieb in der Prostitution Einzug.

Zum 1.1.2002 ist das neue Prostitutionsgesetz (ProstG) in Kraft getreten. Damit wird Prostitution erstmals als "Arbeit" anerkannt. Prostituierte können jetzt reguläre Arbeitsverträge abschließen und erhalten damit die normalen ArbeitnehmerInnenrechte wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. Sie können in die Sozialversicherungssysteme einzahlen und deren Leistungen in Anspruch nehmen. Und last but not least können Freier, die sich weigern den vereinbarten Preis zu zahlen, strafrechtlich verfolgt werden.

dk.

(nach: Emilija Mitrovic: "Aktueller Stand der Prostitution in Deutschland", Gastvortrag an der Universität der Künste, Berlin, 1.12.2003)

11. "Moskau wird nicht aufgegeben!"

Richard Overy über Mythos und Wirklichkeit des "Großen Vaterländischen Krieges"

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:11

Viel hält sich die deutsche Öffentlichkeit auf ihre angeblich "vorbildliche" Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu Gute. Allerdings sind die Umstände der Befreiung vom Faschismus vor allem dann Thema, wenn es deutsche Opfer zu beklagen gibt. Die Leiden und Leistungen insbesondere der sowjetischen Seite werden dagegen allenfalls am Rande erwähnt. Gerade mal einen Halbsatz widmete Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bei der diesjährigen Feierstunde im Reichstag den sowjetischen Soldaten, die am 27. Januar 1945 die wenigen Tausend Überlebenden in Auschwitz befreiten. Wie die Befreier dorthin kamen, welche unvorstellbaren Opfer sie in den Schlachten gegen die Deutsche Wehrmacht bringen mussten - diese Art der Erinnerung passt offenbar nicht in die staatsoffiziellen Gedenkreden.

Während die RepräsentantInnen der Berliner Republik schweigen, lassen selbst ernannte Volkspädagogen wie Guido Knopp mit ihren Büchern und TV-"Dokumentationen" nichts unversucht, um Mörder und Befreier auf eine Stufe zu stellen. (vgl. ak 470) Besonders geeignet scheint ihnen dafür die These vom geplanten "roten Holocaust", der durch Stalins Tod gerade noch verhindert wurde. Diese These gilt zwar unter Fachleuten als widerlegt (1) - im geschichtspolitischen Stellungskrieg scheint sie gleichwohl unersetzlich.

Ein fast fatalistischer Durchhaltewille

Dass es auch anders geht, eine wissenschaftlich unanfechtbare und zugleich dezidiert antifaschistische Geschichtsschreibung möglich ist, zeigt der britische Historiker Richard Overy in seinem neuen Buch "Russlands Krieg 1941-1945". Dort werden nicht nur die entscheidenden Schlachten, strategischen Entscheidungen und rüstungspolitischen Maßnahmen der sowjetischen Seite dargestellt. Overy geht es um eine historische Würdigung des sowjetischen Sieges und um eine differenzierte Bewertung des Systems, das ihn ermöglichte. Vor allem zeigt er, dass dieser Sieg keineswegs von vornherein gesichert war, sondern nur durch unerhörte Kraftanstrengungen der Sowjetmenschen möglich wurde.

Die ab 1936 in der Roten Armee vollzogenen "Säuberungen" hatten deren Verteidigungsfähigkeit erheblich geschwächt. Sie waren "schlimmer als Artilleriefeuer gegen die eigenen Truppen", wie der von 1938 bis 1940 inhaftierte General Rokossowski bemerkte. Gleichzeitig nahm die Rüstungsproduktion, auch mit Hilfe der Zwangsarbeitslager, einen enormen Aufschwung.

Dass die Bedrohung hauptsächlich von Nazi-Deutschland ausging, war der Sowjetführung klar. Entsprechend versuchte sie, die kapitalistischen Staaten des Westens für ein Militärbündnis gegen Nazi-Deutschland zu gewinnen. Erst deren Hinhaltetaktik zwang die Sowjetunion im Sommer 1939 zum Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland. Overy leugnet keineswegs dessen katastrophale Auswirkungen vor allem auf Polen, aber auch auf die kommunistischen und antifaschistischen Bewegungen in Europa. Aber nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei im April 1939 war die sowjetische Lagebeurteilung realistischer als die des Westens: "Die Sowjetunion wollte ein Bündnis, um Hitler zu bekämpfen, der Westen eine diplomatische Front, um ihn abzuschrecken", schreibt Overy.

Stalin hingegen lastet er vor allem dessen Realitätsflucht zwei Jahre später an, kurz vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Allen präzisen Warnungen zum Trotz beharrte Stalin darauf, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt nicht angreifen werde. Die Nachrichten vom Beginn des "Unternehmens Barbarossa" und von den schweren Niederlagen der sowjetischen Truppen stellten seine "Genialität" sichtbar in Frage. Er war "schockiert, aber nicht, wie häufig behauptet, gelähmt", schreibt Overy - und offensichtlich bereit, seinen Posten zu räumen. Am 27. Juni zog er sich auf seine Datscha zurück, wo ihn drei Tage später Mitglieder des Politbüros zum Weitermachen drängten. Laut Overy habe ein "hagerer" und "verstörter" Stalin gefragt: "Kann ich das Land zum Endsieg führen?" Die Antwort "Es gibt niemanden, der es besser könnte" beendete die Führungskrise - "Stalin wurde Russlands Oberster Kriegsherr, und das blieb er".

Ob sich das so zugetragen hat oder nicht - dass Stalin (auch für Overy ein brutaler, rachsüchtiger, amoralischer Tyrann mit paranoiden Zügen) unverzichtbar war, gehört zu den Paradoxien - und Schwächen - des mit seinem Namen bezeichneten Systems. Zumal Stalin nach überwundener Depression weiter

militärische Fehler beging. Erst nach etlichen Niederlagen gelangte er zu der Einsicht, dass es Leute mit größerem militärischen Sachverstand gab, allen voran Marschall Schukow, "der einzige Mensch, der vor niemandem Angst hatte, auch nicht vor Stalin" (Marschall Timoschenko). Dass es auch unter Schukows faktischem Oberbefehl massiven Terror innerhalb der Roten Armee gab, für Siege massenhaft Menschen, auch Zivilisten, geopfert wurden, verschweigt Overy nicht. Aber gab es eine Alternative? Schukow ist für Overy diejenige Einzelperson, die den größten Anteil am sowjetischen Sieg und an der Zerschlagung des deutschen Faschismus hatte.

Zu den materiellen Faktoren, die den Sieg ermöglichten, gehören die massiven Rüstungsanstrengungen, die Überlegenheit des neu entwickelten Panzers T 34, Hilfslieferungen der Westalliierten, die Professionalisierung der Roten Armee durch Entmachtung der Politkommissare. Overy stellt diese Faktoren nicht deshalb relativ knapp dar, weil er sie gering schätzen würde. Er setzt sie vielmehr als grundlegend voraus, konzentriert sich aber immer wieder auf den Beitrag der sowjetischen Menschen, die für ihn die eigentlichen Heldinnen und Helden sind. Und das mit vollem Recht.

Stoizismus und historisches Bewußtsein

Nach neueren Berechnungen sind im Krieg mindestens 25 Millionen SowjetbürgerInnen ums Leben gekommen, fünf Millionen mehr als jahrzehntelang angenommen. Diejenigen, die überlebten, waren natürlich nicht durchgängig von "eisernem Siegeswillen" erfüllt, wie die Propaganda behauptete. Es gab Kollaboration mit den Okkupanten, Desertionen, Mutlosigkeit und Panikstimmung unter den Belagerten von Leningrad und Moskau. Allein mit dem Mittel des Terrors wäre dem nicht beizukommen gewesen. Eine Kapitulation war möglich, als die Deutschen im Oktober 1941 kurz vor Moskau standen und in der sowjetischen Hauptstadt wachsende Panik auslösten. Stalins Entscheidung, Moskau nicht aufzugeben und selbst dort zu bleiben, bezeichnet Overy als den "möglicherweise wichtigsten Befehl seines Lebens". Er brachte den Stimmungsumschwung, der eine Voraussetzung für die erfolgreiche Gegenoffensive im Winter 1941/42 darstellte. Die Rückeroberung besetzten Gebietes zeigte den Soldaten zudem, mit was für einem Feind sie es zu tun hatten. Überall fanden sie Spuren und ZeugInnen schrecklicher Gräueltaten, verbrannte Dörfer, halbverhungerte Menschen. "Die Bezeichnung ‚faschistische Bestien`, die bisher nur ein Schlagwort der Partei gewesen war, bekam nun eine konkrete Bedeutung."

Agitation und Propaganda brandmarkten aber nicht nur einen vor keiner Grausamkeit zurückschreckenden Feind, sondern erinnerten auch an die Heldentaten vergangener Zeiten, als der Deutsche Ritterorden, Tataren, Polen und Franzosen aus Russland zurückgeschlagen wurden. "Lasst euch beflügeln vom Heldenmut unserer großen Vorfahren", rief Stalin in einer durch und durch patriotischen Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution. Dass es im "Großen Vaterländischen Krieg" nicht um die Revolution, sondern um die Verteidigung der Heimat ging, war schon vorher als Generallinie ausgegeben worden. Die nationale Einheitsfront schloss auch Kräfte ein, die als mutmaßliche oder tatsächliche Opposition gegen den Sowjetstaat bisher verfolgt worden waren: die russisch-orthodoxe Kirche und die Juden. Während der Patriarch von Moskau den RotarmistInnen seinen Segen gab, durften Jüdinnen und Juden - vorübergehend! - in relativ autonomen Strukturen wie dem Jüdischen Antifaschistischen Komitee (JAFK) ihren Beitrag zum Kampf gegen die Deutschen leisten.

Die in diesem Kampf gezeigte Opferbereitschaft und Leidensfähigkeit erklärt Overy mit der historisch gewachsenen russischen und sowjetischen Kultur. Dazu gehören für ihn "enge Bindung an Heimat und Geschichte", "Sinn für Vergangenheit", "allgemeine Kunst- und Literaturbegeisterung", "Patriotismus", Widerstandsfähigkeit" als "Produkt eines unbarmherzigen Klimas und extremer Arbeitsbedingungen", ein "Durchhaltewille", der "eher passiv, fast fatalistisch" war - letztlich eine "Mischung aus dumpfem Stoizismus und historischem Bewusstsein".

So anfechtbar solche Verallgemeinerungen sein mögen, enthalten sie zweifellos doch mehr als nur ein Körnchen Wahrheit. Denn "Für Stalin!" gingen sicherlich nur die wenigsten in den Tod - auch wenn sie mit diesem Ruf starben. Ehemalige KriegsteilnehmerInnen wie der Romanautor Wjatscheslaw Kondratjew oder die Dichterin Olga Berggolz, die die Belagerung von Leningrad überlebte, verwiesen auf ein Paradoxon: Angesichts der Bedrohung habe es "eine stürmische Empfindung der Freiheit" gegeben, die Einfallsreichtum und Entscheidungsfreude begünstigte - eine "spontane Entstalinisierung", die Kondratjew in dem Satz zusammenfasste: "Du hattest das Gefühl, das Schicksal Russlands läge ganz allein in deinen Händen."

"Eine stürmische Empfindung der Freiheit"

Overy zitiert diese Beobachtungen im Epilog über "Russlands Krieg - Mythos und Wirklichkeit". Das Buch endet mit einer knappen, zusammenfassenden Erklärung für den sowjetischen Sieg, die mir das Wesentliche zu enthalten scheint: "Der sowjetische Erfolg ist auf all diese Faktoren zurückzuführen: auf den Patriotismus und die Leidensfähigkeit des Volkes, auf die Rolle Stalins, den politischen Kontext von Planung und Mobilisierung sowie das vorübergehende Erwachen von Initiative und Verantwortlichkeit, durch die der fatalistische Konformismus überwunden werden konnte, der die sowjetische Gesellschaft nach den Säuberungen beherrschte. Die Kriegsanstrengungen waren nicht nur das Werk des Volkes, das sie trotz des Systems, in dem es lebte, aufbrachte, aber sie waren auch nicht ausschließlich ein Produkt des sowjetischen Staates, seines Führers und der Partei. Die beiden Kräfte wirkten in einer erzwungenen Symbiose zusammen, keine der anderen wirklich vertrauend, und doch auf einander angewiesen durch die Zwänge, die der deutsche Überfall schuf."

Overys Buch ist die Würdigung einer "unvergleichlichen Leistung" und "welthistorischen Tat", schrieb der Militärhistoriker Wolfram Wette in seiner Rezension. (2) Es setzt den sowjetischen Kämpferinnen und Kämpfern, ob zivil oder bewaffnet, ein Denkmal. Und es ist die passende Antwort auf die Relativierungen und Auslassungen der deutschen GeschichtspolitikerInnen.

Js.

Richard Overy: Russlands Krieg 1941-1945; Rowohlt Verlag (Reinbek) 2003, 555 Seiten, 24,90 EUR

Anmerkungen:

1) siehe Arno Lustiger: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden. Aufbau Taschenbuch Verlag (Berlin) 2002

2) Zeit Literatur, Oktober 2003

12. Frauen in der Roten Armee

Zeitzeuginnen erinnern an eine verdrängte Geschichte

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:12

"Moskau, den 10. Oktober 1941. An diesem Tag war es im ZK des Komsomol besonders laut und voll, doch das Besondere war, es hatten sich fast nur Mädchen versammelt. Sie kamen aus allen Ecken und Enden der Hauptstadt, aus Anstalten, Betrieben, Fabriken. Ganz unterschiedliche Mädchen, übermütig und laut, still und bescheiden, mit kurz geschnittenem Haar und langen dicken Zöpfen (...) Der Reihe nach betraten sie ein Zimmer, wo jemand mit einer Feldbluse hinter einem Tisch saß. ‚Seid ihr fest entschlossen, an die Front zu gehen?` ‚Ja!` ‚Und ihr habt keine Angst davor, dass es hart wird?` ‚Nein!` Prüfend betrachtete er jedes Mädchen einzeln, ob da nicht ein Anflug von Zweifel oder Unaufrichtigkeit zu erkennen wäre."

Unterleutnant Galina Dokutowitsch, seit einem Jahr als Navigatorin in einem Fliegerregiment an der Front, schrieb diese Zeilen am 27.5. 1943 in ihr Tagebuch. Zwei Monate später fiel sie bei einem Einsatz.

Beim Durchblättern des Katalogs zur Ausstellung, "Mascha, Nina und Katjuscha - Frauen in der Roten Armee - 1941-1945" blicken uns die jungen Gesichter dieser Frauen an, lachend, fröhlich, ernst, erschöpft und verzweifelt. Einige Fotos wurden offensichtlich in Szene gesetzt, es wurde posiert, andere dokumentieren authentisch den Einsatz im realen Kriegsgeschehen. Offensichtlich hatten während des Zweiten Weltkrieges die Frauen, die in der Roten Armee kämpften, Zugang zu fast allen militärischen Bereichen. Einzigartig für eine Armee zu der damaligen Zeit: die Frauen kämpften mit der Waffe, sie kämpften in vorderster Frontlinie gemeinsam mit den männlichen Soldaten gegen den Feind. Dennoch waren die weiblichen Soldaten nicht automatisch den männlichen gleichgestellt, sie mussten sich gegen männliche Vorbehalte durchsetzen und ihren Mut und ihre Tatkraft beweisen.

Furchtsam, entschlossen, draufgängerisch

"Zuerst einmal sah ich mir die Batteriestellung näher an. Offen gesagt, war mir der Anblick nicht ganz geheuer: ein Mädchen als Wachtposten, ein Mädchen mit Feldstecher auf dem Beobachtungsturm - ich kam ja direkt aus der Feuerlinie! Und so verschieden waren sie alle: schüchtern, furchtsam, kokett, entschlossen, draufgängerisch (...) Nicht alle kamen mit der Disziplin zurecht, die Frauennatur widersetzt sich der militärischen Straffheit. Mal hatte eine vergessen, was ihr aufgetragen wurde, mal hatte die andere einen Brief von zuhause bekommen und heulte den ganzen Morgen. Dann verhängt man eine Strafe - und nimmt sie mitunter auch wieder zurück, weil sie einem leid tun," so der männliche Abteilungskommandeur eines Frauen-Flakregiments. (Zitiert nach Swetlana Alexejewitsch: "Der Krieg hat kein weibliches Gesicht", Hamburg, 1989)

Nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion betrachteten es viele Jugendliche, Männer und Frauen, als ihre patriotische Pflicht, die sozialistische Heimat an der Front zu verteidigen. Diese Entscheidung genoss hohes gesellschaftliches Ansehen. Während des Zweiten Weltkrieges kämpften 800.000 bis eine Million Frauen in der Roten Armee; sie dienten im Heer, bei den Luftstreitkräften, in der Kriegsflotte und im inneren Dienst. Sie wurden u.a. eingesetzt im Sanitätsdienst, in der Luftabwehr, im Nachrichtenwesen, in der Versorgung und in der politischen Arbeit. Offiziell bestand während des Zweiten Weltkrieges keine Wehrpflicht für Frauen, allerdings sah das allgemeine Wehrgesetz vom 1. September 1939 vor, dass Frauen mit Fachausbildung unterstützend in der Armee tätig sein sollten.

Offiziell wurde das Bild von der Frau an der Heimatfront propagiert. Die Frauen sollten stark und selbstständig sein und den Männern, die an der Front für sie kämpften, durch Übernahme der traditionellen Männerarbeit, z.B. in der Landwirtschaft oder in den Fabriken, nicht nur moralisch den Rücken stärken. Und selbstverständlich sollten sie gleichzeitig fürsorglich und duldsam die heimelige Häuslichkeit für die Rückkehrer bewahren.

Allerdings musste die sowjetische Armee gerade in den ersten Kriegsmonaten große Verluste hinnehmen. Die militärische Notsituation machte den Einsatz von Frauen in der Armee notwendig. Dementsprechend führte das Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol) direkt nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion eine militärische Pflichtübung für Komsomolzen und Komsomolzinnen

ein. Zu Beginn des Krieges übernahmen Frauen an vorderster Front, z.B. im Sanitätsdienst oder im Nachrichtendienst, harte und gefährliche Arbeit. Unter feindlichem Beschuss und somit in Lebensgefahr mussten sie Verwundete erstversorgen und bergen. Oder sie mussten zur Aufrechterhaltung der Befehlsstruktur in den Schützengräben Kabel für den Nachrichtendienst verlegen. "Was lässt sich über unsere Arbeit sagen? Der Äther im Krieg, das ist eine einzige Kakaphonie, ein Wirrwarr von Geräuschen und Geknister, denn unzählige Sender - unsere und die Feindsender - arbeiten gleichzeitig. Jetzt finde einmal das erforderliche Signal heraus. (...) Dreiundvierzig bei Orscha alles wie durch den Fleischwolf gedreht - Menschen, Erde, Bäume. Wir hatten einfach keine Zeit, verrückt zu werden. Keine Zeit zu weinen, nicht einmal - zu essen. Rund um die Uhr am Apparat. Und wenn plötzlich die Verbindung abbrach, war man verzweifelt: Irgendwo kamen jetzt Menschen ums Leben ..." (Aussage der Funkerin Walentina Jakowlewna, Mitte der 1980er Jahre)

1942 wurden Spezialeinrichtungen gegründet, in denen Frauen zu Scharfschützinnen, Fliegerinnen oder militärischen Kadern ausgebildet wurden. Nicht zu vergessen sind die vielen Frauen, die als sogenannte Hilfskräfte für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Armee unabkömmlich waren, sie arbeiteten, ebenfalls oft frontnah, als Köchinnen oder Wäscherinnen. Diese Frauen sind bis heute zu Unrecht komplett aus dem Raster der Erinnerung gefallen.

Sanitäterinnen, Scharfschützinnen, Bomberpilotinnen

Zum Ende des Krieges wurden fast alle weiblichen Soldaten demobilisiert. Auch wenn oder gerade weil sie Tapferkeit und Mut bewiesen hatten, war es für sie nicht einfach, im normalen Leben, in der zivilen Gesellschaft wieder Fuß zu fassen. Zwar wurden Scharfschützinnen oder Bomberpilotinnen zu Propagandazwecken als Heldinnen gefeiert, doch die gemeine Soldatin zog es vor, den Fronteinsatz zu verschwiegen, um überhaupt wieder ein normales Leben führen zu können - was in der Regel bedeutete, zu heiraten und eine Familie zu gründen. "Ich war Scharfschützin. Siebenundvierzig tote Faschisten gehen auf mein Konto. Nach dem Krieg hab' ich meinen Invalidenausweis zerrissen. Wer hätte mich denn sonst zur Frau genommen? Hab' meine Verwundung versteckt. Dann geheiratet." Selbst ehemalige Kampfgefährten distanzierten sich, nur wenige Liebesbeziehungen, die während des Krieges eingegangen wurden, hatten Bestand. Selbst heute noch ziehen viele weibliche Veteranen es vor, Gedenktage privat im kleinen Kreis der Freundinnen und ehemaligen Mitkämpferinnen zu feiern.

Die authentische Geschichte der Frauen in der Roten Armee lässt sich durch Einzelschicksale anhand von Interviews oder Memoiren nachvollziehen, die Aussagen der ehemaligen Rotarmistinnen sind besonders aufschlussreich und interessant.

Die Ausstellung und der zugehörige Katalog stellen diese Einzelschicksale in einen größeren Zusammenhang und ermöglichen somit vielschichtige Einblicke. Weder das Tabuthema sexualisierte Gewalt noch so profane Alltäglichkeiten wie hygienische Bedingungen oder Wäsche und Kleidung für weibliche Soldaten werden ausgelassen. Das Menstruieren während eines Gefechts konnte mehr als lästig sein, genau so stellte auch das Ausbleiben der Menstruation eine Belastung dar. Viele Frauen gingen Beziehungen zu männlichen Soldaten ein, um sich vor Übergriffen und Vergewaltigungen durch andere Soldaten zu schützen.

Ein Highlight des Kataloges ist sicher der Text von Swetlana Alexijewitsch. Während sie an ihrem Buch "Der Krieg hat kein weibliches Gesicht" arbeitete, führte sie Tagebuch. Jetzt gewährt sie Einblick in die Eingriffe des Zensors; noch mutiger und aussagekräftiger sind allerdings die Stellen, die sie selbst vor 20 Jahren den LeserInnen vorenthielt. Da geht es z.B. um die Tante, die erst ihre Tochter umbringt, weil sie deren Bitte nach Brot nicht erfüllen kann, und sich selbst dann das Leben nimmt, oder um den Bruder, der zusammen mit Partisanen ins Dorf kommt und grundlos den Müller ermordet.

Ein weiterer Pluspunkt der Ausstellung ist die Auseinandersetzung mit dem Bild der Rotarmistin in der deutschen Wahrnehmung und Geschichtsschreibung. Bis heute gibt es in der deutschen Erinnerung das Bild des fanatischen, hinterlistigen und grausamen "Flintenweibes". In der nationalsozialistischen Wahrnehmung wurde der gleichberechtigte Kampf von Männern und Frauen an der Waffe als Beleg für die Entartung der sowjetischen Gesellschaft gesehen. Dies blieb nicht ohne schwerste Konsequenzen für die Frauen der Roten Armee, die den deutschen Soldaten in die Hände fielen. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft berichtet ein Soldat über einen Befehl seines Kompaniechefs, möglichst wenige Gefangene zu machen: "Stets zu

erschießen" seien "Frauen, die in den Einheiten der Armee dienen". Rotarmistinnen wurden entweder sofort erschossen oder dem SD überstellt. Das bedeutete ebenfalls die sofortige Hinrichtung oder die Überstellung in ein KZ, z.B. in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Dort setzen die Soldatinnen der Roten Armee durch, dass sie wie die männlichen Kriegsgefangenen den Winkel "SU" trugen und nicht als Zivilgefangene galten.

Privates Gedenken im kleinen Kreis

Warum sich nicht nur Männer schwer tun zu akzeptieren, dass Frauen bewaffnet kämpften und kämpfen, ist ein weiteres Thema, über das sich nachzudenken lohnt. Noch interessanter erscheint die Frage, was die Integration von weiblichen Soldaten in Armeen für das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis bedeutet. Die Frauen in der Roten Armee gewannen sicherlich an Selbstbewusstsein, ihr Platz in der zivilen Gesellschaft, das Bild der Frau, ihre Aufgaben und Möglichkeiten, änderten sich aber kaum. Und der Preis war hoch: Viele Soldatinnen starben oder kehrten physisch und psychisch versehrt aus dem Krieg zurück. Insofern lässt sich der Ausstellungskatalog auch als Plädoyer gegen Krieg lesen.

Raphaela Kula

Mascha, Nina und Katjuscha - Frauen in der Roten Armee - 1941-1945, Ch. Links Verlag, 2002, 206 Seiten, 19,80 EUR

13. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:14

Israel/Palästina

Im November vergangenen Jahres hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie wieder eine seiner handlich praktischen "Bürger und Bürgerinnen Informationen" herausgebracht. Israel/Palästina ist das Thema, Andreas Buro der Autor, der sich an der Frage abarbeitet: "Gewalt ohne Ende oder Verständigung und Kooperation?" Auch diesmal mahnen die HerausgeberInnen auf Seite 2: "Bitte lesen, bestellen, weiterverbreiten und handeln!" Handeln setzt Informiertsein voraus. Dass der Autor auf knapp 30 Seiten über Vorgeschichte und Verlauf des Konflikts nur das Nötigste zusammentragen kann, versteht sich von selbst. Bei aller Bemühung um Ausgewogenheit verweist er zu Recht darauf, "dass Israel als Besatzungsmacht mit seiner aggressiven Besiedlungspolitik und die USA als Israels Schutzmacht in hohem Maße die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung tragen". Daneben verschweigt er nicht, dass der palästinensische Widerstand auch von "politischen Kräften (geprägt ist), die ... nicht mehr mit der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts rechnen". Gleichwohl sei immer noch die deutliche Mehrheit beider Seiten für Frieden und Zweistaatlichkeit. Aber wie kann man dahin kommen? Buros These, Deutschland und die EU könnten sich aus dem Konflikt nicht heraushalten, klingt wie eine Aufforderung an die Regierungen, bleibt aber - zum Glück? - vage. Konkret schildert er statt dessen die vom Komitee mitorganisierten kleinen Schritte "grenzüberschreitender Friedensarbeit", Begegnungen zwischen Menschen des "anderen Palästinas" und des "anderen Israels", "Ferien vom Krieg" für fast 200 palästinensische Jugendliche sowie die Unterstützung humanitärer Hilfsfonds für die verarmte palästinensische Bevölkerung.

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Israel - Palästina. Gewalt ohne Ende oder Verständigung und Kooperation? 32 Seiten, Preise incl. Porto (nur gegen Vorauszahlung: Bargeld, Scheck, Briefmarken) 8 Exemplare: 5 EUR, 20 Exemplare: 10 EUR. Bestelladresse: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, D-50670 Köln

"Das Kapital", kurzer Lehrgang

Für Wal Buchenberg ist "Das Kapital" das einflussreichste Buch der Moderne. Es enthalte "alles Wesentliche zur Analyse und zur Kritik des Kapitalismus ..., was damals zu sagen war. Wer heute zur Kapitalismuskritik mehr sagen will, kann und muss auf diesem theoretischen Fundament aufbauen." Wobei allein der zu bewältigende Umfang der drei Bände - 2.200 Seiten! - auch auf neugierige LeserInnen einigermaßen abschreckend wirkt. Buchenberg hat daher eine 444 Seiten lange Kurzfassung des "Kapitals" herausgegeben: Sie besteht aus den Originaltexten von Marx, die um kursiv gesetzte Erklärungen und Überleitungen des Herausgebers ergänzt sind. Da zu jedem Zitat die Seitenzahlen der blauen MEW-Bände 23 bis 25 mit angegeben sind, lässt sich notfalls im Originaltext nachschlagen - falls denn durch die Verkürzung Gedankengang, Beispiele oder Beweisführung nicht nachvollziehbar sein sollten. Ob das Buch als Einstieg für marxistisch gänzlich "Ungebildete" geeignet ist, wäre noch auszuprobieren. Auch für die Kurzfassung gilt, was Marx 1867 im Vorwort zur ersten Auflage schrieb: "Mit Ausnahme des Abschnitts über die Wertform wird man daher dies Buch nicht wegen Schwerverständlichkeit anklagen können. Ich unterstelle natürlich Leser, die etwas Neues lernen, also auch selbst denken wollen." Dass manche Marxologen über Buchenbergs "Frevel" die Hände über dem Kopf zusammen schlagen werden, sollte von der Lektüre nicht abhalten.

Karl Marx: Das Kapital. Kurzfassung aller drei Bände. Herausgegeben und kommentiert von Wal Buchenberg. Verlag für Wissenschaft und Forschung (VFW,) Berlin, 2002, 444 Seiten, 23,40 EUR

Erri De Luca

Der italienische Schriftsteller Erri De Luca ist in Deutschland kaum bekannt, auch unter Linken. Das ist schade - nicht nur wegen seiner "klassisch" linken Biografie: 1950 in Neapel geboren, beteiligte er sich seit 1968 an den Aktionen der außerparlamentarischen Linken, wurde Mitglied von Lotta Continua, ging später nach Afrika und nach Frankreich, wo er sich als Lastwagenfahrer und Bauarbeiter durchschlug. Heute gehört er zu den Gastkommentatoren der kommunistischen Tageszeitung Il Manifesto. Nach dem grandiosen Buch "Das Meer der Erinnerung" ist nun ein weiterer Roman von ihm in deutscher Sprache erschienen: "Ich bin da" (Originaltitel "Montedidio", 2001). Wieder ist ein Jugendlicher die Hauptperson, wieder lastet die faschistische

Vergangenheit auf seinem "Weg ins Leben". Die Geschichte erscheint alltäglich: Der 13-jährige Ich-Erzähler wird Mitte der 1950er Jahre in Montedidio, einem armen Stadtteil Neapels, Gehilfe des Tischlermeisters Errico. Er ist stolz, zum Unterhalt der Familie beizutragen - ein erster Schritt in die Erwachsenenwelt. Der zweite folgt, als die zwei Jahre ältere Maria mit ihm eine Liebesbeziehung anfängt. Der dritte schließlich ist das eigentliche Thema der in einer wundervoll nüchternen Sprache erzählten Geschichte: In vielen Gesprächen mit dem Schuhmacher Rafaniello, der in Meister Erricos Werkstatt den Armen unentgeltlich die Schuhe repariert, erfährt er als einziger von dessen Vergangenheit, für die sich die anderen nicht interessieren. Rafaniello heißt eigentlich Rav Daniel und ist der einzige Überlebende einer von den Deutschen ermordeten jüdischen Dorfgemeinschaft in Polen. Er ist nach dem Krieg in Neapel hängen geblieben. Nun will er in der Sylvesternacht nach Jerusalem fliegen - mit den Flügeln, die er unter seinem Buckel spürt ... Ein teilweise märchenhaftes, aber auch erschreckend realistisches Buch.

Erri De Luca: Ich bin da. Rowohlt Verlag, Reinbek, 2004, 128 Seiten, 15,90 EUR

14. Leserbrief vom Conne Island Plenum

Antwort auf den Artikel "Nation und Pop" von DSe in ak 480

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:15

Der ak-Musikredakteur DSe hat in der letzten Ausgabe zum wiederholten Male über die Konzertpolitik des Leipziger Kulturzentrums Conne Island berichtet. Was der Grund für seine Panik-Attacken ("Konzertverbote im Conne Island häufen sich") ist, darüber wollen wir nicht weiter spekulieren.

Als erstes zu den formalen Fehlern des letzten Artikels:

1. Cee Ieh ist nicht "die offizielle ... Abkürzung" für das Conne Island, sondern "CEE IEH Newsflyer" ist der Name einer Zeitschrift, die vom Conne Island herausgegeben wird. Es gibt keine "Liste" unspielbarer Bands für das Conne Island. (...)

2. Cee Ieh erinnert uns nicht an CIA. (...)

3. Da wir weder ein Geheimdienst noch eine staatliche Zensurbehörde sind, verhängen wir auch keine Konzertverbote. Jede/r KonzertveranstalterIn bucht Bands, die ihr/im gefallen oder Kohle bringen. Und ist weder den MusikerInnen noch dem Publikum der Rechenschaft verpflichtet. So auch bei uns - und insofern sind wir ein stinknormaler Veranstaltungsort. (...)

Nun zum inhaltlichen:

"... Verharmlosung des Nationalsozialismus, Deutschtümelei und Antiamerikanismus - dies sind die Vorwürfe [gegen Fink], mit denen nahezu automatisch auch der Antisemitismus-Verdacht transportiert wird." Mal abgesehen davon, dass wir Fink nicht des Antisemitismus verdächtigt haben, so ist doch interessant, dass hier - fast in Walser-Manier - beklagt wird, dass es da immer noch das Totschlagargument des Antisemitismus gäbe. Wir transportieren überhaupt keinen Antisemitismus-Verdacht, sondern konstatieren nur, dass Antiamerikanismus, Nationalismus und Antisemitismus oft (aber nicht zwangsläufig) Hand in Hand gehen. Ob das eine neue Erkenntnis ist, auf die wir stolz sein können? Wohl kaum.

Wir würden über das Ziel, welches DSe wenigstens ansatzweise zu teilen scheint, hinausschießen. Wir halten dagegen, dass z.B. unser Text gegen Mia ein Volltreffer war. Wir waren eine der ersten, die sich inhaltlich mit Mia auseinander gesetzt haben. Die Jungle World druckte den Text nach und führte eine Veranstaltung zum Thema durch, andere Gruppen riefen mit Bezug auf unseren Text zur Störung von Mia-Konzerten bzw. der "Aufklärung" des Publikums auf, unzählige positive wie negative Reaktionen auf unseren Text bewiesen, dass es richtig, angemessen und notwendig war, Mia auszuladen und zu kritisieren. Die vorgeschlagene Alternative von DSe, doch einfach nur ein "Statement vor dem Konzert" abzugeben, wird in anderen Fällen auch von uns praktiziert - und ist meist recht wirkungslos.

"Irritierend aber ist, dass das Ceeleh keine Kritik an der US-Politik zuzulassen scheint. Bemerkenswerte Gründe, warum der Angriff der USA auf den Irak abzulehnen war und ist, gibt es für das Ceeleh scheinbar nicht - jedenfalls ist dazu in den zahlreichen Statements nichts zu finden". Kritik an der US-Politik ist nicht unerwünscht - und zwar als Bestandteil einer Kritik an der kapitalistischen Verfasstheit dieser Welt. Antiamerikanische Ressentiments von Leuten, die ihren Frieden mit Deutschland gemacht haben und alles Böse auf Ölmagnaten, die jüdische Lobby, den vermeintlich dummen Bush projizieren, würden wir gern nicht zulassen wollen - allerdings könnten wir dann gleich dicht machen. Deswegen pissen wir ab und zu die Auswüchse des Antiamerikanismus an. Es gibt keine Statements vom Conne Island-Plenum zum Irak-Krieg selbst - das ist richtig. Die Unterstellung, wir würden womöglich sogar den Krieg gut finden, stimmt nicht. Das Conne Island als solches ist zu heterogen, um sich auf eine gemeinsamen Stellungnahme einigen zu können - zumal wir uns als Plenum nicht primär zu weltpolitischen Themen äußern, sondern mit unseren Statements die Kriterien für unsere Veranstaltungen transparent machen wollen. (...)

Die oben zitierte Behauptung ist aber schon allein deswegen eine Frechheit, weil selbst in unserer Erklärung zum Antiamerikanismus, auf die sich DSe bezieht, klar und deutlich gesagt wird: "Sicherlich haben die Vereinigten Staaten von Amerika keine weiße Weste, genauso wenig wie George W. Bush ein Waisenknabe ist. ... Wenn amerikanische Bands ihr berechtigtes Anliegen gegen die USA vortragen, ist das keine

Berechtigung für deutsche AntiamerikanistInnen, diese Bands als Legitimation für ihre Argumentation zu verwursteln." (CEE IEH #99)

In einer weiteren Passage wird uns vorgeworfen, dass nach unserer Auffassung "also jede/r ‚Fuck-Bush'-GröhlerIn mindestens antisemitisch [sei] und ... eventuell sogar ein Nazi." Das halluziniert sich DSe zusammen, um uns bei seiner LeserInnenschaft, die er für anti-antideutsch hält, zu denunzieren. Behauptet haben wir das nirgendwo. Was uns jedoch erschrocken hat, war die Tatsache, dass große Teile unseres Publikums im Gegensatz zu der sonst an den Tag gelegten Gelassenheit jedes Mal euphorisch in die "Fuck Bush"-Rufe von der Bühne einstimmten und dabei mehr Begeisterung zeigten, als bei den "Zugabe"-Rufen. In dem Wissen, dass "Fuck Schröder"-Rufe von der Bühne auf nur verhaltene Zustimmung, wenn nicht gar Ablehnung stoßen würden, maßen wir uns an, dieses Verhalten als antiamerikanisch zu titulieren. Gleiches gilt auch für die kritisierten Texte der Bands Fink und Rubberslime. Den Nazivorwurf haben wir damit nicht ausgeteilt. Wer also wissen will, was wir in Wirklichkeit geschrieben haben und warum wir bestimmte Bands nicht bei uns spielen lassen wollen, die oder der kann alle Texte unter http://www.conne-island.de nachlesen.

Conne Island Plenum

(Leipzig, den 19.1.2004)

Redaktionelle Kürzungen sind mit (...) kenntlich gemacht.

15. Poesie der Unvergänglichkeit

Jiddische Liedlyrik von 1939 bis 1945

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:16

In den Jahren, als "so weit hinten in Polen Menschenschlachthäuser" errichtet wurden, dass die "Volksgenossen sich einreden konnten, sie hörten die Schmerzensschreie nicht", wie Theodor W. Adorno in seinen Minima Moralia anklagte, führten jüdische Lieddichter in Osteuropa einen verzweifelten Kampf gegen das Vergessen: Ihre Lyrik war ebenso durchwirkt von dem biblischen Imperativ zachor! gedenke! erinnere dich! wie von dem Bewusstsein der akuten Gefahr geistiger und materieller Auslöschung.

Die jiddischen Lieder, die während der größten Menschheitskatastrophe entstanden, formierten sich zu einem Chor "finsterer Schreie", wie Kadye Molodovsky diese Poesie nannte, die auf Unvergänglichkeit zielte.

Ein Chor "finsterer Schreie"

Molodovsky gehört neben Mordechaj Gebirtig und Yitzhak Katzenelson zu den drei Dichtern, deren Leben und Werk die Hamburger Literaturwissenschaftlerin Christina Pareigis in den Mittelpunkt ihrer kürzlich erschienen Studie über jiddische Liedlyrik der Jahre 1939 bis 1945 stellt.

Wenn dos hartz is ful mit lejdn: Die Poeten verbindet die unmittelbare Erfahrung der Shoah. Der Volkslieddichter Gebirtig erlebte sie im Krakauer Getto, bis er 1942 von einem Gestapo-Offizier auf offener Straße erschossen wurde. Katzenelsons Leidensweg - dessen Werk von den Ideen der zionistisch-sozialistischen Bewegung beeinflusst war - begann in Warschau und führte nach Auschwitz, wo er 1944 ermordet wurde. Molodovsky emigrierte 1935 in die USA, nachdem sie auf der schwarzen Liste der polnischen Regierung gelandet war und sich eine Annäherung der wachsenden antisemitischen Rechten Polens an Nazi-Deutschland abzeichnete.

Poetischer Widerstand

A por yidishe verter: Das zweite wichtige Bindeglied zwischen den drei Dichtern bildet Jiddisch, das aus Fremdwörtern besteht, die aber nicht in der Sprache ruhten, wie Franz Kafka sagte, sondern die Eile und Lebhaftigkeit beibehielten, mit der sie genommen worden seien - denn ihre Schöpfer befanden sich ständig im Aufbruch. So widmet sich Christina Pareigis in ihrem Band ausführlich dem besonderen Charakter der jiddischen Sprache, die "ständiges Werden, Speichern von Erlebnissen und Destabilisieren von Zugewiesenem in eins" ist. Durch zahlreiche Textanalysen tritt sie erfolgreich den Beweis an, dass das lebendige Bewahren im Jiddischem selbst angelegt ist. Die Sprache der ostjüdischen Opfer nimmt somit eine zentrale Stellung in der Narration der Shoah ein.

Und weil es Ziel der Nationalsozialisten war - über die massenhafte physische Vernichtung der Individuen hinaus - die Identität der Juden zu zerstören und ihre Kultur aus der Geschichte zu streichen, kam auch dem poetischen Widerstand eine große Bedeutung zu.

Die getoshraybers standen vor der nahezu unlösbaren Aufgabe, erzählende Zeugnisse des Unsäglichen und Unfassbaren abzulegen. Dabei bedienten sie sich häufig einer Ästhetik des Nichtsagens und Schweigens. Ein Lied des Dichtersängers "Motke" Gebirtig beschreibt eine taghelle Frühlingsidylle oyf gots velt. Und über Wald und Felder trogt zikh a gezang; es schwebt ein Gesang, der Raum und Zeit verblassen lässt. Aber durch den Vermerk kroke-geto 1942 kommt die bislang verschwiegene außerlyrische Wirklichkeit und mit ihr die stumme Verzweiflung ans Licht.

Mir lebn eybik: In der Liedlyrik von Molodovsky, Katzenelson und Gebirtig spiegelt sich das tradierte jüdische Geschichtsbewusstsein: Die kreisförmige und die lineare Vorstellung von Kontinuität, Natur und Geschichte, verschmelzen zu einer liturgischen Zeit stetiger Präsenz aller Zeiten. Mit der "Gleichzeitigkeit von Vergangenheit und Zukunft", erläutert Christina Pareigis, "konstituiert sich ein Raum, in dem die Leiderfahrung aller Zeiten gegenwärtig gehalten wird".

Das wird langfristig schwer möglich sein, ohne dass die jiddische Sprache durch ein Sprecherkollektiv am Leben gehalten wird - vor allem, weil es sich um eine Sprache handelt, die ihre Bedeutung erst durch die mündliche Rede erlangt. Zwar konnte Jiddisch als universale Sprache der Erinnerungskultur fortdauern, aber

die Autorin kommt auch zu der schmerzhaften Erkenntnis, dass dieses "sprachliche Gedächtnis" ein museales ist: "Jiddisch lagert sich zwangsläufig als steinerne Topographie in der kollektiven Gedächtnisdeponie ab", weil seine Sprecher sich entweder der Sprache ihrer neuen geographischen Heimat zuwenden mussten oder ausgelöscht wurden.

Susann Witt-Stahl

Christina Pareigis - "trogt zikh a gezang ..." Jiddische Liedlyrik aus den Jahren 1939 - 1945: Kadye Molodovsky, Yitzhak Katzenelson, Mordechaj Gebirtig. Dölling und Galitz Verlag. 298 Seiten, br., 24,80 Euro

16. Kritische Bedingungen für Kritik?

Die neueste oder letzte Publikation des Projekts Zeitgenössische Kunst und Kritik

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:17

Julie Ault und Martin Beck sind Vertreter einer konzeptuellen politischen Kunst und haben in ihren Arbeiten immer wieder Fragen nach dem kontextuellen Rahmen von Kunst, Politik und Ökonomie miteinander verwoben. Reflexionen über die Erzählbarkeit von Geschichte, über die Methodik von In- und Exklusion von Fakten in offizieller bzw. herrschender Geschichtsdarstellung und die Probleme bezüglich Darstellbarkeit und Manipulierbarkeit von Geschichte durchziehen das Werk beider KünstlerInnen. Sie gehören zu dem modernen Künstlertypus, in dessen Person mehrere Professionen vereint sind. Diese hybride Form im konkreten Fall umfasst die Positionen von KünstlerIn, KuratorIn sowie TheoretikerIn und AusstellungsdesignerIn.

In der Publikation "Critical Condition", die vom Projekt Zeitgenössische Kunst und Kritik des Kokerei Zollvereins herausgegebenen wurde, sind in wechselnder Abfolge Texte von Julie Ault und Martin Beck aus acht Jahren (1995 - 2003) enthalten. Zur Vereinfachung wird im Folgenden "nur" die Bezeichnung KünstlerIn verwendet, wobei die anderen Tätigkeiten immer mit eingeschlossen sind.

Die vorliegenden Aufsätze, Rezensionen und Artikel bieten Einblick in die Denkweisen und Arbeitsmethoden beider KünstlerInnen, deren künstlerische Praxis nicht auf ein Medium beschränkt ist, sondern die mediale Frage denen nach Inhalt, Kontext und Ort unterordnet. Die Kunst der beiden ist eher wissenschaftlich-kognitiv orientiert. Die Arbeiten berühren nicht unbedingt jeden sinnlich, dafür sind sie zu intellektuell und kontrolliert. Dennoch enthält die Methode auf Grund ihres herrschaftskritischen Ansatzes immer eine subversive Note. Wer die Arbeiten von Ault und Beck kennt und die kenntnisreichen Aufsätze in dem vorliegenden Band liest, mag sich fragen, ob mit den komplexen Installationen, den Arrangements grafisch gestalteter Archive das Terrain des Kunstraumes richtig gewählt ist.

Aber genau da setzen die beiden an, weil kein anderer Raum diese hybride Form aus Information, Gestaltung, Pop und Politik zulässt. Sie tragen damit der Entwicklung der Kunst in den letzten zwanzig, dreißig Jahren Rechnung und setzen - wenn man so will - die Ansätze von Marcel Broodthaers und Hans Haacke etc. unter Einbeziehung von Pop-Diskursen weiter fort. In ihren grafisch sehr professionell gestalteten Ausstellungen vermögen es die KünstlerInnen, thematisch bei offiziellen Institutionen eher unerwünschte Stränge in ihre "Erzählung" zu integrieren.

Aus für das Kunstprojekt Kokerei Zollverein

Auf diese Weise vereinte Julie Ault in der von ihr 2000 für das Hammer Museum der Universität von Kalifornien in L.A. gestalteten Ausstellung "Power Up" die Kunst der kalifornischen Nonne Corita Kent mit der von Donald Moffat, Mitglied von Gran Fury und später Group Material. Corita Kent, die einem sich von der katholischen Kirche emanzipierenden Orden angehörte, arbeitete als grafische Künstlerin. In ihren Grafiken verarbeitete sie Bilder und Texte von Pop- und Alltagskultur und mixte sie zu - für die damalige Zeit - aufregenden Motiven. Donald Moffat arbeitet u.a. ebenfalls mit der Kombination von Text und Bildmotiv und unterstützt damit z.B. den Kampf der Aids-AktivistInnen. Mit dieser Parallelisierung der beiden Werke gelang es Julie Ault, über die konkreten Bildmotive hinaus eine emanzipative Kreativität an zwei Beispielen vorzustellen und diese mit Reflexionen über Kommunikation, Massenmedien und Kunst zu verbinden.

Julie Ault, die selbst zu den Gründungsmitgliedern von Group Material gehörte, macht ihre künstlerische Strategie transparent, in dem sie ihre Hypothesen und Schlussfolgerungen am Beispiel dieses Projektes offen legt. Ebenso offen und deutlich schreibt Martin Beck in einem Artikel über seine künstlerische Arbeit, die auf Grund ihrer interdisziplinären und intermedialen Form und ihrer völlig unterschiedlichen Ergebnisse, nur schwer zu vermitteln ist. Mal entsteht ein Aufsatz, ein illustrierter Artikel, ein anderes Mal eine komplett gestaltete Ausstellung, oder nur eine zarte Intervention in einen bereits existenten musealen Raum. Analog zu ihrer Methode, die thematische Linien zu Erzählungen vereint und damit auf die Sichtbarmachung von Zusammenhängen abzielt, thematisieren und reflektieren Ault und Beck auch ihre eigenen Positionen in Gesellschaft und Kunstbetrieb.

Die Publikation ist sowohl ein Künstlerbuch und gleichzeitig ein Kompendium theoretischer Artikel mit Werkstattcharakter. Zu Anfang des Buches werden einige ausgesuchte Projekte in einem Bildteil vorgestellt. Die Fotos zeigen sowohl Ausstellungen sowie Interventionen in bestehende Archive und Museen.

Während der erste Satz dieser Besprechung formuliert wurde, signalisierte das Mailprogramm die Ankunft einer neuen Botschaft. Ein Newsletter der Kokerei Zollverein | Zeitgenössische Kunst und Kritik verkündet das vorläufige Ende des ambitionierten Projektes. (Zum Projekt vgl. ak 477) Den MitarbeiterInnen war bereits zum Ende 2003 durch die Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur gekündigt worden. Das 2001 gegründete und eigentlich auf fünf Jahre garantierte Projekt hatte zusätzliche Gelder von der Kulturstiftung des Bundes für 2004 eingeworben. Bei den Leitern des Projektes, Florian Waldvogel und Marius Babias, sowie den restlichen MitarbeiterInnen stößt diese Maßnahme auf völliges Unverständnis.

Somit hat der Titel "Critical Condition" der vorläufig letzten Publikation des Projekts Zeitgenössische Kunst und Kritik unerwarteterweise eine ganz aktuelle Bedeutung erlangt.

Matthias Reichelt

Julie Ault/ Martin Beck: Critical Condition, Ausgewählte Texte im Dialog, 416 Seiten, Deutsch/Englisch, Kokerei Zollverein| Zeitgenössische Kunst und Kritik, 15 Euro

17. Europas Kern-Linke

Die Europäische Linkspartei nimmt Gestalt an

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:18

Während die konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien in Europa einen Prozess der länderübergreifenden Homogenisierung im Zeichen des Neoliberalismus durchlaufen haben, sind die Bemühungen um europaweite Einigung der dagegen opponierenden Linken manchen Hindernissen und Widersprüchen ausgesetzt. Die in Gründung befindliche Europäische Linkspartei repräsentiert momentan im Wesentlichen nur deren parlamentarisch-reformistischen Teil mit KP-Stammbaum. Kommt es zu einer Öffnung nach links oder wird die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) ein Gegengewicht bilden?

Am 10./11. Januar beschlossen RepräsentantInnen von Parteien aus West- und Osteuropa in Berlin die Gründung einer Europäischen Linkspartei. Der Aufruf wurde unterzeichnet von der deutschen PDS, den kommunistischen Parteien Frankreichs (PCF), Österreichs (KPÖ), Tschechiens (KSCM) und der Slowakei, der italienischen Rifondazione Comunista (PRC), der Izquierda Unida Spaniens, dem Luxemburger Bündnis Déi Lénk, der griechischen Linkspartei Synaspismos (Koalition der Linken der Bewegungen und der Ökologie), der tschechischen Partei des demokratischen Sozialismus und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Estlands.

Alle diese Organisationen sind aus kommunistischen Parteien oder Abspaltungen von diesen hervorgegangen. Die stramm orthodoxe Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die eine "patriotische", dezidiert EU-feindliche Politik betreibt, lehnt dagegen das Projekt grundsätzlich ab. Auch die ebenfalls traditionalistischen portugiesischen Kommunisten (PCP) sind nach anfänglicher Beteiligung an dem Diskussionsprozess auf Distanz gegangen. Die niederländische Socialistische Partij, linksalternativ mit maoistischen Wurzeln, hält den Zeitpunkt der Gründung für verfrüht, will aber ebenso wie die Ökosozialisten Norwegens und Finnlands den Formierungsprozess weiter beobachten.

Sammelsurium mit KP-Stammbaum

Die Parteigründung soll noch vor der Europawahl im Juni unter Dach und Fach sein. Aber die inhaltlichen Differenzen in der Allianz aus Ex-, Post-, Reform- und Neokommunisten sind erheblich. Die PRC und auch die PCF lehnen die geplante EU-Verfassung ab, während die PDS hierzu wachsweiche Positionen einnimmt. Differenzen bestehen aber nicht nur zwischen den Parteien - keine der beteiligten Organisationen ist in sich homogen. Parlamentarische Reform- und außerparlamentarische Bewegungsorientierungen, innovative und konservative Positionen stehen allenthalben in komplizierten Verhältnissen zueinander.

Die letzten orthodox-kommunistischen Parteien, die nach 1989 einen gewissen Masseneinfluss behaupten konnten, sind an der Peripherie Europas angesiedelt: In Griechenland und Portugal ist der Zerfall der alten industriellen und agrarischen Milieus, in denen diese Parteien verankert sind, noch nicht so weit fortgeschritten wie in Mitteleuropa. Die KKE und die PCP spielen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung sozialen Protests, vertreten aber Positionen, mit denen sie sich von der Mehrheit der Linken in Europa isolieren und auch in ihren Ländern schon lange nicht mehr die gesamte Linke repräsentieren können. - In Tschechien hat sich an der Spitze der KSCM zwar der modern-proeuropäische Flügel durchgesetzt, aber die Partei hat ihren Erfolg - bei der letzten Parlamentswahl erzielte sie 18 Prozent - vorwiegend einer "konservativen" Basis zu verdanken.

Der soziale Strukturwandel lässt überall, allerdings bislang in unterschiedlichem Umfang, eine Linke entstehen, die sich durch die alten oder recycelten kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien nicht mehr angesprochen fühlt. In Frankreich hat die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), die sich von ihrer einstigen Trotzki-Orthodoxie weitgehend zu Gunsten eines eher bunt-linksradikalen Profils gelöst hat, in erheblichem Maße die Milieus der neuen Bewegungslinken für sich gewinnen können: insbesondere Lohnabhängige im öffentlichen Dienst, Prekarisierte, AktivistInnen der Basisgewerkschaften und der Erwerbslosenbewegung, GlobalisierungsgegnerInnen und AntirassistInnen, vorwiegend mit höherem Bildungsniveau.

Eine ähnliche Tendenz ist in Portugal zu beobachten, wo der Bloco de Esquerda (BE), eine neue Sammlungspartei von Ex-MLern, TrotzkistInnen und Ex-KP-Intellektuellen, vor allem in den Großstädten respektable Wahlergebnisse erzielen konnte. Die LCR und der BE gehören neben der Scottish Socialist Party

und der kommunistisch-linkssozialistisch-alternativen Einheitsliste Rot-Grün aus Dänemark zu den Gründungsparteien der im Frühjahr 2000 entstandenen Europäischen Antikapitalistischen Linken.

Die EAL, bislang vorwiegend ein Konferenzzusammenhang, strebt eine Neuformierung der antikapitalistischen Opposition jenseits der historischen "identitären" Abgrenzungen an. Stattdessen will sie inhaltliche Konvergenzen im Kontext der sozialen Bewegungen der Gegenwart fördern. Zu ihrem Grundkonsens gehört die Ablehnung der Beteiligung an "Links"-Regierungen, die tatsächlich neoliberale Politik betreiben. Parteien wie die PDS oder die PCF stehen von daher mit der EAL auf Kriegsfuß. Die PRC dagegen, die auch an EAL-Konferenzen teilnimmt, will den EAL-Parteien die Beteiligung an der Europäischen Linkspartei ermöglichen.

Europäische Linkspartei versus EAL

Sicher spielen für das künftige Kräfteverhältnis Frankreich und Italien eine Schlüsselrolle. Es ist durchaus möglich, dass bei den nächsten Wahlen in Frankreich die LCR mehr Stimmen erhält als die PCF, was das Gewicht der EAL erhöhen würde. In Italien allerdings befindet sich die PRC momentan in einer schwierigen Lage.

Diese Partei vereint in sich unterschiedliche linke Milieus - von gemäßigt-pragmatischen KP-TraditionalistInnen bis zu den post-autonomen Disobbedienti -, die anderenorts organisatorisch weit voneinander entfernt sind. Entsprechend verschieden sind die Optionen und Erwartungshaltungen der sozialen Kräfte, auf die sich die PRC bezieht, in einer Situation, in der machtvolle Protest- und Streikbewegungen zwar das linke Lebensgefühl verbessert, aber dennoch gegen die reaktionäre Politik Berlusconis nichts Handfestes erreicht haben. Die Parteimehrheit um Fausto Bertinotti strebt deshalb jetzt die Beteiligung an einer neuen Mitte-Links-Regierung an, erntet dafür aber scharfe Kritik von links. Entsprechend räumt die Führung der Europäischen Linkspartei Priorität vor der EAL ein, ohne diese ganz aus dem Blick zu verlieren. Die PRC bildet den linken Pol in der neuen Europapartei, läuft aber innenpolitisch Gefahr, sich von den sozialen Bewegungen zu entfremden. Die Europäische Linkspartei würde damit ihr wichtigstes Scharnier zu den Bewegungen verlieren.

Die Europäische Linkspartei ist in der gegenwärtigen Konstellation weit davon entfernt, "die europäische Linke" zu repräsentieren. Analog zur Rede vom "Kerneuropa" könnte man von einer Art "Kern-Linken" aus etablierten Kräften sprechen, die versuchen, der Peripherie ihre Marschrichtung aufzunötigen, ohne untereinander selbst ganz einig zu sein.

Henning Böke

18. Mit Netz, aber ohne doppelten Boden

Widersprüchliche Vernetzungsversuche in Hamburg

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:19

Die Sozialforumsidee hat bisher an der Elbe keine Rolle gespielt, der Vernetzungsgedanke schon. Er wird nun ausgerechnet zu einer Zeit in die Tat umgesetzt, in der die Straßenpräsenz von sozialen Bewegungen nachlässt. Das bisherige Ergebnis ist widersprüchlich.

Das Jahr 2002 war - wenn man so will - in Hamburg ein Jahr der Bewegungen: 3.000 Frauen auf der Demo zum Internationalen Frauentag am 8. März mit "Begehung" des Rathauses, 8.000-10.000 Leute auf einer Demo gegen Sozialkahlschlag und Ausgrenzung am 16. April, 50.000 Menschen Anfang Juni auf einer Demo gegen Bildungsklau. Im Sommer und Frühherbst herrschte zwar in Bezug auf größere Aktionen eine deutliche Flaute, doch ab dem 3. November, dem Tag der Räumung des Bauwagenplatzes Bambule, erlebte Hamburg bis Weihnachten eine Zeit der permanenten Massendemonstrationen.

Die parteiförmigen linken Organisationen haben bei all diesen Mobilisierungen genauso wenig eine Rolle gespielt wie etwa attac. Die tragende Rolle fiel vielmehr unterschiedlichen Initiativbündnissen aus dem Frauenbereich und der engagierten Sozialarbeit, autonomen Gruppierungen und - mit erheblichen Abstrichen - einzelnen Gewerkschaften, genauer GEW und ver.di, zu. Vor allem bei ver.di handelte es sich dabei um engagierte Ehrenamtliche und vereinzelte Hauptamtliche, nicht aber um den Apparat als solchen.

Bewegung ohne Struktur ...

In dieser Zeit hat sich die Bedeutung einer Art "informeller Vernetzung" gezeigt, die nicht so sehr auf formellen Bündnissen und Bündnisstrukturen aufbaut, sondern auf konkreten gemeinsamen Erfahrungen und daraus resultierend gegenseitigem Kennen(lernen) und Verlässlichkeit. Diese informellen persönlichen Netzwerke haben etwa in der Bambule-Zeit zu ganz praktischen gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen von Gewerkschaften und Autonomen geführt, auch wenn es entsprechende formelle Bündnisse nicht gegeben hat.

Dennoch: Die Vielzahl kleiner und größerer Aktionen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Kämpfe allzu oft isoliert von und ohne Bezug zueinander stattgefunden haben. In vielen Fällen haben selbst AktivistInnen erst aus den Zeitungen erfahren, was wo und warum passiert ist. Vor diesem Hintergrund entstand Ende November 2002 der Vorschlag, eine bereichs- und szenenübergreifende Vernetzungsstruktur aufzubauen. Ziel war eine Kommunikationsstruktur, die von unten, d.h. von den tatsächlichen ProtagonistInnen der unterschiedlichen Auseinandersetzungen getragen sein sollte. Deren Arbeit sollte ganz konkret unterstützt werden. Diese Struktur sollte auf Kontinuität angelegt sein, d.h. auch "bewegungslose" Zeiten überstehen, und sie sollte prinzipiell offen sein. Auf keinen Fall sollte es um eine Kopfgeburt von oben oder um die Schaffung einer neuen Überorganisation gehen, die gewissermaßen zentralistisch "die" entscheidenden Auseinandersetzungspunkte festlegt oder eine Kampagne nach der nächsten vom Zaun bricht.

Dieser Vernetzungsgedanke speiste sich also aus der konkreten Hamburger Situation und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten oder Anforderungen. Er hatte hingegen nichts mit den Erfahrungen der Sozialforen in Porto Alegre oder Florenz bzw. der entsprechenden Diskussion in der globalisierungskritischen Szene zu tun. Solche Diskussionen haben unter den real existierenden Bewegungen in Hamburg zu keiner Zeit irgendeine Rolle gespielt.

Nach einer langen Vorbereitungszeit hat sich Ende Oktober 2003 schließlich das "Hamburger Widerstandsforum" (WF) offiziell konstituiert, in einer Phase, als die Mobilisierungen des Jahres 2002 deutlich abgeflaut waren. Gerade angesichts der Popularität der Sozialforen ist der Name "Widerstandsforum" durchaus problematisch, signalisiert er doch sowohl eine gewisse Großmäuligkeit als auch eine Tendenz zur Selbstbeschränkung auf eine im engeren Sinne linke und linksradikale Szene. Beides liegt erklärtermaßen nicht in der Absicht der InitiatorInnen. Dennoch hat man sich vor allem aus zwei Gründen gegen den Namen "Sozialforum" entschieden. Zum einen wurde die Gefahr einer inhaltlichen Verengung auf Sozialpolitik und Sozialabbau gesehen. Zum anderen, und sehr viel bedeutsamer, gab es starke Vorbehalte gegenüber einer befürchteten Vereinnahmung von attac bzw. den durch attac repräsentierten Teil der Antiglobalisierungsbewegung.

... Struktur ohne Bewegung

Fünf Treffen des Widerstandsforums hat es bisher gegeben. Während die ersten vier sehr gut besucht waren (50-70 Personen), fanden sich beim letzten Mal ca. 35 Menschen zusammen. Das kann - gerade in einer Phase von verbreitetem Politfrust - für einen Abbröckelungsprozess stehen, muss aber nicht. Vor allem der umfangreiche "Informationsblock" stieß bisher auf ein großes Interesse. Die erste Stunde der Treffen ist ausschließlich Berichten aus den verschiedenen Bereichen von Bewegung und Aktivitäten vorbehalten. BetriebsrätInnen erzählen über den Kampf gegen die Krankenhausprivatisierung und Studierende vom Widerstand gegen die HWP-Schließung; Informationen über die Kürzungspolitik bei Frauenprojekten stehen neben der Diskussion um die Besetzung einer Drogenhilfeeinrichtung. Schnell und kompakt wird so der Blick über den eigenen Tellerrand erleichtert. Zusätzlich zu dem "Berichtswesen" ist ein Diskussionsteil angestrebt, bei dem ausgehend von einem kurzen Input etwas ausführlicher über Themen diskutiert werden soll, die von allgemeinem Interesse sind, mit denen sich bisher aber nur irgendwelche SpezialistInnen genauer beschäftigt haben.

Alles in allem ist der Vernetzungsprozess "Widerstandsforum" eine höchst fragile Angelegenheit. So schwebt zum Beispiel mehr oder weniger latent die ungeklärte Frage im Raum, ob und in welchem Maße vom WF aus eigene, "zentrale" Kampagneninitiativen ausgehen sollen. Dies ist in erheblichem Umfang strittig. Von noch größerer Bedeutung für die Zukunft wird aber wohl die Frage sein, ob es dauerhaft gelingt, aus der linken und linksradikalen Subkultur herauszukommen. Die Ausweitung in die unterschiedlichen Einpunkt-Initiativen in den Stadtteilen, Bürgerinitiativen etc. ist zwar gewollt, aber bisher nicht gelungen. Es zeigt sich, dass eine solche Absichtserklärung nicht durch Einladungen umgesetzt wird, die über alle möglichen Mail-Verteiler geschickt werden. Dafür ist vielmehr von ganz konkreten Personen ganz konkretes Klinkenputzen gefragt. Ohne eine solche praktische Organisierungsarbeit besteht durchaus die Gefahr, dass das WF zu einem Sammelbecken einiger (eher weniger) Bewegungslinker und diverser politischer Sekten in der Stadt wird.

Parallel und nebenher zum WF hat attac an einer "eigenen" Vernetzungsstruktur gebastelt. Inhaltliche oder sonstige Vorbehalte gegenüber dem WF sind dabei niemals angesprochen oder diskutiert worden, obwohl attac-VertreterInnen von Anfang an beim WF und seinem Vorbereitungsprozess mitgemacht hatten. Vieles spricht dafür, dass bei diesem Alleingang neben politischen Bedenken auch ganz persönliche Animositäten eine nicht unwichtige Rolle spielen. Inzwischen hat die Mehrheitsströmung bei attac Hamburg offiziell zur Gründung eines "Hamburger Sozialforums" aufgerufen - ein eklatanter Spaltungsversuch und gleichzeitig ein strukturell hoch problematisches Projekt: Während das WF sich auf reale Initiativen bezieht (so schwach sie auch sein mögen), ist attac in Hamburg in keiner der real existierenden der sozialen Bewegungen präsent oder gar verankert. Das Projekt "Sozialforum" mobilisiert von daher allein mit dem Namen attac. Es ist als eine Kopfgeburt von oben, als Forum der organisierten Repräsentanz und der Großorganisationen angelegt.

Welcher von beiden Vernetzungsversuchen nun die besseren Überlebenschancen haben wird, ist schwer auszumachen und sei auch dahingestellt (das erste Treffen des Hamburger Sozialforums bestand aus 35 Menschen, ungefähr zur Hälfte von attac). Sicher allerdings ist, dass die "neue Unübersichtlichkeit" mehr Verwirrung und Frust als Klarheit schafft. Und sicher ist auch, dass die Bewegung in Hamburg z.Z. nicht so groß und lebendig ist, als dass sie zwei Foren tragen könnte.

dk.

19. Produktives Missverständnis

Eine Zwischenbilanz der Berliner Sozialforumsinitiative

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:20

Was haben Berlin, Bombay, Oldenburg, Paris und Porto Alegre gemeinsam? Ein Sozialforum. Der Erfolg des Genova Social Forum 2001 hat auch in Deutschland zur Gründung lokaler bzw. regionaler Sozialforen geführt. Am Beispiel der "Initiative für ein Berliner Sozialforum" werden Schwierigkeiten und Chancen skizziert, die sich bei der Übersetzung der Sozialforum-Idee aus einer internationalen Großkongress-Struktur auf eine kontinuierliche Arbeit vor Ort auftun.

Anfang 2003 lud die "Initiative für ein Berliner Sozialforum" (SFB) zum ersten öffentlichen Treffen ein. Die InitiatorInnen waren drei Hand voll Menschen mit meist langjährigen Erfahrungen innerhalb verschiedener Strömungen der außerparlamentarischen und parlamentarischen Linken Berlins: ältere und jüngere Autonome, Feministinnen, Ex-PDSlerInnen, Menschen von FelS. und Attac, GlobalisierungskritikerInnen und linke GewerkschafterInnen, sozialpolitische AktivistInnen und TrotzkistInnen.

Das letzte Berliner Bündnis, der "Soziale Ratschlag" hatte sich zum Winter 2002 hin bereits auf die üblichen Verdächtigen verengt; ein mit viel Mühen vorbereiteter Aktionstag am 19.12.2002 war kaum auf Resonanz gestoßen. Die enorme Bewegungsschwäche der außerparlamentarischen Linken Berlins hat einen doppelten Hintergrund: Zum einen demonstriert Rot-Grün auf Bundesebene mit Kriegen, Hartz und Agenda 2010, dass es in Zeiten der (Verwertungs-)Krise keine Parteien, sondern nur noch "Patrioten" (und "Parasiten am nationalen Wettbewerbsstaat") gibt. Gleichzeitig entsorgt in Berlin Rot-Rot, die "linkeste" aller nur denkbaren parlamentarischen Optionen, die Rest-Illusionen über den parlamentarischen Reformismus. Zurück bleibt eine wütend-hilflose Verzweiflung jener Bevölkerungsgruppen, die zum Objekt eines "Haushalts-Sanierung" genannten Klassenkampfs von oben wurden; dies auch deshalb, weil die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu der "paradoxen Situation" führte, "dass es noch nie so große Mehrheiten (gab), die nicht nur vom Gegensatz von Reich und Arm, sondern auch von Herrschenden und Beherrschten überzeugt waren" (M. Dieckmann in ak 479).

Die strategische Grundüberzeugung der Initiative war es, dass die verbliebene Restlinke im Klima eines fast ungebremsten Durchmarschs neoliberaler Politik inhaltlich und strukturell neue Wege gehen müsse. Die chaotische Lebendigkeit des ESF in Florenz hatte einige der Beteiligten fasziniert. Aus kleineren Städten gab es positive Erfahrungen damit, ähnlich wie in Italien den Ansatz der WSF- und ESF-Strukturen auf die lokale Ebene zu übertragen.

Im Unterschied zum Weltsozialforum, dem europäischen ESF und den entstehenden nationalen Strukturen geht es auf lokaler Ebene um eine kontinuierliche Arbeit. Das hat Konsequenzen für die Zielsetzungen und Arbeitsweisen. Die allgemeinste Bestimmung, nämlich die Hegemonie des "neoliberal" genannten Kapitalismus perspektivisch zu brechen, heißt für Berlin, zunächst einmal all die Menschen, Projekte und Organisationen wieder zusammenzubringen, die gesellschaftlich von einander isoliert und gegeneinanderausgespielt werden. Dabei geht es durchaus um Kontinuität und nicht nur um eine Demo oder Kampagne. Zusammengebracht werden müssen aber auch diejenigen Kräfte der Linken, die in langen Jahren zersplitterter Einigelung nur noch über, aber kaum mehr mit den anderen Strömungen geredet haben.

Die Initiative verständigte sich in einem längeren Prozess auf "Leitlinien der Zusammenarbeit". (1) Es gab gezielte Anstrengungen, sowohl Stadtteilinitiativen, die eher der gesellschaftlichen Mitte zuzurechnen sind, als auch Initiativen "gesellschaftlicher Randgruppen" für die Idee zu werben und das Spektrum bewusst zu verbreitern. Zumindest in Bezug auf Gewerkschaften und Verbände hatte das bisher kaum Erfolg. Auch linksradikale Gruppen hielten zunächst Distanz, teils aus Sorge vor der Übermacht reformistischer oder Parteisekten-Politik, teils um nicht von einem unreflektierten Scheitern eines Bündnisses blind ins nächste zu stolpern. Mittlerweile sind Menschen von FelS und Antifaschistische Linke Berlin (ALB) kontinuierlich vertreten, andere begnügen sich mit einem BeobachterInnenstatus.

Berlin ist nicht Porto Alegre

Die erste vom SFB mit initiierte Aktion war eine Demonstration am 1. Juni 2003 gegen den SPD-Parteitag, der die Agenda-2010-Pläne durchwinken sollte. Mit Ausnahme der Berliner IG B.A.U. und einiger lokaler Gewerkschaftsgliederungen blieben SFB und die am Demo-Bündnis beteiligten linken Gruppen unter sich. Dass die Initiative dennoch richtig war, zeigte dann die Demo gegen Sozialabbau und Agenda 2010 vom 1.11.2003. Dabei wurde fast das gesamte SFB vom Erfolg der November-Demo überrascht. Die meisten hatten im Vorfeld darin wenig Sinn gesehen; nur einzelne aus dem trotzkistischen Spektrum hatten aktiv für die Demo geworben und auch die Vorbereitung mitgetragen.

Die nach dem 1. November mit den parallel einsetzenden StudentInnen-Protesten wachsende Dynamik führte im SFB zu erheblichen, teils positiven, teils destruktiven Verwerfungen. Die Beteiligung schwankt zwischen 40 und 80 Menschen, besteht etwa zur Hälfte Unorganisierte. Politisch umfasst das SFB in gewisser Weise die drei Hauptströmungen, wie sie auch auf internationaler Ebene vorzufinden sind: eine bewegungsorientiert-linksradikale Strömung, eine institutionell-reformerische sowie eine traditionell-kommunistische resp. trotzkistische.

Im Unterschied zur Mehrzahl der mittlerweile mehr als 30 deutschen lokalen Sozialforen ist die undogmatisch-linksradikale Strömung in Berlin gut vertreten. Sie hat massiv die Idee des "politischen Raums" propagiert: Hektisches Wiederholen des immer gleichen Aktionismus sei perspektivlos, wenn nicht parallel ein wirklicher Diskussionsprozess zwischen den linken Strömungen forciert wird. Ein antagonistisches politisches Projekt müsse überhaupt erst neu buchstabiert werden, um perspektivisch die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus brechen zu können. Daraus folgerte diese - SFB-intern auch "Bremser" genannte - Strömung, dass es notwendig sei, bewusst den Charakter als Akteur und politisches Subjekt in Berlin zu verweigern. Nur so ließe sich überhaupt der solidarische Streit zwischen politisch sehr heterogenen Gruppen, Menschen und deren Erfahrungen organisieren; nur so ließe sich die Diskussion einigermaßen freihalten von Streitigkeiten, die als Pawlowscher Reflex Toleranz und Klugheit in der Linken offenbar schlagartig ausschalten, sobald Demo-Aufrufe, Abschlusserklärungen, Solidaritätsadressen und SprecherInnenposten die Illusion von politischem Einfluss beflügeln und mittels halluzinierter (Definitions-)Macht zeitweilig über den Schmerz eigener Bedeutungslosigkeit hinwegzutrösten versprechen. Die auf Aktionen und Massenmobilisierung zielende Strömung der "Beschleuniger" betonte demgegenüber die Verantwortung des SFB, dem nun endlich "von unten" formulierten Protest eine Richtung zu geben. Welche das sein soll, blieb allerdings im Dunkeln.

Die zeitweilige Dynamik von Uni- und sozialer Protestbewegung von Erwerbslosen und GewerkschafterInnen offenbarte dann freilich, dass die Bestimmung als "politischer Raum für Austausch und Vernetzung" nur für Versammlungen wie das WSF und ESF funktionieren kann. Ein lokales Sozialforum hingegen muss Wege finden, wie es selbst in soziale Konflikte in der Stadt interveniert. Es muss zumindest punktuell zum Akteur werden, mit einer gezielten interventionistischen Praxis, ohne die Fokussierung auf politische Klärung und Verständigung innerhalb der Linken einem tatsächlichen oder vermeintlichen Handlungsdruck zu opfern.

Kommunikation oder Kampagne?

Diese Verschiebung des Selbstverständnisses führte auch dazu, dass eine ganze Reihe von Menschen sich an der Vernetzung von Uni- und Sozialprotesten beteiligten; nicht weil sie eine ganz neue Qualität entdeckt oder dem Linksruck- Endlosband des "Wenn wir jetzt ..." nun plötzlich Glauben geschenkt hätten, sondern zur Unterstützung derer, die sich an den Unis politisierten. Das neu gegründete "Berliner Sozialbündnis gegen Bildungs- und Sozialraub" besetzte als traditionelles, mobilisierungsfähiges Kampagnenbündnis die Leerstelle, die das SFB mehrheitlich nicht einnehmen wollte.

Das SFB wird sein Verhältnis zu diesem Bündnis in der nächsten Zeit bestimmen müssen. Einige sind dort in unterschiedlicher Form eingebunden und haben wesentlich dazu beigetragen, dass Uni- und Sozialprotest sich verbal und teilweise auch praktisch verbunden haben. Die Belagerung des Abgeordnetenhauses anlässlich der ersten Haushaltslesung offenbarte jedoch auch die Defizite dieses Kampagnenbündnisses: Die Gewerkschaften sind weiterhin weder mobilisierungswillig noch -fähig. Ohne die Beteiligung der StudentInnen wäre ihre symbolische Blockade zur peinlichen Demonstration eigener Schwäche geworden. Weiter zeichnet sich der typische Bewegungsverlauf eines Kampagnenbündnisses ab: Die Notwendigkeit, sehr schnell in einer Kampagne reagieren zu müssen, führt zu verkürzten politischen Diskussionen und zu einer Verengung der Beteiligten und der Positionen durch die Dominanz organisierter Gruppen. Die notwendige Zusammenarbeit und Debatte mit GewerkschafterInnen läuft in Bündnissen immer Gefahr, von den traditionalistischen

Gewerkschaftsapparaten erdrückt und instrumentalisiert oder von "Klassenkampf"- Rhetorik à la Linksruck und SAV faktisch verunmöglicht zu werden. Die geweckten Hoffnungen neu politisierter Menschen werden enttäuscht, sobald solch eine Kampagne erlahmt oder scheitert.

Das SFB hat jedoch durch die Existenz des "Berliner Sozialbündnis" durchaus auch positiv einen Klärungsdruck erfahren und den immer wieder selbst eingeforderten Diskussionsprozess intensiver begonnen. An Hand eines Texts von Grottian/Narr/Roth (2) wird die Skizze eines utopischen Realismus diskutiert; nicht als Programm, wohl aber als Bezugsrahmen, der Vermittlungen leistet zwischen konkreten Antworten auf die kapitalistische Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse und den Analysen klassenübergreifender gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen. Diskutiert wird im SFB, ob und wie es gelingen könnte, mit einem solchen radikalreformistischen Vorschlag der Gesellschaft eine Debatte um Alternativen aufzuzwingen. Es geht um die Verknüpfung von - vorläufigen - Gegenentwürfen zu Ausbeutung qua Lohnarbeit, Ausschluss von Erwerbsarbeit und Ausschließung (qua Geschlecht, Pass, Hautfarbe, Behinderung): Was sind öffentliche Güter? Wie verbindet eine Neudefinition sozialer Rechte die Kategorien Gerechtigkeit, Demokratie und Anerkennung? Fragen, die zur Zeit am konkreten Themenfeld Öffentlicher Verkehr in der Stadt - Recht auf Mobilität für Alle auch ganz praktisch bearbeitet werden.

Eine mittelfristige Perspektive des SFB wird sich daran entscheiden, ob es gelingt, eine Balance zu halten zwischen einem Ort der Vernetzung und Diskussion einerseits und einem Ausgangspunkt für praktische Intervention andererseits. Daneben wird es die Frage sein, ob das SFB eine Verbreiterung erreicht, die sowohl Tuchfühlung hält zu reformistischen Gruppen, als auch Initiativen der am stärksten marginalisierten Gruppen, MigrantInnen, Obdachlose, Prekarisierte, integriert.

Dieter Hartmann

Anmerkungen:

1) nachzulesen auf der website des SFB: www.socialforum-berlin.org

2) "Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010"; er findet sich in einer langen und einer Kurzversion auf der SFB-website www.socialforum-berlin.org. vgl. auch J. Hirsch und H. Steinert: "Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umrisse eines Konzepts von Sozialpoilitik als Infrastruktur" (AG links-netz)

20. Brückenschlag ins eigene Spektrum

3. Treffen der Freunde und Freundinnen der EAL in Deutschland

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:21

Am Vortag der traditionellen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration trafen sich in Berlin rund 30 "Freunde und Freundinnen der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland" zu ihrem dritten bundesweiten Treffen. Pragmatische Gründe waren für diese Terminierung verantwortlich - viele der TeilnehmerInnen waren wegen der Demonstration sowieso in Berlin. Doch mit dieser Terminwahl wurde auch der enge politische Rahmen des sich beteiligenden Spektrums offenbar.

Es waren VertreterInnen der internationalen sozialitischen linken (isl), der Sozialistischen Alternative (SAV), von Linksruck, des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), der DKP und des Geraer Dialogs/Sozialistischer Dialog in und bei der PDS, die am 10. Januar zusammenkamen. Anwesend waren auch AktivistInnen des Euromarsches und der Sozialforumsbewegung sowie Redaktionsvertreter der SoZ und ein Beobachter von ak. Die mit dem Versammlungsort, dem linksalternativen Mehringhof, signalisierte Öffnung, fand somit keine faktisch Entsprechung.

Von der ursprünglichen Idee der Bildung einer linken Alternative zu den Europawahlen war bereits im Vorfeld des Treffens klar geworden, dass es eine gemeinsame Kandidatur nicht geben wird. Zu offensichtlich war, dass das Projekt in dieser Zeit keine ausreichende Tragfähigkeit gewinnen konnte. Außerdem hatte sich die DKP zuvor schon für eine eigene Wahlkandidatur entschieden. Dass DKP-Parteivorstandsmitglied Leo Mayer betonte, dieser Schritt sei kein Ersatz für die nicht zu Stande gekommene EAL-Liste, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das EAL-Projekt innerhalb seiner Partei bislang kaum diskutiert ist - und umstritten sein dürfte.

Verabschiedet wurde eine gemeinsame Grundsatzerklärung, die sich vor allem mit aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene befasst und in der eine gemeinsame Intervention in den bevorstehenden EU-Wahlkampf angekündigt wird. Darin wird das Projekt EAL als "Dialog unterschiedlicher linker Kräfte" definiert, mit dem Ziel, "der Linken - links von der Sozialdemokratie - eine neue Stimme zu geben" und "Politik ‚von unten` neu mit Inhalt zu füllen". Und weiter: "Auch wir, die Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland, wollen zusammenarbeiten beim Aufbau des Widerstands, aber auch bei der Schaffung von Wahlalternativen, um dem Widerstand eine Stimme und Repräsentanz zu geben."

Über den einzuschlagenden Weg und die genaue Zielbestimmung gibt es allerdings unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Vorstellungen. So plädiert etwa die SAV dafür, diesen Neuformierungsprozess der antikapitalistischen Linken stärker als parteipolitisches Bündnis der beteiligten Organisationen zu gestalten. Andere Anwesende bedauerten dagegen, dass es nicht gelungen sei, interessierte Einzelpersonen für eine Beteiligung zu gewinnen. Differenzen gab es auch bei der Frage eines wahlpolitischen Engagements jenseits der Europawahl. Vor allem Linksruck und SAV bewerteten die Kandidatur großer Teile der Hamburger Linken unter dem Dach des Regenbogen als wegweisend und spekulierten in ihrer Begeisterung sogar über einen zu erwartenden Einzug in die Bürgerschaft. Vor diesem Hintergrund fand die Idee der Beteiligung an Kommunalwahlen ein großes Echo, wobei man sich auch auf Initiativen in anderen Städten bezog, wo linke Wahlbündnisse ins Auge gefasst werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, plant man für den Herbst eine gemeinsame Konferenz. Es war der RSB, der hier Widerspruch anmeldete: "Ob sich bei Wahlen der insgesamt schwachen sozialistischen Linken das am meisten geeignete Feld für die Zusammenarbeit anbietet, wagen wir nach den Erfahrungen der PDS und selbst der Grünen zu bezweifeln", gab er via Leserbrief an die junge Welt zu bedenken. (17.1.04)

Der Kreis hat sich das Ziel gesetzt, "den Aufbau einer neuen pluralen und glaubwürdigen Kraft der antikapitalistischen Linken" voranzutreiben. So weit, so gut. Vom eigenen Anspruch, "ausgetretene Pfade (zu) verlassen und Gemeinsamkeiten (zu) ausloten", war allerdings beim dritten bundesweiten Treffen nur wenig zu spüren. Es sei denn, man bewertet es alleine schon als erfreuliche Tatsache, dass sich hier verschiedene VertreterInnen der parteiförmigen, überwiegend trotzkistischen Linken getroffen haben. Festzustellen bleibt, dass Basis- oder Bewegungslinke sich offensichtlich von diesem Versuch nicht angesprochen fühlen. Ob ein Brückenschlag zu ihnen gelingen kann, ist fraglich. Notwendig hierfür wäre unter anderem die Bereitschaft,

sich kritisch mit den eigenen traditionellen Politikmodellen auseinander zu setzen. Ob das im Interesse aller bislang an diesem Prozess beteiligten Gruppen ist, darf aus gutem Grund bezweifelt werden.

mb.

21. Arbeitermacht im Niedriglohn?

Zur Situation der Beschäftigten im Wachschutzgewerbe

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:22

Durch die Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre - Stichworte: JOB-AQTIV-Gesetz, Hartz-Gesetze I bis IV und Agenda 2010 - ist das Thema Niedriglohn zu dem Lösungsmodell bundesrepublikanischer Arbeitsmarktmiseren avanciert. Der Niedriglohnsektor soll massiv ausgeweitet werden. Die Wirklichkeit macht deutlich, dass einige bundesrepublikanische Berufssparten im Niedriglohn schon lange angekommen sind; dazu gehört auch das Sicherheitsgewerbe.

Jobangebote wie diese auf der Homepage der Bundesagentur für Arbeit sind keine Ausnahme: "Wachmann/-frau, Objektschutz, 3,96 + Zuschläge, Vollzeit/72 Stunden." Arbeitgeber ist die Securicor Sicherheitsdienste GmbH aus Magdeburg, die zwei WachschützerInnen für das anhaltinische Klietz sucht. 4,12 Euro will der Hebold Sicherheitsdienst an seine Beschäftigten im Osten Deutschlands zahlen, und in Berlin versuchte es eben jenes Unternehmen gar mit 3,65 Euro pro Stunde. Für diese Summe sollen die Beschäftigten die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) bewachen. Mithin sind bereits die bisher bestehenden Tarifverträge nicht gerade ein Zuckerschlecken für die Beschäftigten.

Schon heute müssen eine Vielzahl von Beschäftigten im kommerziellen Sicherheitsgewerbe ergänzende Sozialhilfe beantragen, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Angesichts der erschreckenden finanziellen Lage der Beschäftigten im kommerziellen Sicherheitsgewerbe hat der Bundesvorstand von ver.di 2002 ein Modellprojekt auf den Weg gebracht, das sich mit dieser Problematik auseinander setzt. Ziel es ist, mehr Beschäftigte für ver.di zu werben, vor allem Beschäftigte, die sich wehren wollen. Der Bundesvorstand hatte diesem Modellprojekt zugestimmt, nachdem klar war, so Gerald Richter, bei ver.di für die Wachschutz-Beschäftigten zuständig, "dass wir im Interesse der Beschäftigten dringend auch im Billiglohnbereich handlungs- und kampffähig werden müssen".

Der Fachbereich 13 ist bei ver.di derzeit der einzige, der während der vergangenen Monate Mitglieder-Zuwächse verzeichnen konnte. Zwar steht eine abschließende Bewertung noch aus, doch scheint gesichert, dass für den Bereich etwa 1.200 Kolleginnen und Kollegen neu gewonnen werden konnten.

Waldemar Marks ist Arbeitsdirektor bei einem der Marktführer der Sicherheitsbranche, der Securitas GmbH, und an verantwortlicher Stelle beim von Mitgliederschwund gezeichneten Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) tätig. Er gilt ver.di als potenzieller Bündnispartner für Flächentarifverträge auch im Osten, die es im Westen - zumindest noch - gibt. Der BDWS seinerseits verspricht sich wieder mehr Einfluss, wenn er mit ver.di in Tariffragen - zumindest vorerst - zusammengeht. Bedenklich muss allerdings stimmen, dass kein Wort zur anstehenden EU-Osterweiterung und den dort bereits aufgebauten Securitas- und anderen Filialen verloren wird, obwohl bereits heute klar ist, dass dies erneut den Lohndruck verstärken wird. Schon heute verlagern kommerzielle Sicherheitsdienste ihre Zentralen aus Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern und aus Bayern in die südlichen neuen Länder, um so die höheren Tarife in den westlichen Bundesländern zu umgehen. Die Beschäftigten werden dann von dort eingesetzt, um etwa Geld- und Werttransporte zu übernehmen.

"Der BDWS ist", so Marks, "gegen Niedriglöhne eingenommen" und für "gelebte Tarifverträge empfänglich", aber nur, so stellte der Verbandsvertreter der für ihren eigenen Profit arbeitenden Unternehmen klar, "wenn der Markt das hergibt". Tatsächlich waren im Jahr 2003 Tarifverträge zwischen ver.di und dem BDWS in Berlin auf der Basis eines Grundlohns von 5,25 Euro abgeschlossen worden (in der Tabelle nicht enthalten). Vergleichbare Vereinbarungen lagen mit ver.di in Sachsen in greifbarer Nähe, scheiterten dann aber an den Arbeitgebern. Zuletzt wurden am 22. Januar die Tarifverhandlungen in Thüringen abgebrochen, weil die Arbeitgeber auf einer Nullrunde für das Jahr 2004 beharrten.

Mit der Kooperationswilligkeit des BDWS scheint es also nicht gut bestellt. Dafür spricht auch, dass dessen Statthalter in Sachsen, der als Hardliner bekannte Landesvorsitzende Feuerstein, in Tarifverhandlungen ver.di als "Organisation von Streik und Randale" bezeichnete und letztlich einen Vertrag mit einer sich selbst als Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) bezeichnenden Organisation gegen organisationsinterne Widersprüche durchboxte. Pikant für ver.di: BDWS-Vertreter Feuerstein war einst ihr Mann, hatte dann aber

die Seiten gewechselt. Doch auch ohne Feuerstein bleiben für die ver.di-Betriebsräte genug Schwierigkeiten, denn eine Strategie der Gewerkschaft gegen den Schröder-Kurs ist genauso wenig zu erkennen, wie es bisher an einem Kurs gegen die Verfestigung eines Niedriglohnsektors jenseits einer BDWS-Orientierung fehlt.

Volker Eick

Ausgewählte Tariflöhne im Sicherheitsgewerbe

(Stand: Frühjahr 2003), +, +

Bundesland

(Geltungsbeginn), Revierdienst (Euro/h,, brutto), Separatbewachung (Euro/h,, brutto)

Baden-Württemberg (ab 1.6.03), 8,00, 7,38

Bayern I (ab 1.6.03), 6,99, 7,00

Bayern S (ab 1.6.03), 7,23, 7,25

Berlin (ab 1.7.99),, GÖD, 6,25, 5,22

Brandenburg (ab 1.9.02),, GÖD, 5,30, 4,64

Bremen (ab 1.6.01), 6,21, 6,04

Hamburg (ab 1.5.03), 6,40, 6,10

Hessen (ab 1.8.03), 7,00, 6,52

Mecklenburg-Vorpommern (ab 1.11.02), 5,11, 4,60

Niedersachsen (ab 1.9.02), 8,32, 6,28

NRW (ab 1.5.03), 8,68, 6,83

Rheinland-Pfalz (ab 1.10.02), 6,25, 5,13

Sachsen (ab 1.6.02),, GÖD, 5,10, 4,83

Saarland (ab 1.10.02), 6,25, 5,13

Sachsen-Anhalt (ab 1.7.01),, GÖD, 4,71, 4,23

Schleswig-Holstein (ab 1.4.03), 7,44, 4,60

Thüringen (ab 1.3.03), 4,75, 4,32

22. Konkrete Arbeit am Kapital

Michael Heinrichs Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:23

Mit der globalisierungskritischen Bewegung artikuliert sich ein diffuser Missmut gegenüber den Entwicklungen, die der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hervorgebracht hat. Die unterschiedlichsten Gruppierungen entwickeln auf Grundlage der eigenen Erfahrungen einen Antikapitalismus, der durchzogen ist von den verschiedensten Vorstellungen darüber, was Kapitalismus überhaupt ist und welche Bedeutung dem bürgerlichen Staat zukommt. Dies nimmt Michael Heinrich zum Ausgangspunkt seiner politischen Intervention. In der Reihe theorie.org des Schmetterling Verlages stellt Heinrich den bereits existierenden Einführungen zu feministischer Theorie (vgl. ak 480) und Internationalismus eine zur Kritik der politischen Ökonomie zur Seite.

Dem spontanen Antikapitalismus der globalisierungskritischen Bewegung versucht Heinrich mit dieser Einführung die Marx'sche Theorie näher zu bringen. "Die Frage, wie der gegenwärtige Kapitalismus funktioniert, ist ... keine abstrakt akademische, vielmehr hat die Antwort auf diese Frage unmittelbar praktische Relevanz für jede kapitalismuskritische Bewegung." Ist der Staat Garant des Allgemeinwohls oder Instrument der herrschenden Klasse? Ist Kapitalismuskritik per se moralisch? Ist Herrschaft im Kapitalismus personalisierbar? Das sind keine Fragen, die im Vordergrund der Einführung stehen; sie werden dort aber durchaus mit der Folie der Marx'schen Theorie beantwortet.

Die Einführung ist aber nicht nur an junge LeserInnen gerichtet, sondern auch an gestandene MarxistInnen, die bereit sind, "auch scheinbar Bekanntes und Selbstverständliches ... zu überprüfen." Denn neben dem diffusen Antikapitalismus herrscht auch eine Menge Dogmatismus, der sich in der Marx-Rezeption seit den 1970ern festgesetzt hat. Das Festhalten an Kategorien wie Basis und Überbau oder die Vernachlässigung des zweiten wie des dritten Kapital-Bandes, die für ein Verständnis von Finanzmärkten unabdingbar sind, gehören ebenso dazu wie die völlige Unterschätzung des Geldes, deren Folge nicht zuletzt die Reduzierung der Marx'schen Theorie auf eine Form linker Arbeitsmengentheorie war. Aber auch die leninistischen Lesarten des Kapitals sind hier zu nennen, die sich in so mancher recycelten Imperialismustheorie wieder finden und hinter Kriegen eine Taskforce aus Monopolkapitalen und Staatsapparat wittern.

Gut ein Drittel des Buches widmet sich dem ersten Kapitel des Kapitals. Dem Zusammenhang von Arbeit in kapitalistischer Warenproduktion, Wert und Geld wird ebenso nachgegangen wie der Frage, wie diese mit den verschiedenen Fetischformen zusammenhängen. Allerdings unterscheidet sich die Einführung von vielen anderen, die darin den Stoff bereits als erschöpft ansehen. Auch der Rest des ersten Bandes sowie die Bände zwei und drei des Kapitals werden eingehend gewürdigt. Dabei kommt Heinrich auch auf den Staat zu sprechen, der in den aktuellen Debatten - ob es nun um imperialistische Kriege oder die Forderung nach einer Tobin-Steuer geht - eine zentrale Rolle spielt. Der Exkurs zu Antisemitismus kann als weiterer Hinweis auf die virulente politische Bedeutung dieser Einführung genommen werden. Im Gegensatz zu vielen anderen, die in der letzten Zeit die Marx'sche Theorie hochhalten und vor verkürztem Antikapitalismus warnen, der immer schon mit Antisemitismus gleichgesetzt wird, weiß Heinrich um die Grenzen der Aussagefähigkeit der Marx'schen Kategorien, ohne die wertvollen Erkenntnisse zu diesem Thema klein zu reden.

Einführung als Intervention

Allerdings betont Heinrich gleich zu Beginn des Buches, dass seine Einführung die eigene Lektüre des Kapitals nicht ersetzen kann. Seine Einführung legt er als Produkt einer bestimmten Interpretation der Marx'schen Theorie - die seit den 70er als "neue Marx-Lektüre" bekannt ist - offen.

Wenn diese Einführung als politische Intervention zu werten ist, dann bleibt jedoch eines unklar: Welchen Stellenwert nimmt die Beschäftigung mit der Marx'schen Theorie in sozialen Kämpfen ein? Diejenigen, die in den letzten Jahren eine verstärkte Marx-Rezeption eingefordert haben - nicht zu unrecht wohlgemerkt -, gehen von einem Erkenntniseffekt durch eine aufklärerische Praxis aus. Viele haben sich inzwischen mit ihrem Zynismus dem bürgerlichen Fortschrittsglauben verpflichtet und erkennen im sich artikulierenden Antikapitalismus nur noch die Reaktion, auf die es schon gar nicht mehr einzuwirken gilt. Wie Marx aber gezeigt hat, stellen sich Vorstellungen über die Gesellschaft in gesellschaftlichen Praxen her. Erst wenn sich

hier eine Kraft entwickelt, die herrschende Produktions- und Verkehrsverhältnisse in Frage stellt, kann auch ein reflektierter Antikapitalismus wirksam in Erscheinung treten. Für diese Reflexion ist Michael Heinrichs Einführung sehr hilfreich, sie kann aber die Organisierung einer kommunistischen Praxis nicht ersetzen. Und hier herrscht Einigkeit: "Trotz all dieser Schwierigkeiten ist aber kein Argument ersichtlich, warum eine kommunistische Gesellschaft prinzipiell unmöglich sein sollte."

Ingo Stützle

Schmetterling Verlag, Reihe theorie.org, Stuttgart, 10 EUR. Weitere Informationen und Texte von Michael Heinrich sind unter www.oekonomiekritik.de zu finden.

23. München: Respekt! 10.000 zu Antikriegsdemo verführt

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:24

Angesichts des bevorstehenden Irakkrieges manifestierte sich bei der NATO-Sicherheitskonferenz in München vor einem Jahr sowohl der immer größer werdende Konflikt zwischen dem derzeitigen militärischen Welthegemon USA und der aufstrebenden Militärmacht EU bzw. Deutschland, als auch der Bruch zwischen einer radikalen Anti-Kriegsbewegung, die auch die Militärpolitik der eigenen Regierung kritisiert, und einer Friedensbewegung, die sich der scheinpazifistische Politik der rotgrünen Bundesregierung im Irakkonflikt andiente. Ein Jahr danach, anlässlich der NATO-Sicherheitskonferenz 2004, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.

Damals war München Schauplatz zweier höchst unterschiedlicher Duelle: Im Hotel "Bayerischer Hof", wo 250 PolitikerInnen, Militärs und Industrielle tagten, eskalierte der Streit zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen des Irakkriegs: Deutschlands Außenminister Joschka Fischer und der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zelebrierten den Streit zwischen dem deutsch-französischen old europe und der new world order der USA vor den Fernsehkameras aus aller Welt. Und draußen zogen gleich zwei Demonstrationen mit teils konträren Forderungen durch die Straßen der Münchner Innenstadt: SPD-Oberbürgermeister Christian Ude, der Protestaktionen gegen die NATO-Konferenz ein Jahr zuvor noch mit einem Totalverbot belegt hatte, lud zur Kundgebung am Odeonsplatz, um gemeinsam mit 10.000 Menschen gegen den Irakkrieg, aber für die Konferenz zu demonstrieren. 500 Meter weiter, auf dem Marienplatz, hatte zur gleichen Zeit das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz zur Demonstration aufgerufen: 25.000 kamen und protestierten gegen Krieg und Konferenz und vor allem gegen die stetige Ausweitung der Kampfzone von NATO und Bundeswehr.

Ein Jahr später schwelt der Streit innerhalb der NATO - manche sprechen von der größten Krise seit ihrem Bestehen - trotz der ständigen Beschwörungen über die "gute Gesundheit" des transatlantischen Bündnisses unvermindert weiter. Zwar war einen Tag vor der Konferenz extra ein informelles Treffen der Nato-Verteidigungsminister angesetzt worden, bei dem die USA vor allem versuchten, die übrigen NATO-Länder bei den weltweit laufenden Militäreinsätzen stärker in die Verantwortung zu ziehen. Doch das Treffen dürfte für Rumsfeld eher ernüchternd verlaufen sein. Zwar haben die EuropäerInnen und insbesondere die Deutschen angekündigt, in Afghanistan und Bosnien "mehr Verantwortung" zu übernehmen. Doch im entscheidenden Punkt, der Frage, ob die NATO sich demnächst im Irak engagieren wird, gab es offensichtlich keine Annäherung. Im Klartext: Die rotgrüne Bundesregierung nutzt weiterhin jede Gelegenheit, den eigenen militärischen Spielraum zu erweitern, ergreift aber auch gerne die Möglichkeit, dem Konkurrenten USA eins auszuwischen. Zum Beispiel indem man den USA im Irak, wo die Lage von Tag zu Tag unübersichtlicher und gefährlicher wird, eben vorerst nicht zu Hilfe kommt. Was nicht ausschließt, dass sich die Bundesrepublik in der nächsten Zeit dennoch in der einen oder anderen Form im Irak engagieren wird - aber eben nur, wenn die USA bestimmte Bedingungen zu erfüllen bereit sind, etwa dass Europa Einfluss nehmen darf auf die Zusammensetzung der zukünftigen irakischen Regierung und ihnen der irakische Markt offen steht.

Und draußen? Letztes Jahr waren, wie gesagt, 25.000 Menschen gegen die Münchner Sicherheitskonferenz auf die Straße gegangen. Heuer waren es nur um die 10.000. Trotzdem waren die VeranstalterInnen der Demonstrationen zufrieden. Und sie konnten es auch sein - auch angesichts der Propaganda im Vorfeld gegen das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz. Die lokalen Münchner Medien übernahmen wieder kritik- und kommentarlos die Aussagen der Münchner Polizei über anreisende "gewaltbereite Demonstranten" bzw. "Berufsdemonstranten". Um diese Stimmung noch zu steigern, warnte Polizeipräsident Schmidbauer zudem vor Terroranschlägen und durfte in einem SZ-Interview unwidersprochen Eltern dazu auffordern, ihren Kindern zu verbieten, ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht - das der Demonstrationsfreiheit - in Anspruch zu nehmen. Sie könnten sonst Opfer fanatischer Verführer werden.

Trotzdem zogen also 10.000 DemonstrantInnen, begleitet von einem martialischen Polizeiaufgebot von insgesamt 4.000 BeamtInnen, durch die Münchner Innenstadt. Der überwiegende Anteil der DemonstrantInnen gehörte interessanterweise dem linksradikalen Spektrum an. Der bürgerliche Teil des Bündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, attac und Friedensbündnisse, schaffte es dagegen kaum, seine AnhängerInnen zu mobilisieren. Man mag darüber streiten, ob es gut ist, dass sich der bürgerliche Teil der Friedensbewegung

nun mehr oder weniger verabschiedet hat. Immerhin aber scheint es inzwischen eine gar nicht so kleine Anzahl Linker zu geben, die weder dem antideutschen Wohlstandschauvinismus anheim fallen, noch sich von antiamerikanischen Reflexen und verkürzter Kapitalismuskritik leiten lassen.

Die KundgebungsrednerInnen betonten in München immer wieder ihre Kritik gerade an der deutschen und europäischen Militärpolitik - etwa die geplante Aufrüstungsverpflichtung in der EU-Verfassung -, ohne dabei das Besatzungsregime der USA im Irak schönzufärben oder gar US-Army und Bush-Administration als Vorkämpfer der Aufklärung zu glorifizieren. Und in den Redebeiträgen wurde wiederholt der Zusammenhang zwischen einer aggressiven Militärpolitik nach außen und einer Umverteilung von unten nach oben im Inneren hergestellt. Insofern haben sich die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz als gute Gelegenheit erwiesen, anhand der Frage von Krieg und Frieden das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, den Kapitalismus in seiner neoliberalen Ausprägung, grundsätzlich in Frage zu stellen.

Thies Marsen

24. Weder Kopftuch noch Verbot!

Frankreich streitet um Laizismus und Diskriminierung

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:25

Nachdem das Thema zwei Monate lang die innenpolitische Debatte dominiert hatte, war es am 10. Februar so weit: Die französische Nationalversammlung, das "Unterhaus" des Parlaments (das im Streitfall gegenüber dem Senat das letzte Wort hat), verabschiedete in erster Lesung das Gesetz zum "Verbot des Tragens auffälliger religiöser Symbole" an öffentlichen Schulen. Begründet mit den laizistischen Grundwerten der Französischen Republik, richtet es sich de facto gegen die sichtbare Präsenz des Islam; von den angedrohten Zwangsmaßnahmen sind ausschließlich Frauen und Mädchen betroffen.

Der Beschluss erfolgte mit überwältigender Mehrheit: 494 Abgeordnete stimmten dafür, 36 enthielten sich der Stimme, 31 votierten dagegen. Denn die beiden wichtigsten staatstragenden Parteien - die konservative UMP und die Sozialdemokratie - hatten sich zuvor in der derzeit wichtigsten innenpolitischen Streitfrage geeinigt.

Faktisch besteht der Gegenstand des neuen Gesetzes darin, künftig den Unterrichts- oder Schulausschluss von Kopftuch tragenden Schülerinnen moslemischer Konfession auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Zwar bezieht sich der Gesetzestext in der Theorie auf alle "auffällig getragenen" religiösen Symbole, also auch auf Kreuze und Kippas. Doch Jugendliche aus orthodoxen jüdischen Familien, die eine Kippa tragen, besuchen ohnehin meist konfessionelle Privatschulen. Und für die Sprösslinge aus streng katholischen Familien gibt es die nach wie vor katholisch geprägten Privatschulen. Diese sind in den letzten Jahrzehnten zugleich zu einem Art Elitezweig des gesamten Schulsystems mutiert, die von ungefähr 20 Prozent eines Jahrgangs besucht werden - während sie sogleich immer noch öffentliche Subventionen erhalten. Das gehört zu den Widersprüchen des laizistischen Anspruchs, den die französische Republik erhebt.

Ein Geschenk für den Front National

Dass es bei dem Gesetz vor allem, wenn nicht ausschließlich, um eine sichtbare Präsenz des Islam in Form von Mädchen mit verhülltem Haupthaar geht, hat auch Bildungsminister Luc Ferry deutlich gemacht. Vor der Gesetzeskommission des Parlaments, wo er die Vorlage Mitte Januar vorstellte, erklärte er: "Ich sage zu den Vertretern des Islam: Wollen Sie, dass unsere Kinder sich in den Schulen schlagen?" Diese Vision von Schulkindern, die sich verprügeln, falls das Gesetz nicht schnell angenommen wird, basiert auf der Feststellung, dass es zunehmende "kommunitaristische Konflikte" zwischen Jugendlichen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gebe. Die Tendenz zum Rückzug auf ihre (vermeintlichen) Partikularinteressen ist tatsächlich bei vielen Bevölkerungsgruppen real. Zu verstehen ist sie vor dem Hintergrund der sozialen Krise und der brutalen Enttäuschung, die auf die Versprechen von mehr sozialer Gleichheit unter den vergangenen Linksregierungen jäh erfolgte.

Bildungsminister Luc Ferry meint nun, durch das neue Verbotsgesetz für Kopftücher könne Abhilfe geschaffen werden. Das Thermometer zerbrechen, um das Fieber zu senken?

Erst am 17. Dezember vorigen Jahres hatte Präsident Jacques Chirac seine große Ansprache zur Neudefinition des staatlichen Laizismus gehalten, mit der das künftige Gesetz angekündigt wurde. Die Eile, mit der die neokonservative Mehrheit das Gesetzgebungsverfahren durchpeitschte, hängt auch mit den bevorstehenden Wahlen zusammen. Am 21. und 28. März werden sämtliche französischen Regional- und ein Teil der Bezirksparlamente neu gewählt. Zahlreiche konservative Politiker drohten in den letzten Wochen damit, der Front National werde noch besser abschneiden, falls die Gesetzesvorlage nicht schnell verabschiedet werde.

Dagegen sieht der Chefredakteur von Le Monde, Jean-Marie Colombani, einen anderen Zusammenhang. In seinem Leitartikel vom 9. Januar 2004 erinnerte er an die Präsidentschaftswahl 2002: "Alle haben gesehen, wie der extremen Rechten das Ausschlachten des Themas ‚Innere Sicherheit` genutzt hat. Sie wird erneut an Legitimität gewinnen, weil jetzt die Frage der ‚kulturellen Identität` in den Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte gerückt wird." Colombani sieht darin ein politisches Kalkül: Bleibe die extreme Rechte als einzige starke Alternative übrig, dann könne das die Konservativen über die Wahlen retten, wie bereits vor zwei Jahren Chirac. Ein Spiel mit dem Feuer.

Auch innerhalb der regierenden bürgerlichen Rechten kam es im Vorfeld der Abstimmung vom 10. Februar zu Kontroversen. Für die UMP-Abgeordneten hatte ihr Vorsitzender Jacques Barrot die Fraktionsdisziplin aufgehoben. Deswegen konnten auch einige Konservative und Liberale ihre abweichenden Positionen zum Ausdruck bringen.

Streit unter Linken und Feministinnen

So wollten einige konservative Spitzenpolitiker, allen voran der Parlamentspräsident und ehemalige Innenminister Jean-Louis Debré (UMP), die neue Verbotsregel ausweiten. Sie wollten gleich alle "sichtbaren", und insbesondere auch politische Symbole bei SchülerInnen verboten sehen: Buttons, Aufkleber, "unter Umständen" auch Palästinensertücher; lediglich T-Shirts mit dem Konterfei Che Guevaras stuften sie eher als harmlose Folklore ein. Auch ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten plädierte in diese Richtung.

Bei den Konservativen überwog letztlich die Angst, ein Verbot politischer Symbole könne eher zu einem Politisierungsschub unter Jugendlichen führen. Einem anderen Teil der Bürgerlichen dagegen ging die Gesetzesvorlage zu weit. Insbesondere Christdemokraten und Wirtschaftsliberale stimmten gegen den Entwurf oder enthielten sich der Stimme. Bei den einen herrschte die Befürchtung, ein neues Gesetz zum Laizismus werde auch den Einfluss der christlichen Kirchen auf den sozialen Alltag noch stärker zurückdrängen. Das erklärt die Enthaltung in einem Großteil der christdemokratischen UDF-Fraktion, aber auch die Gegenstimme der ultrakatholischen Abgeordneten Christine Boutin.

Wirtschaftsliberale in den Reihen der UMP sind ihrerseits misstrauisch gegenüber allen etatistischen Vorstellungen, die in ihren Augen das gesellschaftliche Leben zu sehr regulieren. Ihnen schwebt eher eine Regelung wie in den USA vor, wo alle Religionsgruppen sich weitgehend frei betätigen können, sofern sie die staatliche Ordnung nicht bedrohen.

Aber auch innerhalb der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Linken und im Milieu der sozialen Bewegungen rief die Debatte um Laizismus und Kopftuch Spaltungen hervor. Die Furcht vor einer Stigmatisierung der Einwanderungsbevölkerung, feministische und antiklerikale Traditionen und antirassistische Essentials trafen dabei aufeinander.

Doch überwog bei der KP, bei den Grünen und der trotzkistisch-undogmatischen LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) die Ablehnung der Regierungsvorlage. Dagegen befürwortete die traditionalistisch-klassenkämpferische Partei Lutte Ouvrière (LO, "Arbeiterkampf") grundsätzlich Verbotsmaßnahmen an staatlichen Schulen. Zwar wollte sie nicht auf die konservative Regierungspartei vertrauen, doch erklärte sie, erst der Druck kämpferischer LehrerInnen hätte die Regierung dazu getrieben, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Tatsächlich hatten bei jüngeren Streitfällen an öffentlichen Schulen LehrerInnen, die LO-Mitglieder sind, in den Disziplinarausschüssen für Ausschlüsse und Schulverweise von Kopftuch tragenden Mädchen gestimmt.

Die LCR dagegen einigte sich nach heftigen Kontroversen auf die Mehrheitsposition: "Weder Kopftuch noch Verbotsgesetz". Einigkeit herrscht allein bei der Ablehnung der Gesetzesvorlage der neokonservativen Regierung. Die von 75 Prozent der "nationalen Leitung" (des früheren Zentralkomitees) getragene Erklärung schließt hingegen in Einzelfällen Schulausschlüsse durch das Lehrerkollegium nicht aus, wo keine Konfliktlösung im Dialog mit Schülerinnen unter familiärem oder islamistischem Einfluss möglich sei. Doch wendet sie sich gegen ein Gesetz, das als eskalationsfördernd und "stigmatisierend" betrachtet wird. Eine Minderheitsposition, hinter der ein Viertel bis ein Drittel der Organisation steht, lehnt dagegen Schulausschlüsse als Mittel grundsätzlich ab.

Ähnlich verläuft die Debatte auch bei den Grünen und der KP, wobei es in einem Teil des KP-Umfelds - vor dem Hintergrund etatistischer Traditionen - Sympathien für das Verbotsgesetz der Regierung gibt. Von 21 KP-Abgeordneten in der Pariser Nationalversammlung stimmten letztendlich sieben für das Verbotsgesetz; der "orthodoxe" kommunistische Abgeordnete Georges Hage verweigerte die Teilnahme an der Abstimmung. Bei den Grünen, die derzeit nur drei Abgeordnete im französischen Parlament haben, stimmten zwei gegen die Vorlage, während eine Parlamentarierin sich der Stimme enthielt.

Linke KritikerInnen betonen in der Regel ihre Opposition zum Kopftuch oder zumindest gegen jede Form von Zwang - sei es durch die Familien oder durch islamistische Regime und Gesetze. Zugleich erklären sie,

Maßnahmen wie Schulverweise lösten keinerlei Probleme, sondern könnten die Probleme auch vom Standpunkt der Emanzipation aus nur vergrößern.

So sei es absurd, einerseits Mädchen und Frauen als Opfer geschlechtsspezifischer Unterdrückung im Namen des Islam darzustellen - gleichzeitig aber eine Ausschlussmaßnahme zu befürworten, die allein Frauen und nicht Männer treffen könne. Ferner sorge ein Schulverweis gerade dafür, dass junge Frauen, sofern man sie als Opfer ihrer Familie oder Community betrachte, noch viel stärker auf ihre angebliche "natürliche Gruppe" zurückgeworfen würden, da der Kontakt mit der Gruppe der Gleichaltrigen unterbrochen werde.

Tatsächlich bietet sich den betroffenen Schülerinnen als Alternative an, von zu Hause aus Fernunterricht beim "Zentrum für Unterricht auf Distanz" CNED zu belegen - was aber bezahlt werden muss - oder sich in eine religiöse Privatschule einzuschreiben. Bisher gibt es nur wenige islamische Privatschulen, aber auch katholische Privatschulen akzeptieren Kopftuch tragende Schülerinnen, da auf sie die laizistischen Spielregeln keine Anwendung finden. Ob das als Sieg der Emanzipation zu betrachten ist, darf bezweifelt werden.

Staatlich verordnete "Emanzipation"

Dagegen wird von KritikerInnen betont, Emanzipation könne nicht staatlich verordnet werden. So schreibt die anarchosyndikalistische CNT unter anderem: "In Wirklichkeit kann die Befreiung der moslemischen Frauen nur das Werk dieser Frauen selbst sein, oder es wird sie nicht geben. Wo sie dagegen stattfindet, werden wir uns bedingungslos mit dieser Emanzipation solidarisieren."

Auch die feministische Bewegung ist an diesem Punkt gespalten. Das Spektrum reicht von geradezu fanatischen Gesetzesbefürworterinnen über Kritikerinnen, die bemängeln, auch die Privilegien des französischen Katholizismus - etwa in den Privatschulen - hätten von einem laizistischen Gesetz reduziert werden müssen, bis hin zu dezidierten Gegnerinnen.

Nicht zuletzt opponieren jene feministischen Gruppen, die vorwiegend Frauen aus der Einwandererbevölkerung vertreten, wie etwa die Vereinigung Rebelles Voix d`Elles ("Rebellinnen, weibliche Stimmen") in Saint-Denis, oft scharf gegen den Gesetzentwurf. Sie befürchten, dass der von vielen Moslems so erlebte "Stigmatisierungseffekt" durch das Gesetz eher Solidarisierungen auslöse, die den reaktionären Strömungen Rückendeckung durch andere Teile der migrantischen Bevölkerung verschaffen.

Bernhard Schmid, Paris

25. Der Fundus des Türk-Raps

HipHop als Sprachrohr einer migrantischen Kultur

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:26

Als HipHop Mitte der achtziger Jahre nach Europa schwappte, waren es zum größten Teil Jugendliche mit migrantischem Hintergrund, die sich auf HipHop stürzten und die sich in dieser Kultur frei entfalten konnten (vgl. ak 487). Vor allem in Deutschland sahen viele ausländische Jugendliche die Chance, durch Stimme, Musik, Tanz, Kunst und durch ihre Texte auf sich aufmerksam zu machen: Waren sie gestern noch Menschen, die sowohl gegen die Regeln des Elternhauses verstießen als auch durch das deutsche gesellschaftliche Raster fielen, so waren sie nun Teil einer Kultur, die nicht auf verhärteten Traditionen und religiösen Unterschieden basierte. Das einzige, was hier zählte, waren Kreativität und Fleiß.

HipHop: Just do it!

Insbesondere türkische Jugendliche fanden im HipHop ihre Erfüllung. In dieser Zeit waren sie es, die sich mit jugoslawischen, italienischen, afrikanischen und vielen anderen Jugendlichen dem Break-Dance, Graffiti, DJ-ing und eben dem Rap hingaben. "Der Grund, weshalb wir uns für HipHop als Sprachrohr entschieden haben, war der, dass es uns nichts gekostet hat", sagen viele türkische Breaker, Rapper und Sprüher. "Wir saßen bis zu unserem 18. Lebensjahr auf gepackten Koffern, da konnten wir nicht sagen, dass wir eine Gitarre oder ein Klavier haben wollten, um Musik zu machen. Das Geld war für etwas anderes bestimmt: Für die Heimat." HipHop war anders. Die Kids konnten einfach anfangen, Musik zu machen, ohne Instrumente zu kaufen, Noten lernen oder teure Kurse besuchen zu müssen. Ihre Vorbilder waren in Filmen wie Beatstreet oder Wildstyle zu bewundern. Einen besonderen Abschluss brauchte man nicht, jeder und jede konnte ein Teil dieser Kultur werden, egal mit welcher Bildung, Herkunft oder Religion.

Der türkischsprachige Rap hat innerhalb dieser paneuropäischen Entwicklung eine besondere Stellung erhalten. Keine andere Rapart hat einen derartigen Fundus wie der türkische Rap. Deutschsprachiger Rap kam aus Deutschland, der italienische Rap aus Italien, die Franzosen rappten als erstes auf französisch, aber auf türkisch wurde auf Grund der Migration nicht nur in der Türkei gerappt, sondern in ganz Europa. Vor allem Türken in Deutschland können als Vorreiter betrachtet werden. Der türkische Rap ist, wie viele andere Rapformen, stark mit der europäischen Migrationskultur verbunden und durch diese auch beeinflusst. Viele türkischsprachige Texte handeln vom Leben zwischen zwei Kulturen, von der fehlenden Akzeptanz in beiden Gesellschaften und den Problemen innerhalb der eigenen Tradition. Die Jugendlichen rappten auf türkisch, um nicht nur die deutsche Gesellschaft mit ihren Problemen, Wünschen und Gefühlen zu konfrontieren, sondern um damit auch die eigenen Eltern, Verwandte und Bekannte zu erreichen. Es war ein Schrei nach Akzeptanz und Respekt in beiden Kulturen. Bands wie Fresh Familee, Microphone Mafia, Islamic Force und Cribb 199 waren die ersten, die auf türkisch ihre Message verbreiteten.

Sprach man anfangs vom friedlichen Zusammenleben und von Akzeptanz, so waren die Anschläge in Mölln und Solingen ein bedeutender Wendepunkt auch für den türkischsprachigen Rap. Die Texte wurden aggressiver und Themen wie Rache und Vergeltung traten in den Vordergrund. Ein neues Selbstwertgefühl baute sich bei den Jugendlichen auf: "Wir sind Türken und wenn ihr uns nicht wollt, dann wollen wir euch auch nicht." Aber sowohl in der Türkei als auch in Deutschland wurden die Rapper zunächst eher als Außenseiter belächelt. Dies sollte sich Mitte der neunziger Jahre ändern. Der Zusammenschluss Cartel, bestehend aus Erci E aus Berlin, Karakan aus Nürnberg und Da Crime Possee aus Bremerhaven schaffte den Durchbruch für den türkischsprachigen Rap in der Türkei und in ganz Europa. In ihrer Heimat verdrängten sie Michael Jackson von Platz 1 der Charts.

Weil Cartel in ihren Texten immer wieder auf die Türkei als Heimat und auf ihre türkische Identität aufmerksam machte, wurde ihnen gegenüber der Vorwurf erhoben, sie seien mindestens nationalistisch, manche meinten sogar faschistisch. In der Türkei selbst versuchten rechte Parteien (die grauen Wölfe "Bozkurt"), die Band für ihre Zwecke zu benutzen. Doch Cartel distanzierte sich von diesen Versuchen ebenso, wie von dem Vorwurf des Nationalismus, in dem sie in ihren Texten klar machten, dass es nicht darum geht, die türkische Nationalität über andere zu stellen.

Netzwerke des Oriental-Raps

Ihnen war es wichtig, den Jugendlichen eine Orientierungshilfe zu geben: "Ihr seid Türken, gehört aber nach Deutschland". Cartel wurde sowohl von Linken als auch von Rechten für ihre Propaganda missbraucht. Ihre Texte gaben vielen Jugendlichen eine Orientierung bei der Suche nach Antworten auf die Frage: wer sie sind und wohin sie gehören. Cartel füllte Stadien und wurde von den Medien gefeiert. Sie waren die Helden der Rapper in der Türkei, die ersten, die den "Kampf" gegen den Pop gewonnen hatten. Seitdem wurde der türkischsprachige Rap nicht nur in der Türkei immer populärer.

Heute gibt es in der Türkei Künstler wie Nefret, OndaOn, Ceza, Maho B, Hedef 12 und viele mehr, die in ihren Texten auf soziale Ungerechtigkeiten und Missstände hinweisen und den HipHop immer beliebter machen. Sie touren durch Europa und arbeiten mit Bands aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz usw. zusammen. Es hat sich ein Netzwerk entwickelt, in dem Konzerte und Jams organisiert und Alben produziert werden. Egal, wie man es nennt, ob Türk-Rap oder Oriental-Rap, der türkischsprachige HipHop ist inzwischen bei Jugendlichen in ganz Europa verankert.

Kutlu Yurtseven

www.microphone-mafia.de, www.aldenterecordz.de, www.suikast.de

26. Ein Forum, eine Rede, eine Leerstelle

Reflexionen zum 4. Weltsozialforum in Mumbai

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:27

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 481 / 20.02.2004

Ein Forum, eine Rede, eine Leerstelle

Reflexionen zum 4. Weltsozialforum in Mumbai

Was vor allem von Bedeutung war am Weltsozialforum in Mumbai (16. - 21.1.2004): dass es in Mumbai war - der Aufbruch von Porto Alegre aus dem "sicheren Hafen" der von der PT(Arbeiterpartei)-dominierten brasilianischen Metropole in den asiatischen Kontinent mit seiner großen Zahl von eigenständigen Bewegungen, Kämpfen, Ressourcen und einer eigenen Geschichte von Widerstand und Politiken, die viele Verbindungen mit den "großen Erzählungen" der Globalisierung haben, aber zugleich auch ihre eigene Dynamik.

Am prägnantesten erlebte ich diese Dynamik bei der Koalition der so genannten sexuellen Minderheiten mit den SexarbeiterInnen aus verschiedenen asiatischen Ländern. Diese hatten sich im beim Organisationskomitee eine Panel-Präsentation als "Rainbow-Planet" in einer der großen Hallen erstritten, etwas, was ihnen im Jahr zuvor beim asiatischen Sozialforum in indischen Hyderabad noch verwehrt geblieben war. Darüber hinaus zogen sie in einer großen furiosen Demo quer über das WSF-Gelände und klebten allen interessierten ZuschauerInnen das regenbogenfarbige Dreieck auf die Hemden und T-Shirts, so dass die Unsichtbarkeit der im puritanischen Indien immer noch anstößigen Transgender-Personen und moralisch verurteilten SexarbeiterInnen fast in ihr Gegenteil verkehrt wurde - überall prangte die Forderung "Don't judge" - Verurteile nicht! in Englisch und Hindi.

Aufbruch von Porto Alegre nach Mumbai

Aber auch die "alten", aber immer noch aktuellen indischen Themen des Kastenwesens und der religiös-nationalistischen Gewalt, die sich in den letzten Jahren zugespitzt hat bis zu den Massenpogromen gegen Moslems 2002 im Bundesstaat Gujarat, hatten viel Raum sowohl in den Diskussionsforen, als auch in den Kunstausstellungen und Dokumentationen. Hier wurde exemplarisch deutlich, dass diese Gräuel keine Rückfälle in eine archaische Vor-Moderne darstellen, sondern Teil einer sich brutalisierenden globalisierten Moderne sind. Die (potenziellen) ökonomischen VerliererInnen werden gegeneinander in Stellung gebracht und mit nationalistisch-religiösen Bekenntnissen werden kollektive Identitäten geschmiedet, die mit Blick auf die zerbrechenden säkularen Sicherungssysteme dem vereinzelten Subjekt noch Schutz zu bieten scheinen.

Die Verzweiflung der NGO-AktivistInnen in Indien, die in ihrer Arbeit auf die Förderung von Bildung, sozialem Aufstieg und modernem Demokratie- und Menschenrechtsverständnis setzen, war mit den Händen zu greifen angesichts der jüngsten Massaker, deren Akteure - ausgestattet mit Handys - den mordenden Mob gezielt in die Häuser und Wohnungen der muslimischen BewohnerInnen führten. Die Basis der Hindutva, der religiös-nationalistischen Hindu-FanatikerInnen, ist offenbar keine verführte, ungebildete Masse, sondern der sozial vom Abstieg bedrohte Teil der Mittelklasse im "Neuen Indien" aufgrund der Globalisierung des letzten Jahrzehnts.

Dass die Integration dieser Fülle der lokalen Themen: (die buthanesischen Flüchtlinge machten ebenso auf sich aufmerksam wie die japanisch-koreanischen Friedensinitiativen, auch die indischen Gewerkschaften waren wie die indischen UreinwohnerInnen und die Selbstorganisationen der Kastenlosen (Dalits) dauerhaft präsent), in das WSF gelang, machte deutlich, welche Bedeutung das WSF für den jeweiligen regionalen Kontext bekommen kann. Deshalb artikulierte sich deutlicher Unmut über die bereits zu Beginn des WSF verkündete Entscheidung, sich in 2005 wieder im brasilianischen Porto Alegre zu treffen - ein afrikanisches WSF hätte wohl viele TeilnehmerInnen mehr begrüßt. Allerdings lag auch noch keine offensive Bewerbung des afrikanischen Kontinents vor - hier machen sich die Ressourcen und die Stärke lokaler und regionaler Bewegungen bemerkbar, die in Indien offenbar verfügbarer und leichter mobilisierbar sind als in den afrikanischen Ländern.

Der Bezug auf den regionalen Kontext war auch in der vor allem in der deutschen Presse umstrittenen Eröffnungsrede von Arundhati Roy (1) präsent: die Massaker in Gujarat, von der regionalen und nationalen Regierung geduldet und durch die offensive Niederschlagung der Strafverfolgung unterstützt, erschienen hier im Zusammenhang mit dem "neuen Weltordnungsimperialismus" der USA, der bei den Menschen in der ersten Welt zunehmend an Unterstützung gewinnt. Für Roy setzt dieses Projekt auf Ordnung, Disziplin und Überlegenheit um jeden Preis. Lokale Regime müssten nur dann mit "humanitären Interventionen" rechnen, wenn sie sich nicht wie die fundamentalistische Hindutva der regierenden BJP in Indien zugleich den globalen Playern, den Transnationalen Konzernen ausreichend öffneten. Dass das "neue imperiale Projekt" der USA auch so viel internationale Unterstützung gewinnen konnte, weil es einer gewissen neokolonialen Diskussion um die Notwendigkeit "liberaler und humanitärer Protektorate" nahe kommt, geriet bei Roy eher aus dem Blick. In der "Governance" Debatte, die in den politischen und ökonomischen Zentren der Welt geführt wird, werden diese Protektorate als notwendig betrachtet angesichts "gescheiterter Staaten" und "neue Kriege" ohne klassische Kämpfe zwischen oder in Nationalstaaten. Dies wird in Deutschland vielleicht am pointiertesten von Ulrich Menzel vertreten.

Roys Positionen bedienen sich damit einer eher traditionellen Analyse der geopolitischen und globalökonomischen Machtinteressen der Imperien (allen voran natürlich der USA) unter Mitwirkung der korrumpierten, eingekauften lokalen Eliten, in Szene gesetzt von internationalen Medien und Begleitung einer "kritischen Öffentlichkeit", die zum zivilgesellschaftlichen Dialog eingeladen ist, eine Rolle, in die sich Roy explizit mit einschloss.

Binnendynamik im Irak wird ignoriert

Die Problematik dieser klassischen antiimperialistischen Sichtweise liegt m.E. weniger in der Nähe zu allerlei "Verschwörungstheorien" - denn tatsächlich operieren die internationalen Akteure ebenso verdeckt wie offen. Unglücklicherweise ist die USA-Paranoia, die viele Menschen nicht nur im globalisierten Süden haben, der psychische Ausdruck einer Realität des Ausgeliefertseins an politische und ökonomische Machtstrukturen, die in der Tat nicht demokratisch oder auch nur nicht transparent im Rahmen von internationalen Organisationen verhandelt oder entschieden werden.

Bedenklich erscheint eher die innewohnende Tendenz zur Entschuldigung der "kleinen Verbrechen" der lokalen Eliten und Statthalter der globalisierten Macht gegenüber der "großen Verbrechen" der herrschenden Großmächte - nicht als eine offensive Leugnung oder Legitimierung dieser Verbrechen (wie es teilweise noch die Moskau-treuen Fraktionen beim Krieg der UdSSR in Afghanistan taten), sondern sie werden in einer Art "abgeleiteten Folge" Teil der "großen Verbrechen". Da Saddam Hussein lange Jahre der Vasall der USA (gegen die islamische iranische Republik) war, sind seine internen Verbrechen gegen KurdInnen, SchiitInnen und politische Gegner oder Konkurrenten quasi auch als US-Verbrechen externalisierbar. Der aktuelle Widerstand gegen die US-geführte Besatzung kann damit als authentischer Ausdruck einer "Selbst-Befreiung des irakischen Volkes" verstanden werden, die es im Kampf gegen die Herrschaft des neoliberalen Imperiums zu unterstützen gelte, gerade auch wenn man die konkreten Aktionen des "irakischen Widerstands", dessen Angriffe auf Moscheen, Polizeistationen und irakisch-kurdische Parteizentralen zunehmend zivile Opfer fordert, nicht rechtfertigt.

Tatsächlich gehen in der Rede vom "irakischen Volk" im globalisierungskritischen Diskurs regelmäßig die Teile dieses "Volkes" verloren, die die Intervention offensiv unterstützt haben - die irakischen KurdInnen. Auch wenn diese als politische Strukturen sich selbst kaum als Teil der globalisierungskritischen Bewegung begreifen und ihre Abwesenheit auf dem WSF daher nicht einem offenen Zensur-Prozess unterstellt werden kann, so war besonders in den Großveranstaltungen zum Krieg doch die Beleuchtung derartiger "Binnendynamiken" der aktuellen Konflikte meines Wissens vollständig abwesend. Dies ist eine Leerstelle, die einer offensiveren Intervention in die Diskussionen und Strukturen des WSF bedürfte, um nicht falsche Gewissheiten und Scheinharmonien zu perpetuieren.

Der Widerstand gegen die Besatzung und die US-geführte Machtpolitik im Irak/Mittleren Osten wird damit zum "großen Konsens", der das Weltsozialforum schon letztes Jahr vor dem Krieg und diesmal wieder einigen und zu konkreter Praxis führen sollte. Arundhati Roy rief nicht zufällig zum offensiven Boykott zweier US-Konzerne auf, die am Krieg und am Wiederaufbau im Irak massiv profitieren und stellte dies in die Tradition von Ghandis berühmten "Salzmarsch". Dieser Vorschlag wurde zwar nicht direkt vom WSF aufgenommen, allerdings gab es

eine intensive Debatte über die Rolle von Coca Cola als der "klassische" US-Life-Style transportierende Konzern, gegen den derzeit eine Boykottkampagne läuft. Coca Cola ist nicht nur in Kolumbien in Menschenrechtsverletzungen an GewerkschafterInnen involviert, sondern zugleich einer der großen Akteure in der weltweiten Wasserprivatisierung (und damit z.B. im südindischen Kerala die Wasserversorgung der ansässigen Bevölkerung untergräbt).

Auch hier wäre kritisch anzumerken, ob eine derartige Fokussierung auf US-Konzerne nicht eine problematische Vereinfachung der globalisierten Realität darstellt und eher existierende Ressentiments bedient als wirklich bewusste Bündnisse schmieden hilft. Demgegenüber hätte die Wahl eines US-amerikanischen, eines europäischen und eines japanischen Multinationalen Konzerns zumindest die drei großen Zentren der kapitalistischen Weltökonomie benannt, die ihre jeweiligen Machtinteressen durchaus unterschiedlich, aber nicht weniger konsequent verfolgen.

Bleibt das WSF eine symbolische Veranstaltung?

Derartige Reflexionen gingen allerdings auch in den ersten bundesdeutschen Reaktionen angesichts der aufgeregten Frage unter , ob Arundhati Roy nun den gewaltfreien Widerstand verlassen hätte und zu gewalttätigen Mitteln aufgerufen hätte, als sie forderte, die Dependancen der Transnationalen Konzerne "zuzuschließen" ("to shut down"). Eine Frage, die in Indien wohl wenige Menschen so verstanden hätten. Die entscheidende Frage, die Roy sich und dem WSF vielmehr stellte, war, ob das WSF eine symbolische Veranstaltung bleibt, bei der sich "die Guten" versammeln und sich bestätigen, dass sie das Richtige wollen, aber die Welt leider nicht so läuft, wie sie das wollen - oder ob das WSF und die globalisierungskritische Bewegung sich daran macht, tatsächlichen Widerstand zu leisten. Beim Salzmarschbeispiel von Gandhi, dass sie exemplarisch anführte, verwies sie genau auf diesen Unterschied: Der Salzmarsch sei keine rein symbolische Aktion gewesen, sondern ein tatsächlicher Angriff auf einen exemplarischen Teil der ökonomischen Basis der Britischen Empires - die Salzsteuer. Daraus habe diese Aktion ihre Bedeutung gewonnen. In diesem Sinne rief sie zur aktiven Behinderung von zwei exemplarischen Multinationalen Konzernen auf. Die Frage der zulässigen Mittel dieser Auseinandersetzung beantwortete sie nicht. Ihr Auftritt nicht nur auf dem "großen" WSF, sondern auch auf einer Veranstaltung von "Mumbai Resistance", des eigenständigen Forums von Bewegungen, die den bewaffneten Kampf unterstützen, macht m.E. jedoch deutlich, dass sie sich nicht auf eine Spaltungsdiskussion einlassen will zwischen den "guten gewaltfreien" und den "schlechten militanten" Kämpfen, auch wenn ihre Präferenzen eindeutig auf der Seite der ghandischen Methoden liegen.

Andreas Wulf

Anmerkung:

1) Die Rede von Roy ist auf www.graswurzel.net dokumentiert.

27. Klassen-Gewitter

Nachrichten für drinnen und draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:28

Genosse Rolf Pohle ist tot

Am 7. Februar ist Rolf Pohle nach langer Krankheit in Athen gestorben. Der Gründer der Rechtshilfe der APO wurde Anfang der 1970er Jahre in den bürgerlichen Medien zum "Top-Terroristen" stilisiert. Unter dem Vorwurf festgenommen, für die RAF Waffen gekauft und Wohnungen angemietet zu haben, wurde er 1974, nach fast zwei Jahren in Isolationshaft, wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Rolf Pohle war einer der GenossInnen, deren Freilassung 1975 von der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Politiker Lorenz durchgesetzt wurde. Ein Jahr später wurde Rolf Pohle in Athen wieder festgenommen und nach einem spektakulären Prozess nach Deutschland ausgeliefert. Hier kam er wieder in den Knast. Nach seiner Entlassung 1982 ging Rolf Pohle nach Athen. Dort arbeitete er bis zum Ausbruch seiner Krankheit als Deutschlehrer und Übersetzer.

Derbe Schelte für die Bundesanwaltschaft

Die mündliche Urteilsbegründung dürfte den Herren von der Bundesanwaltschaft (BAW) noch lange in Erinnerung belieben. Stieß das aus anderen Verfahren übliche Gebaren von BAW und Bundeskriminalamt (BKA) doch hier einmal auf scharfe Kritik. Unumwunden warf der Vorsitzende Richter die Frage auf, inwieweit sich Gerichte bei "Terroristenverfahren" darauf verlassen könnten, dass die Anklage- und Ermittlungsbehörden auch entlastendes Material vorlegen. Nach Auffassung des Gerichts jedenfalls hatten die Ankläger in den roten Roben Indizien, die den Angeklagten möglicherweise entlastet hätte, unterschlagen. Bereits paraphiertes Material sei aus den Akten genommen worden. Einseitige Ermittlungsmethoden nennt man das. Am Ende nahm der Vorsitzende Richter des Hamburger Staatsschutzsenats in einer detaillierten Würdigung auch noch die Indizienkette der Anklage auseinander. Kein einziges Verdachtsmoment sei wirklich stichhaltig, so die Auffassung des Gerichts. Auch wenn der Angeklagte ideologisch mit der Gruppe sympathisiert habe, reiche das für den Vorwurf einer "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nicht aus. Nicht von seiner Unschuld überzeugt, sprach das Gericht nach dem rechtstaatlichen Prinzip "Im Zweifel für den Angeklagte" Abdelghani Mzoudi frei.

Wegsperren für immer

Sexualstraftäter müsse man "wegsperren - für immer", forderte Gerhard Schröder 1998. Zum Monatswechsel Januar/Februar hat sich nun das Bundesverfassungsgericht zur Sicherungsverwahrung von Straftätern geäußert. Mit seinen Entscheidungen gab es einen ernüchternden Blick auf den gesellschaftlichen Rückschritt in Sachen humaner Strafvollzug und Resozialisierung frei. Nach seiner Auffassung dürfen schwere Straftäter nach Verbüßung ihrer Strafe länger als zehn Jahre in Sicherungsverwahrung festgehalten werden, wenn sie als weiterhin gefährlich anzusehen sind - und das auch durch nachträgliche Anordnung, wenn die "fortdauernde Gefährlichkeit" eines Straftäters erst während seiner Haftstrafe festgestellt wird. Eine entsprechende bundesrechtliche Grundlage ist in Vorbereitung.

Sicherungsverwahrung hat nichts mit Strafe als Ausgleich für ein Verbrechen zu tun. Sie geht offenkundig über das Prinzip des "Schuldstrafrechts" hinaus. Erst 1975 war diese im Nationalsozialismus eingeführte Regelung aus dem Jahre 1933 gesetzlich auf zehn Jahre beschränkt worden. 1998 wurde diese Befristung wieder gestrichen. Mit seiner Entscheidung hat das Verfassungsgericht jetzt die lebenslange Sicherungsverwahrung für verfassungskonform erklärt. Zwar soll regelmäßig gerichtlich überprüft werden, ob der Häftling noch eine Gefahr für die Gesellschaft ist, auch soll die Verwahrung ihm eine Chance zur Resozialisierung bieten. Aber einen unaufhebbaren Widerspruch zum Grundsatz der Menschenwürde erkannte das Gericht nicht, ebenso wenig wie einen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot. Proteste gegen diese Entscheidung hat es bislang kaum gegeben.

Neuer RZ-Prozess in Berlin

Während der Berliner RZ-Prozess sich seinem Ende zuneigt, hat die Bundesanwaltschaft Mitte November gegen Lothar E. Anklage erhoben. Der 50-Jährige war Ende Oktober 2003 aus Kanada nach Deutschland

ausgeliefert worden. Dort war er im April 2000 in Yellowknife, wo er seit Mitte der 1990er Jahre lebte, auf Grund der Anschuldigungen des Kornzeugen Tarek Mousli verhaftet worden. Kurz vor Weihnachten wurde der ehemalige Hausmeister des Berliner Mehringhofs dann haftverschont. Auf freiem Fuß musste er am 9. Februar als Zeuge vor dem Kammergericht Berlin im Prozess gegen die fünf mutmaßlichen RZ-GenossInnen erscheinen, gegen die seit Mai 2001 verhandelt wird. Als Beschuldigter berief sich Lothar E. auf sein Zeugnisverweigerungsrecht und verweigerte jegliche Aussage. Allerdings wurde bei diesem Termin bekannt, dass es eine Woche später ein Gespräch zwischen BAW, Gericht und seinen Verteidigern geben würde, bei denen u.a. über eine Einlassung von Lothar E. gesprochen werden sollte. Wann der Prozess gegen ihn beginnt, ist ungewiss.

28. Ende einer Ausstellung

Die Wehrmachtsausstellung wird eingemottet

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:29

Bereits jetzt ist die Dokumentation "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945", besser bekannt als "Wehrmachtsausstellung", mit fast einer Million Besucher die erfolgreichste politische Ausstellung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die ungeahnte Resonanz hat selbst die Initiatoren des Hamburger Institutes für Sozialforschung überrascht. Dennoch befindet sich die Ausstellung nach ihrer umfassenden Überarbeitung und Neueröffnung im November 2001 inzwischen auf ihrer letzten Etappe. Nach ihrer momentanen Präsentation in Hamburg wird sie im Deutschen Museum einlagert.

Trotz der enormen BesucherInnenzahlen (Allein die neue Fassung ist bisher von 350.000 Menschen gesehen worden.) ist die Ausstellung umstritten wie kaum eine andere. Doch wie, lässt sich die Aufgeregtheit um die These von der Wehrmacht als verbrecherischer Organisation erklären, die doch auf derart sicheren Fundamenten erforschter und belegter Fakten ruht? Bereits Ende der 60er Jahre haben renommierte Militärhistoriker wie Manfred Messerschmidt oder Klaus-Jürgen Müller belegt, wie die Wehrmacht über die militärische Aufgaben- und Rollenverteilung hinaus (Fronttruppen als Voraussetzung für die Säuberungsaktionen der nachrückenden Einsatzgruppen) aus eigenem Antrieb an der Vernichtung von Kriegsgefangenen und Zivilisten sowie am Holocaust beteiligt war.

In der Vorstellung der Deutschen ist der Holocaust mit dem Bild industrieller Vernichtung und Namen wie Auschwitz, Treblinka oder Sobibor verbunden. Die Tatsache, dass "nur" etwa 60% der sechs Millionen jüdischer Opfer ihr Leben in den Vernichtungslagern verloren, während mehr als ein Drittel "in sehr traditionellen, nachgerade archaischen Formen ermordet" (1) wurden, ist im öffentlichen Bewusstsein niemals angekommen.

Das große Verdienst der Ausstellung bestand darin, diese Seite der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik aus dem Reich der trockenen Wissenschaft in eine lebendige öffentliche Kontroverse überführt zu haben. Ähnlich wie bei der Goldhagen-Debatte oder der Veröffentlichung von Christopher Brownings Arbeit über die Massenerschießungen von 30.000 jüdischen und polnischen Zivilisten durch Hamburger Polizeibataillone, gelang es den Initiatoren der Wehrmachtausstellung das Bild des Holocaust als millionenfache Tat millionenfacher Täter und als Produkt "ganz normalen Männer" aufscheinen zu lassen.

Hannes Heer, neben Bernd Greiner und Klaus Naumann für die Konzeption der ersten Ausstellung verantwortlich, konzentrierte sich darauf, die unmittelbaren komplexen Tathergänge, Beteiligtengruppen und Tatmotive zu veranschaulichen. Die Präsentationsform, also die Konfrontation der Besucher mit den Tätern "auf Augenhöhe", das Verwenden von Bildmaterial als eine eigenständige historische Quelle, war folgerichtig und entsprach der gewünschten "Intimisierung" der Auseinandersetzung mit dem NS.

Die Taten des Jedermann

Die Zentralperspektive auf die "Generation der Täter" - zusammen mit dem von vielen Linken als "volkspädagogisch" kritisierten Dialogangebot - schloss eine Perspektive aus dem Blickwinkel der Opfer zwangsläufig aus. AntifaschistInnen kritisierten dies - mal vehement, mal moderat - als "selektiven Blick". Während die Ausstellung die Täter als handelnde Subjekte zeigte, wurden die Opfer erneut auf ein die Tat erduldendes Gegenüber reduziert. Für die Überlebenden der NS-Verfolgung hieß es Schweigen, damit Täter reden. Konsequenzen strafrechtlicher Art oder öffentlich eingeforderte Schuldeingeständnisse waren im "Dialog" ohnehin nicht vorgesehen.

Im Herbst 1999 gelang es einem polnischen Historiker, die wissenschaftliche Integrität der Ausstellungsmacher derart zu erschüttern, dass die Ausstellung Ende 2000 abgesetzt wurde. Bogdan Musial behauptete, dass in "mindestens neun" Fotos statt Verbrechen der Wehrmacht solche des sowjetischen NKDW zu sehen seien. Sein ungarischer Kollege Krisztián Ungváry monierte, dass eine Exekution nicht Angehörige der Wehrmacht, sondern Soldaten der verbündeten ungarischen Armee abbilde. Dieter Schmidt-Neuhaus wiederum zweifelte die Bildzuordnung für vier Fotos an, die Opfer eines Massakers in Tarnopol zeigten.

Nach einem Jahr Arbeit stellte die Historikerkommission, die zur Überprüfung der 1.433 Fotografien bestellt wurde, eine falsche Zuordnung in zwei Fällen fest: In Lemberg und Tarnopol zeigten die Bilder der Ausstellung nicht Opfer der Pogrome, sondern Opfer der zuvor begangenen Säuberungsaktionen des NKDW. Zugleich spricht die Kommission hinsichtlich der Rolle der Wehrmacht eine deutliche Sprache: "Es ist unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an die sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur ‚verstrickte', sondern, dass sie an diesem Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war." Trotz des "Freispruchs" erster Klasse, ja sogar ohne den Befund der Kommission überhaupt abzuwarten, beauftragte der Leiter des Hamburger Instituts andere Mitarbeiter mit der vollständigen Überarbeitung und Neufassung der Ausstellung.

Die jetzt nach Hamburg zurückgekehrte Ausstellung weist nicht nur entscheidende Differenzen zum Vorläuferprojekt auf, sondern sie ist in bestimmter Hinsicht sogar als dessen "Antithese" (H. Heer) konzipiert. Ulrike Jureit, verantwortlich für die Neukonzeption, billigt der ursprünglichen Ausstellung das Attribut zu, die "politischere" gewesen zu sein, während sich die zweite Fassung durch größere "Wissenschaftlichkeit" auszeichne. Damit erklärt sie die merkwürdige Konstellation von Kontinuität der Grundaussage bei grundlegender Differenz in der Darstellungsform. Die meisten Feuilletons schlossen sich dieser Lesart an und lobten den sachlichen Ton und die Veränderung. Materialreicher sei die Neue, kühler, auch ästhetischer und umfassender - reich bestückt mit Dokumenten und Organigrammen; was nicht hängt oder ausliegt, kann aus Schubladen oder Mappen herausgeholt oder vermittels Computer abgerufen werden.

Nur wenige KritikerInnen meldeten gegenüber der Neukonzeption Bedenken an. So etwa Christa Zöchling im österreichischen Nachrichtenmagazin Profil: "Möglicherweise hat das neue Team in dem ehrenwerten Vorsatz, die Kriegsgeneration nicht an den Pranger zu stellen, auf eine wichtige Dimension verzichtet: auf eine Auseinandersetzung, warum eine Institution wie die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit so funktioniert hat, das ein Völkermord vonstatten ging." (2) Wie also steht es um den inhaltlichen Befund? Stimmt die "Grundthese unverändert", wie Reemtsma nicht müde wird zu erklären oder gab es inhaltliche Veränderungen in der oder den Aussagen?

"Mag sein", schreibt Heer, "das die neue Ausstellung ... ‚viel mehr Beweise` für Verbrechen und ‚viel mehr Details` zu Verbrechen vorlegt; sicher ist, dass der Preis für die Beweisführung des systematischen Massenmordes an den Juden sehr hoch ist: Das Verbrechen rückt in den Hintergrund." Dass die Wehrmacht am Vernichtungskrieg beteiligt und sich zahlloser Verbrechen schuldig gemacht hat, wird von niemand mehr ernsthaft bestritten. Der Protest und die Polemik gegen die ursprüngliche Wehrmachtsausstellung richtete sich denn auch nicht gegen die allgemeine Tatsachenfeststellung. Sie entzündete sich vielmehr daran, dass die Ausstellung nicht die übliche Darstellung der verbrecherische Rolle der Eliten in der NS-Zeit bediente, sondern die "potenziellen Verbrechen des Jedermann, Verbrechen von jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater" (J.P. Reemtsma) zeigte. Die Fotos aus den Brusttaschen gefallener oder gefangener Landser beschränken sich eben nicht auf das befehlsgebende militärische Führungspersonal, sondern zeigen auch die Truppen im Feld beim Vollzug der befohlenen Verbrechen. Sie zeigen einfache Soldaten, die vielleicht sogar auch am verbrecherischen Krieg litten, sich aber zugleich an der Qualen ihrer Opfer ergötzten.

Neukonzeption und Perspektivwechsel

In der neuen Ausstellung ist dieses Bild weitgehend abgeschwächt. Auch ist der Holocaust dort nicht mehr die leitende Fragestellung, sondern lediglich eins von sechs Kapiteln. Anstatt die Verantwortung von Führung und Truppe herauszuarbeiten, geht die Neufassung zurück in die Fußstapfen des Entlastungsdiskurs, der sich in Wort und Bilddarstellungen auf die Kriegsplaner des Oberkommandos der Wehrmacht und des Heeres beschränkt. Im Zentrum steht nunmehr die sperrig-abstrakte Schilderung der Singularität des nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungskrieges vor dem Hintergrund des damals geltenden Kriegs- und Völkerrechtes. Dazu passt, dass Jureit auf die Frage nach der Anzahl von Wehrmachtsangehörigen, die an Kriegsverbrechen teilnahmen, nicht mehr wirklich etwas sagen kann: "Dazu kann man keine Aussage machen. Jede Zahl außer Null wäre in diesem Zusammenhang völlig spekulativ."

Die Wehrmachtsausstellung in ihrer zweiten Fassung verkürzt die Erklärung, wie es zu den gezeigten Verbrechen kommen konnte, einzig und allein auf einen Aspekt: den der völkerrechswidrigen und verbrecherischen Befehlsstruktur. Die Vernichtungspolitik in den besetzten Gebieten ist aber nicht nur über

den "verbrecherischen Befehle" geschaffenen rechtsfreien Raum zu erklären. "Nicht alle, aber eben viele deutsche Soldaten "haben Juden und Kommissare keineswegs nur deshalb ermordet, weil ihnen das befohlen worden war, sondern weil sie diese Juden und ‚jüdischen Bolschewisten' hassten." (3)

Der Großteil der Kritik von links jedoch interessiert sich offenbar nur randständig für den eigentlichen Gegenstand der Ausstellung. Die Schwerpunktverlagerung der Ausstellung auf das Kriegsvölkerrecht und wie dies den Interessen der herrschenden Eliten entspricht, findet zwar Beachtung. Doch die Verbrechen der Wehrmacht dienen oft nur noch als Hintergrund für die jeweilige Ableitungsübung. Eine solche Kritik suggeriert, das dieser Gegenstand bereits erschöpfend erforscht sei und sich eigentlich jenseits aller Kontroversen befindet. Wertvolle Anregungen, die aus der Perspektive der Täterforschung nach dem Verhältnis der einzelnen Stränge der Judenvernichtung (anstelle einer einfachen Aufzählung der "sechs Dimensionen" des Vernichtungskrieges) fragen, werden damit genauso vorschnell ins Reich der Fachidiotie verbannt wie die Fragen nach den konkreten Befehlsstrukturen und Hierarchien, die sich noch um die Klärung des "Wie" "Warum" bemühen. Auch vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass die Ausstellung in der Mottenkiste verschwindet und nicht weiterhin Auseinandersetzungen provoziert.

Wolfram Siede

Der Autor ist Mitglied im Landesvorstand Hamburg der VVN-BdA und an der Zusammenstellung des antifaschistischen Begleitprogramms zur Wehrmachtsausstellung beteiligt. Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" ist vom 29. Januar bis 28. März in Hamburg auf Kampnagel zu sehen: Di. bis Do. 10.00-18.00 Uhr; Fr. bis So. 10.00-19.30 Uhr; Eintritt: Euro 5,-, ermäßigt 2,50. Führungen werden vom Museumsdienst (Anmeldung unter 428131-0) angeboten.

Anmerkungen:

1) Hannes Heer: "Das Haupt der Medusa", in H. Heer/W. Manoschek/A. Pollak/R. Wodak (Hg): Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und zweiten Weltkrieg, Wien, 2003.

2) Christa Zölching: "Verstörung auf den zweiten Blick", zitiert nach H. Uhl: Lesarten des Vernichttungskrieges, in H. Heer u.a.: a.a.O., S. 281

3) Wolfgang Wippermann zitiert in: Hannes Heer: "Das Haupt der Medusa", in H. Heer u.a.: a.a.O., S. 260

29. Europäische Aktionstage gegen Sozialabbau am 2. und 3. April

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:30

Nach der Demonstration vom 1. November in Berlin und der großen Beteiligung am Europäischen Sozialforum Mitte November in Paris steht mit den europäischen Aktionstagen am 2./3. April in Europa ein qualitativer Sprung im Widerstand gegen das neoliberale Politikmodell bevor. Wie auf dem ESF beschlossen werden in vielen europäischen Ländern Demonstrationen stattfinden; in Deutschland am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart. Interessant wird sein, ob und in welcher Form es am Tag zuvor zu betrieblichen Aktionen kommen wird. Um die Mobilisierung zu forcieren wurde auf einer Aktionskonferenz mit mehreren hundert TeilnehmerInnen am 18./19. Januar in Frankfurt/Main ein Appell gegen Sozial- und Lohnabbau verabschiedet mit dem hunderttausende Unterschriften gesammelt werden sollen. Wir dokumentieren den Appell und fordern zur aktiven Teilnahme auf.

Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau

Die Große Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen. Wir lehnen sie ab.

Weitere Verschlechterungen sind bereits angekündigt.

Wir wollen und werden nicht hinnehmen,

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Arbeitslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden und

- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlängerung und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird

Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Arbeitslosen, der Rentner oder das "Besitzstandsdenken" der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin, dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der "Steuerreformen" immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U.a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

Wir fordern

- einen gesetzlichen Mindestlohn, der zum Leben reicht,

- ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,

- die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge

- eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung.

- die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,

- den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen; keine Eliteuniversitäten)

- keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen

- massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

- qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen.

Dazu gibt es für uns keine Alternative.

Ich/wir fordern die Bundesregierung auf, den Sozialabbau der Agenda 2010 zurückzunehmen. Die Unternehmen und großen Vermögen müssen zur Finanzierung unserer Forderungen nach Verbesserung der sozialen Sicherung herangezogen werden.

Dieser Appell wurde auf der Aktionskonferenz "Alle gemeinsam gegen den Sozialkahlschlag" am 17./18. Jan. 2004 in Frankfurt verabschiedet.

Erstunterzeichner:

Prof. Rainer Roth, Frankfurt, Dr. Thomas Böhm, Bezirksvorsitzender ver.di Stuttgart, Hartmut Drewes, Pfarrer i. R., Henning Böke, ver.di Frankfurt, Dr. Gerd-Erich Neumann, Erwerbslosenbeirat Mecklenburg Vorpommern, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Frankfurt, Bernd Riexinger, Geschäftsführer ver.di Bezirk Stuttgart, Norbert Koczicki, Bezirksvorsitzender ver.di Herne, Gerald Wolf, Kabarettist, Gregor Mohlberg, PDS-Jugendsprecher Baden-Württemberg, Dirk Hoeber, KV PDS Stuttgart, Lothar Bisky, PDS-Bundesvorsitzender, Peter Rauscher, Stadtrat Nürtingen, Hanna Ackermann, ver.di Duisburg, Gabi Schönfeld, IGM Ortsfrauenausschuss Reutlingen/Tübingen, Detlef Hensche, Werner Linnemann, Geschäftsführer ver.di Bezirk Herford-Minden, Peter Oberhaus, PDS Wuppertal, H. G. Lang, Gewerkschaftslinke, Mag Wompel, Labournet, Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet/AMOS-Verein

Verantwortlich: Bernd Riexinger, c/o ver.di Bezirk Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Bernd.Riexinger@verdi.de, Tel. 0711/1664-200, Fax -209

30. Zoff um Stoff

Das Kopftuch als Projektionsfläche

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:31

Vordergründig entzündet sich die bundesdeutsche Kopftuchdiskussion an der Frage, ob Lehrerinnen an öffentlichen Schulen ein solches tragen dürfen oder nicht. Faktisch geht es aber - ähnlich wie in Frankreich - um das Kopftuch in öffentlichen Einrichtungen generell.

Die Diskussion dieser Tage über das Kopftuchverbot an Schulen ist so kompliziert und verfänglich, dass man geneigt ist, im Geiste eine Übersicht anzulegen, um zunächst einmal die verschiedenen Richtungen zu sortieren, aus der der Wind jeweils weht. Die Mühe, den eigenen Standpunkt gegen kulturalistische und rassistische, autoritäre und antifeministische Versatzstücke abzugrenzen, hat sicherlich schon manchen durchaus dankenswerten Beitrag zur Diskussion verhindert.

Es ist nicht einfach: Da fordern Feministinnen ein Verbot, weil das Kopftuch als frauenfeindliches Symbol par excellence gilt und der Staat die Mädchen an Schulen vor dem islamistischen Druck ihrer Elternhäuser in Schutz nehmen müsse. In dem Moment, wo es um die Beurteilung des Islam geht, springen plötzlich ungeahnt viele PolitikerInnen für die Emanzipation von Frauen im Zusammenhang mit der Verteidigung demokratischer Werte in die Bresche. Das Kopftuch erscheint als Zeichen extremistischen Widerstands gegen den Fortschritt der "deutschen Leitkultur". Konservative beharren explizit auf der Dominanz des Christlichen und fürchten von der Zunahme islamischen Einflusses die gefahrvolle kulturelle "Überfremdung" der Deutschen. Andere respektieren das Kopftuch als Ausdruck islamischer Religion und verwahren sich gegen die generelle laizistische Verdrängung religiöser Symbole. Religiöse Führer, die die Unterordnung von Frauen unter ihre Männer predigen, schwingen sich plötzlich für das demokratische Recht von Frauen auf, in allen öffentlichen Bereichen ein Kopftuch zu tragen. Sollen die Muslime sein, wie sie nun einmal sind, sagen die Beliebigkeitsapostel des Kulturrelativismus. Wo ist das Problem?

Bemerkenswert ist in jedem Fall, mit wie viel Symbol- und Bedeutungsgehalt dieses Kleidungsstück allseits aufgeladen wird. Der Verdacht einer heuchlerischen Dramatik kommt vor allem deswegen auf, weil die individuellen Wünsche und Haltungen der Frauen und Mädchen selbst, die das Kopftuch tragen, im Grunde gar keine Rolle spielen. Die politischen Symboldeutungen fegen ignorant und platt über ihre Köpfe und über eine sehr differenzierte Wirklichkeit hinweg.

An der ideologisch völlig überfrachteten Kopftuchfrage soll nun, so scheint es, die gesellschaftliche Auseinandersetzung um islamistischen Extremismus und die Unterdrückung von Frauen in Deutschland abgearbeitet werden. Das Kopftuch wird zum Fetisch, zum Demonstrations- und Transportmittel ganzer Gesellschaftsmodelle.

Streit um ein Stück Kleidung

Dabei sind die Gründe, ein Kopftuch zu tragen, nun wirklich sehr vielfältig. Ob das Tragen des Kopftuchs unter dem Zwang patriarchaler Unterdrückungsverhältnisse gegen den Willen von Frauen und Mädchen durchgesetzt wird oder ein freiwilliger Ausdruck der eigenen religiösen Einstellung und Sozialisation, einer politischen Haltung oder von Modebewusstsein ist, macht einen entscheidenden Unterschied. Wer Frauen kennt, die ein Kopftuch tragen - oder selbst eins trägt - weiß, dass es idiotisch wäre, allen gleichermaßen und ohne Kenntnis der Person entweder radikal-islamistische Ansichten oder ein unemanzipiertes Opferdasein zu unterstellen. Dies sind jedoch Projektionen, die in der Kopftuchdebatte immer mitschwingen und die mitverantwortlich dafür sind, dass eine Frau, weil sie ein Kopftuch trägt, in Deutschland nur sehr schwer eine qualifizierte Arbeit bekommt, schon gar nicht als Lehrerin.

Müssten wir bei dem heiligen Eifer, mit dem über das Kopftuch debattiert wird, nicht auch über Einstellungsverbote für Lehrerinnen sprechen, die gerne überaus hohe Hacken tragen und damit den Mädchen ein schlechtes Beispiel für die Akzeptanz sexistischer Mode geben? Oder gehören nicht sowieso schon längst viele Lehrer und Lehrerinnen aus dem Schuldienst entfernt, deren rassistische oder sexistische Einstellungen untragbar sind? Da wären noch viele Fässer aufzureißen!

Natürlich wird von allen Seiten mit dem Kopftuch Politik gemacht. Das darf aber nicht dazu verführen, verallgemeinernde und stereotype Bewertungen vorzunehmen, die die Frauen, von denen eigentlich die Rede ist, als Subjekte mit ihren Entscheidungen, Möglichkeiten und Unterdrückungserfahrungen ausblenden und wiederum diskriminieren. Ein Kopftuchverbot an Schulen trifft Frauen, denen die Karriere verbaut wird, und Mädchen, denen möglicherweise eine furchtbare Zerreißprobe zugemutet wird. Eine Schutzmaßnahme wird sicher nicht dabei herauskommen.

Die patriarchalischen Einstellungen von Eltern erledigen sich nicht durch Verbote. Zu befürchten ist das Gegenteil. Fundamentalistische Orientierungen würden durch die staatliche Brüskierung religiöser Gefühle neue Nahrung erhalten. Für die Sache des politischen Islamismus wäre das Kopftuchverbot letztlich ein gefundenes Fressen. Die propagandistische Stilisierung der Muslime als Opfer staatlicher Diskriminierung würde islamistischen Gruppierungen begehrten Zulauf verschaffen. Überhaupt führen die Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung in Deutschland dazu, dass viele MigrantInnen, v.a. mit islamischem Hintergrund, sich separatistisch organisieren und zunehmend in Opposition zu den Werten einer wenig einladenden Mehrheitsgesellschaft treten. Gerade auch in diesem Zusammenhang hat das Kopftuch in Deutschland sehr an Bedeutung gewonnen, als Symbol der Selbstbehauptung und des Widerstands gegen westliche Dominanz.

Kopftuchverbot unwirksam gegen Kopftuchzwang

Freiheitliche und demokratische Verhältnisse, eine sozial gerechte und interkulturelle Gesellschaft sind immer noch die besten Voraussetzungen dafür, extremistischen - und frauenfeindlichen - Bewegungen das Wasser abzugraben. Und es ist eine langwierige gesellschaftliche Aufgabe, die vielfältigen patriarchalen Zwangsverhältnisse abzubauen, in denen viele und bei weitem nicht nur muslimische Frauen und Mädchen leben. Wo staatliche Maßnahmen nötig werden, sollten sie die Rechte und Möglichkeiten von Frauen unterstützen und nicht etwa zu weiterer Stigmatisierung und Demütigung führen. Mit dem Kopftuchverbot ist dem Kopftuchzwang nicht beizukommen. Aber darum geht's ja sowieso nicht.

Christiane Tursi

31. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:32

Hitzefrei im Oktober

Die "Hamburger Arbeit" (HAB) ist die größte Beschäftigungsgesellschaft in der Hansestadt. Als staatliche Einrichtung sorgt sie für die Umsetzung der diversen Arbeitszwangprogramme gegen Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen. So ist die HAB federführend am so genannten "Ein Euro Programm" beteiligt: SozialhilfeempfängerInnen werden dazu gezwungen, für drei bzw. sechs Monate für einen Euro Laub zu harken oder den Elbstrand zu säubern - ohne Arbeitsvertrag, ohne Arbeitsverhältnis, ohne Arbeitsrechte. Am 13. Oktober hat es nun auf dem Betriebsgeländer der HAB geknallt. Unbekannte haben Fahrzeuge und Bürogebäude in Brand gesetzt: "Um allen, die gezwungen sind, in den beschissenen Programmen der HAB zu arbeiten, eine kleine Freude zu machen und um dem Einen und der Anderen vielleicht einen freien Tag zu verschaffen", heißt es in einer Erklärung

Zeck

Tot durch Schmidt

In Hameln ist Mitte Januar der Erste an den Folgen der Gesundheitsreform gestorben. Seit dem 1. Januar 2004 musste ein obdachloser Dialysepatient die Taxifahrten ins Krankenhaus selbst bezahlen. Aus Geldmangel verzichtete er auf eine von fünf Dialysen mit der Konsequenz, dass er anschließend zusammenbrach und aus dem Koma nicht mehr erwachte. Der Taxifahrer hatte darauf hin Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung gegen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erstattet. Das Ermittlungsverfahren ist von der Staatsanwaltschaft nie aufgenommen worden.

In Berlin-Weißensee hingegen hat ein Patient unmittelbar und handgreiflich gegen die ebenfalls seit dem 1. Januar fällige Praxisgebühr protestiert. Der 39-Jährige hatte laut Polizeiangaben aus Wut die 40-jährige Zahnärztin und eine 20-jährige Auszubildende angegriffen und verletzt.

taz

Kein Abenteuer

Nach langen und teilweise sehr heftigen Streiks haben die drei großen italienischen Gewerkschaftsdachverbände CGIL, CISL und UISL am 20. Dezember letzten Jahres einen neuen Tarifvertrag für den Nahverkehr in Italien abgeschlossen bzw. den alten verlängert. Doch zu einer Befriedung der Streikbewegung ist es damit offensichtlich nicht gekommen. 1.130 Euro im Monat sind vielen Beschäftigten zu wenig. Sie fordern mindestens 1.700 Euro. Am 9. Und am 12. Januar flammten die Streiks in allen italienischen Großstädten, insbesondere in Mailand wieder auf.

Inzwischen sind 10% der Gewerkschaftsmitglieder in diesem Sektor in Basisgewerkschaften organisiert, etwa den Cobas oder der CUB. Zum Hintergrund der Unzufriedenheit äußerte sich Rosario Saltini, Basisgewerkschafter aus Mailand, am 13. Januar 2004: "Es geht den Menschen gar nicht um ‚Politik`, sondern um ihr Leben: Sie arbeiten und arbeiten und das Geld reicht vorne und hinten nicht. Das ist kein Abenteuer, keine Taktik, sondern ein Aufschrei gegen den Kapitalismus - damit müssen alle rechnen."

www.labournet.de

Moderne Sklaven

Berlin kennt nicht nur die "Grüne Woche" sondern auch die "Fruit Logistica", die internationale Fachmesse für Obst und Gemüse. Vertreten waren dieses Jahr auch Anbieter aus der Provinz Almeria, laut Neue Züricher Zeitung verantwortlich für "moderne Sklaverei in spanischen Treibhäusern". Betroffen sind vor allem marokkanische LandarbeiterInnen, die unter menschenunwürdigsten Bedingungen, zu Hungerlöhnen und unter Dauerberieselung von Pestiziden die Tomaten produzieren, die hier frisch und rot auf den Tisch kommen. Bei einer Pressekonferenz des Europäischen Bürgerforums am 5. Februar wies die Internationale

Liga für Menschenrechte auf diesen Dauerskandal hin. Liga-Präsident Rolf Gössner forderte eine Untersuchung durch die EU: "Die skandalösen Arbeits- und Lebensbedingungen der marokkanischen Landarbeiter in der andalusischen Gemüseproduktion sind eine europäische Schande - eine offizielle Delegation muss sich endlich vor Ort informieren und die Vorfälle untersuchen."

Internationale Liga für Menschenrechte

32. Abschied von der 35-Stunden-Woche

Der Tarifabschluss hilft der Metallindustrie Kosten sparen

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:33

Nach dem "Pilotabschluss" in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie stehen Arbeitszeitverlängerungen auf der betrieblichen Tagesordnung. Auch wenn darüber die Tarifparteien zu entscheiden haben, wird die IG Metall vermehrt zum Abnicken betrieblicher Zwänge genötigt sein. Dafür sorgt im Notfall schon die Allianz von Unternehmensleitung und Betriebsrat.

Wäre es nach dem Willen der IG-Metall-Führungspitze gegangen, dann hätte die diesjährige Tarifrunde in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie schon nach wenigen Verhandlungsrunden und einigen begleitenden symbolischen Aktionen beendet sein können. Ein Abschluss in der Nähe des Produktivitätsanstiegs, und fast alle wären zufrieden gewesen: die Mehrzahl der Beschäftigten über den, wenn auch geringen, Lohnzuwachs; die Regierung und die "Sachverständigen" über das Verantwortungsbewusstsein der Tarifparteien; die Exportindustrie über den Erhalt der Wettbewerbsvorteile und die Sicherung weiterer Exportüberschüsse. Allein, das Unternehmerlager wollte mehr: die weitere Schwächung der IG Metall als verhandelnde Tarifpartei und Kostensenkungen durch längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich.

Dass sich in den vergangenen Wochen rund 500.000 KollegInnen an Warnstreiks beteiligten, liegt vor allem an den "Unruhestiftern" aus den Unternehmerverbänden. Mehrarbeit ohne Lohnausgleich heißt die Zauberformel, die den Standort Deutschland voranbringen soll. Diese Forderung prägt im übrigen auch die laufenden Tarifverhandlungen für die RedakteurInnen der Tageszeitungen. Im Medienbereich geht es zusätzlich noch um massive Kürzungen beim Urlaubsgeld. Wegen der für viele überraschend großen Beteiligung an vielfältigen Aktionen und Streiks scheint vorerst die direkte Verlängerung der Wochenarbeitszeit vom Tisch. Gut möglich ist allerdings, dass am Ende der Tarifrunde eine indirekte Arbeitszeitverlängerung durch Streichung von Urlaubstagen heraus kommt. Einer Arbeitszeitverlängerung bei den RedakteurInnen der Tageszeitungen käme besondere Bedeutung zu, da sie als Einfallstor zur Durchsetzung von Mehrarbeit auch im gewerblichen Bereich der Druckindustrie dienen könnte.

Dass Unternehmen mit niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad und hoher Arbeitszeitflexibilität längere Arbeitszeiten durchsetzen wollen, verwundert nicht unbedingt. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Tarifrunde in der gesamten Metall- und Elektroindustrie dafür genutzt wird. Die Unternehmer halten offensichtlich die IG Metall für so weit geschwächt, dass sie sich ein Rollback in der Arbeitszeitfrage zutrauen. Nach der Niederlage der IG Metall im letztjährigen Streik in Ostdeutschland, nach dem medialen Gewerkschafts-Bashing und den Angriffen auf die Tarifautonomie von fast allen Parteien scheint jetzt die Zeit gekommen, über Arbeitsverlängerungen massive Lohnkürzungen durchzusetzen.

Lohnkosten sinken, Gewinne steigen

Dabei geht es natürlich nicht um die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Betrieben. Die Rogowskis, Hundts und wie sie alle heißen wollen eine "Ausweitung des Zeitkorridors", eine flexible Anpassung der Beschäftigten an die jeweiligen Produktionsnotwendigkeiten (Stichwort "atmende Fabrik"), weitere Produktivitätssteigerungen und damit natürlich auch die reale Absenkung der Lohnkosten zu Gunsten der Gewinne. Dieses Ansinnen ist für eine Tarifrunde nicht wirklich neu.

Immer deutlicher wird, dass das bisher praktizierte Tarifmodell von Seiten der Unternehmen schrittweise aufgekündigt wird. Gewerkschaften als Interessenvertreter abhängig Beschäftigter, aber auch als "ideelle Gesamtkapitalisten" sind, so die Sichtweise vieler, für den Standort Deutschland immer weniger nötig.

Beim nun vorliegenden Abschluss im Pilotbezirk Baden-Württemberg werden die Arbeitgeberverbände sowohl die lange Laufzeit (26 Monate), als auch die Möglichkeit der Ausdehnung der Mehrarbeitszeit auf 50% der Belegschaft ohne Überstundenzuschläge auf der Habenseite verbuchen. Den Anstieg der Löhne und Gehälter werden beide Seiten als einen tragfähigen Kompromiss ansehen. Bei genauerer Betrachtung bedeuten 2,2% Lohnanstieg in diesem und 2,7% im nächsten Jahr bei zwei Nullmonaten noch nicht einmal den Ausgleich der Produktivitätssteigerung. Der kostenneutrale Verteilungsspielraum (Produktivitätsanstieg + Inflationsrate) wird

ein weiteres Mal nicht ausgeschöpft, so dass die Unternehmen diesen "Kompromiss" locker verschmerzen können.

Mit der Möglichkeit, die Arbeitszeit von 50% der Belegschaft ohne Überstundenzuschläge zu erhöhen, dürften die Unternehmen mehr als zufrieden sein. Für sie sind damit glänzende Voraussetzungen geschaffen, ohne Mehrkosten auf den erwarteten konjunkturellen Aufschwung mit einem gesteigerten Produktionsausstoß zu reagieren. Neue Arbeitsplätze - ein Geisterargument in der diesjährigen Tarifrunde - werden dadurch mit Sicherheit nicht geschaffen. Die IG Metall ihrerseits verbucht die Sicherung bestehender Arbeitsplätze als Erfolg und weist sich damit ein weiteres Mal als Interessenvertretung bestehender Belegschaften aus. In vielen dieser Belegschaften wird trotz allem ein Aufatmen zu hören sein - denn ohne die große Beteiligung an den Warnstreiks hätte alles noch schlimmer kommen können.

Besonders bedenklich ist, dass der jetzige Tarifabschluss durchaus vorhersehbar war, eine gewerkschaftliche Strategie gegen diese Entwicklung aber nicht zu erkennen ist. Die Strategie lautet vielmehr: den Abbau erkämpfter Leistungen mitgestalten. Das wird für die Zukunft nicht reichen.

Georg Wißmeier

12.2.04

33. Die Querfront marschiert

KDS: Politik zwischen links und rechts?

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:34

Begriffe wie "Querfront", "rot/braune Bündnisse" und "nationale Sozialisten" tauchen im Zusammenhang mit der sich immer breiter ausdifferenzierenden neonazistischen Szene immer häufiger auf. Einerseits werden sie von den AktivistInnen der extremen Rechten höchstselbst benutzt, weil sie damit die eigene Identität als "deutscher Sozialist", der die "Einheit aller Volksgenossen" (1) erreichen will, herausstreichen und sich von den jeweiligen ideologischen Kontrahenten im eigenen Lager abgrenzen können. Andererseits verwenden auch AntifaschistInnen diese Begriffe recht häufig und nicht zu selten sehr wahllos. Meisten zwar aus einem guten Grund, weil sie auf die drohende Gefahr eines Schulterschlusses zwischen links und rechts hinweisen wollen, doch die dabei stattfindenden Verwirrungen und Verallgemeinerungen helfen oft nur sporadisch weiter. Eine eingehende Analyse des Querfrontspektrums ist notwendig, sowie eine daraus zu entwickelnde antifaschistische Praxis.

Bei dem Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) handelt es sich um eine der außergewöhnlichsten Gruppen in einem Spektrum von neonazistischen Organisationen und Einzelpersonen, die nur "links blinken", um dann "rechts abbiegen" zu können. Der KDS sorgte mit seinen Aktionen und gezielten Provokationen innerhalb der radikalen Linken wie der extremen Rechten schon für viel Gesprächsstoff.

Als die neonazistische Homepage www.festungsstadt.com im Herbst 2003 zur Teilnahme an der bundesweiten Solidaritätsdemo für die wegen Paragraf 129a beschuldigten drei Magdeburger aufrief, war die Verwunderung innerhalb der bundesdeutschen radikalen Linken groß. Die Neonazis forderten offen Solidarität mit denen im "Systemkerker", denn, so schrieben sie weiter, "ihr Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Staatsterror ist auch unser Kampf" Und zum Schluss ihres Textes positionierten sie sich gegen die Paragrafen 129, 129a sowie 129b und, natürlich nicht zu vergessen, auch gegen "Kapitalismus und Polizeistaat!" (2)

Gefahr eines Schulterschlusses

Nicht nur solche verbale Annäherungen von Seiten organisierter Neonazis sind in den letzten Jahren zu beobachten. Ein Dutzend, sich selbst als Linksnationalisten bezeichnender rechtsextremer Aktivisten besetzte im Juni letzten Jahres aus angeblicher Solidarität mit dem linksalternativen Hausprojekt "Walli" ein Haus in Lübeck. Mit dieser Aktion wollten die Neonazis angeblich den "Bestand sozialer und nationaler Projekte" verteidigen und forderten gleichzeitig ein national-völkisches Jugendzentrum. Außer den beiden Transparenten, wobei eines der Transparente auf die Internetseite "Alternativen-schaffen.de.vu" verwies, sowie den vermummten Personen war während der Besetzungsphase von Außen nicht genau zu erkennen, dass die HausbesetzerInnen aus dem rechtsextremen Spektrum kamen. Auf der angegebenen Homepage des sich selbst als "Projekt undogmatischer Linksnationalisten" bezeichnenden Neonaziklüngel wurde hauptsächlich die Hausbesetzung sowie die politische Motivation geschildert. Daneben fand sich eine illustere Liste von verlinkten Gruppen und Zeitungen wie z.B. die Junge Welt, die Phase2, das Internetprojekt Indymedia, die AnarchosyndikalistInnen der FAU neben dem neonazistischen Aktionsbüro Norddeutschland und eben dem Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS). Einige Monate später, auf einer Demonstration des freien Kameradschaftsspektrums im Dezember 2003 in Berlin, trugen einige TeilnehmerInnen rote Fahnen, nicht wenige Palästinensertücher oder Che Guevara T-Shirts und Transparente mit den Slogan "support your local black block".

Bei beiden Aktionen waren Mitglieder und SympathisantInnen des 1999 gegründeten Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) führend beteiligt. Getreu ihrem vierten Programmpunkt der Gründungserklärung: "Der KDS lehnt die von interessierten Kreisen häufig vorgenommene Etikettierung ‚rechts' oder ‚links' kategorisch ab, alles ist diskussionsfähig, die politische Herkunft der Aktivisten spielt keine Rolle." (3)

Schon Ende der 1990er Jahre wurde auf der nationalrevolutionären Website www.die-kommenden.net eine gemeinsame Front gegen das System propagiert. Es wurde aufgerufen "alle Kräfte, ob salonpatriotisch oder linksradikal (antideutsche), die sich diesem Ziel prinzipiell entgegenstellen", also "Feinde der globalen Intifada" sind und damit verhindern, dass "das Zusammenwirken des rechten und des linken Flügels der

antagonistischen Bewegung gegen den Imperialismus" zu Stande kommt, mit allen Mitteln, also auch militant, zu bekämpfen.

Prompt gründete der Freund der Völker der Welt, Peter Töpfer, 1998 ein Bündnis nationaler Linker im Nationalen Widerstand, dem sich auch der heutige Gauleiter Berlin/Brandenburg des KDS, Michael Koth, anschloss. Koth war Mitglied des Westberliner DKP-Ablegers SEW, später wechselte er zur KPD, wurde Funktionär der KPD-Ost und fand nach dem Mauerfall Kontakt zu Stasi-Verbänden und DDR-Größen bis zu Erich Honecker. Er flog 1996 aus der KPD, wegen Verbreitung der Zeitung Sleipnir, die eben jener Peter Töpfer zusammen mit einem anderen Volksfreund, Andreas Röhler, herausgegeben hat.

Außerdem betätigte sich Koth als Vorsitzender der Nordkorea-huldigenden Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD) und der Gesellschaft zum Studium und zur Verbreitung der Dschutsche Ideologie - Deutsch-Koreanische Freundschaft. Die "Dschutsche Ideologie" des früheren nordkoreanischen Diktators Kim Il Sung propagiert einen nationalen Sozialismus, der an nicht wenigen Stellen stark an die Programmatik der NSDAP erinnert. Im Sommer 1999 gab Koth bekannt, dass er bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschland Mitglied geworden war.

Ende der 1990er Jahre lernte Michael Koth auch den einzigen ',Rufer in der Wüste', zumindest im rechten Lager"(4), Thomas Brehl kennen. Brehl, ehemaliger engster Weggefährte von Michael Kühnen, war für das Bündnis rechter wie auch linker Sozialisten auf Basis der nationalen Identität leicht zu begeistern. Er schrieb schon 1998 in dem Text "Der Sozialismus der Zukunft" folgendes zu Papier: "Von der Idee des nationalen Sozialismus, über ein Europa der Vaterländer zum friedlichem Miteinander der sozialistischen Nationen der Welt, führt der Weg in eine gesicherte Zukunft aller gutwilligen Menschen unserer Epoche. Dem Internationalismus kapitalistischer Prägung oder kommunistischer Prägung muss unser Kampf als deutsche Sozialisten gelten und es lohnt sich dabei einen Blick auf jene Staaten zu werfen, die heute von den internationalen Kapitalsverbrechern als angeblich letzte Bastionen des Kommunismus verleumdet und bekämpft werden: Staaten wie Libyen, Kuba oder - für uns von besonderem Interesse - Nordkorea, haben ja bereist dem Internationalismus abgeschworen und für sich und ihre Völker einen auf die eigenen Erfordernisse zugeschnittenen nationalen Sozialismus entwickelt." (5)

Fasziniert von diesem "Revolutionär, Visionär und Kämpfer" initiierte Koth mit ihm am 14. Februar 1999 im hessischen Langen den Kampfbund Deutscher Sozialisten, kurz KDS. In Langen wurde die programmatische Grundlage zur Gründung des KDS beschlossen. Unterzeichnet wurde die "Langener Erklärung" von Michael Koth aus Berlin, Thomas Brehl aus Fulda, dem Chef der 1992 verbotenen Partei Deutsche Alternative (DA), Frank Hübner aus Cottbus sowie dem Duisburger Neonazi-Aktivisten Michael Thiel.

Laut der Erklärung ist die politische Herkunft der Aktivisten egal. Ob linker oder rechter Sozialist, alle dürfen in der nationalen Erweckungsgemeinschaft Mitglied werden, solange man sich dem Programm des KDS unterordnet. Auch gibt es keinen Unvereinbarkeitsbeschluss. Trotzdem ist bisher der große Zustrom ausgeblieben. Ortsgruppen des KDS gibt es zwar im ganzen Land verstreut, doch meistens sind dies nur kleinere Zellen, die kaum allein aktionsfähig sind.

Was ist "rechts", was "links"?

Seit der Gründung versucht der Kampfbund seinem anvisierten Ziel, ein "auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittener deutscher Sozialismus", der die "One-World-Gesellschaft", ergo die "weltweite Verschwörung von Politik und Kapital", ablösen soll, näher zu kommen. (6) Ihr bisheriger Erfolg beschränkt sich auf einige, aber sehr nachhaltige, medienwirksame Auftritte, doch recht wichtige Auslandskontakte und dem stetigen, wenn auch geringen, Zustrom von jungen Neonazis in die Organisation.

Sie knüpften Kontakte zu nationalen Bewegungen in allen Ländern, aber auch Staaten, die sie als antiimperialistisch halluzinieren, auch zum vergötterten Nordkorea oder Irak. Den Hauptfeind verortet der KDS nach eigenem Bekunden rechts, nämlich bei den von ihnen enttarnten "Reformisten der Reaktion". Das hält ihn aber nicht davon ab, Demonstrationen gegen das antirassistische Grenzcamp in Köln im Sommer 2003 anzumelden und Lobeshymnen auf den Nationalsozialismus wie auch die DDR zu verfassen.

Im Gegenteil passt dies zu ihrem Verständnis des "deutschen Sozialismus". Michael Koth äußerte entsprechend in einem Interview, "dass es in beiden deutschen Sozialismusversuchen (der DDR genau wie im

Dritten Reich) hoffnungsvolle Ansätze gegeben hat" und schlussfolgert wenig später, dass sich daraus "auch die Zusammenarbeit mit den Freunden aus dem Irak, aus Kuba, den Palästinensern, der PLO und der PFLP, aber auch mit den Menschen aus Nordkorea (ergibt), denn entscheidend ist: International nur der nationale Sozialismus!" (7)

Diese abschließende Parole umschreibt recht passend den "rot-braunen" inhaltlichen Faden der Organisation. So fungierte nach dem Untergang der DDR Michael Koth als Verbindungsmann zur nordkoreanischen Vertretung. Zu einem ersten offiziellen Empfang durch den Botschafter Nordkoreas kam es im Oktober 1999, mit dabei eine Delegation des NPD-Parteivorstandes und des NPD-Landesverbandes Sachsen. Die Kameraden tauschten Solidaritätsnoten aus und versicherten sich der Zusammenarbeit im "antiimperialistischen Kampf".

Das Aufsehen erregende Engagement für Nordkorea, den Irak allgemein und gegen den Angriff der anglo-amerikanischen Streitkräfte im speziellen resultiert aus ihrer bunten ideologischen Mischung aus sozialistischen Fragmenten, die zusammengehalten werden von der national-völkischen Klammer. Und damit ist auch klar wer der Hauptfeind für Koth & KDS wirklich ist. Nicht die vermeintlichen Reformisten der Reaktion, sondern der "schrankenlose Individualismus, der heute den ‚glänzenden' Ausdruck im Loveparade-Wahnsinn, McDoof, Burger King-Essen und amerikanischer Pop-Unkultur findet." Es verwundert also kaum, dass der KDS schon lange vor der Kapitulation des irakischen Regimes Geld für den Irak sammelte, also lange bevor linke AntiimperialistInnen für den sogenannten Nationalen Irakischen Widerstand in die Bresche sprangen.

Weder die Mitglieder des KDS noch offizielle Vertreter der irakischen Botschaft machten jemals ein Geheimnis aus ihrer unheiligen Allianz. Gegenseitige Besuche standen oft auf der Tagesordnung. VerfassungsschützerInnen, JournalistInnen sowie AntifaschistInnen berichteten wiederholt von solchen Meetings. Der Geschäftsführer der irakischen Botschaft hatte sich sogar bei einem dieser Treffen der Brüder im Geiste in der Botschaft die Ehrennadel des KDS ans Revier stecken lassen. Thomas Brehl, Führungsmitglied des KDS, gibt seine Leidenschaft zum "irakischen Führer" Hussein wie folgt zu Protokoll. Saddam Hussein sei eben für ihn ein Mensch, der in einigem an den Führer Adolf Hitler erinnere.

Antifa heißt Recherche

So wird auch nachvollziehbar wieso das gegenseitige Verständnis von der europäischen extremen Rechten und dem "Führer des irakischen Volkes" so groß war. Hussein gilt als starker, den Feinden der Völker, personifiziert in den USA sowie Israel, trotzender Führer, der nach ihrer Ansicht eine nationale Volksgemeinschaft hinter sich wusste. Davon können die extremen Rechten in Europa, von Udo Voigt, über Horst Mahler, Thomas Brehl, Jörg Haider und bis hin zu Le Pen bisher nur träumen.

Das propagierte ideologische Gegenstück zum Individualismus des KDS ist ihre regressiv gemeinte "Freiheit im Kollektiv". Diese kollektive Freiheit wollen neonazistische AktivistInnen z.B. durch eine unabhängigere Organisierung und Aktionen wie Hausbesetzungen teilweise im hier und jetzt verwirklichen. In Zukunft werden also neben dem klassischen Repertoire der "nationalen Sozialisten" auch neue Aktionsformen dazukommen. Jene, die auch noch von linken SystemgegnerInnen gerne verwendet werden, stehen natürlich ganz weit oben auf der Liste der Neonazis. Hausbesetzungen oder die Schaffung von "autonomen" nationalen Jugendzentren könnten in den nächsten Jahren zu wichtigen Mobilisierungs- und Organisierungskampagnen der extremen Rechten werden.

Die häufig vorgenommene Etikettierung "rechts" oder "links" lehnt der KDS zwar nach Außen hin immer wieder ab, doch ihre Veröffentlichungen wie auch Aktionen lassen nur den Schluss zu, dass der Kampfbund eine rechts neben der NPD stehende Organisation ist, die sich offen auf den Nationalsozialismus bezieht und versucht KommunistInnen und SozialistInnen mit der nationalen Karte anzusprechen und in ihr Projekt einzubinden. Die Versuche des KDS linke SozialistInnen zu integrieren sind nicht besonders erfolgreich, real werden meistens nur Propagandaerfolge erzielt. Das martialische Auftreten seiner Mitglieder zieht zwar reichlich Jungnazis an, gerade in Nordrhein-Westfalen und Norddeutschland, doch alternative oder gar radikale Linke werden durch dieses Auftreten nicht angesprochen.

Ausnahmen bestätigen die Regel, so ein Sprichwort, und so natürlich auch in der Realität beim KDS. Einige ehemalige oder noch aktive Linke sind zweifellos im Netzwerk des KDS aktiv. In Brandenburg tritt oft ein Ex-NVA-Offizier und heutiges PDS-Mitglied im Rahmen der KDS-Veranstaltungen auf und erzählt dann stolz

von seiner Zeit in der Nationalen Volksarmee. Eine relativ bekannte Schauspielerin, Imke Barnstedt, u.a. in der RTL-Serie "Hinter Gittern" zu sehen, tritt nicht nur mit ihrem Kulturprogramm "Bedeutende Frauen in der Geschichte Deutschlands, von Magda Goebbels bis Clara Zetkin" beim Kampfbund auf, sondern Sie bekam überdies schon die Auszeichnung als "Verdiente Kulturschaffende" des KDS.

Nun zeigen diese Beispiele, und speziell der KDS, dass die Chiffren "rechts" und "links" vielleicht an Aktualität verloren haben, aber immer noch für die antifaschistische Aufklärung von Nutzen sind. Die Vermischung von nationaler und sozialer Frage gibt es von "links" wie "rechts", eine Binsenweisheit, doch erkannt von der deutschen Linken werden meistens beide nicht. Nur weil die rechten Querfrontprojekte von antifaschistischen, aber auch bürgerlichen, RechercheurInnen regelmäßig geoutet werden, sind diese häufiger im Visier der kritischen Teile der Linken. Zu hoffen wäre, dass eine breitere Auseinandersetzung durch die Outings forciert werden könnte. Doch bisher scheinen sich wie so häufig nur die RecherchespezialistInnen der Antifa mit solchen Phänomenen ausgiebig zu beschäftigen. Dass die kaum über die Dokumentation der unzählige Ereignisse hinaus kommen, ist schon länger bekannt.

Ralf Fischer

gi@mail.nadir.org

Anmerkungen:

1) So die Eigendarstellung von Michael Koth, Bezirksleiter des KDS im Interview, erschienen im Fahnenträger. Rundbrief innerhalb des nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland Nr. 9, Sommer 2003

2) Zitiert nach Sinistra Querfrontticker, www. copyriot.com/sinistra

3) Zu finden unter www.kds-im-netz.de

4) Michael Koth im Fahnenträger, 9/2003

5) Thomas Brehl, Der Sozialismus der Zukunft, zitiert nach Fahnenträger, 9/2003

6) Zu finden unter www.kds-im-netz.de

7) Michael Koth im Fahnenträger, 9/2003

34. "Wir organisieren uns, ohne eine neue Organisation zu schaffen"

Interview mit AktivistInnen von ACT!

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:35

Das neue Jahr brachte auch einen neuen Akteur auf der politischen Bühne Berlins hervor. Eine Party zum 10. Jahrestag des zapatistischen Aufstands nutzte man zum ersten öffentlichen Auftritt. Die Rede ist von ACT!, einem Netzwerk aus derzeit vier Berliner Gruppen der radikalen Linken, in denen insgesamt rund 100 Menschen organisiert sind. ACT! existiert erst seit kurzem. Die politische Zusammenarbeit der vier Gruppen besteht jedoch schon länger. Die thematischen Schwerpunkte der Zusammenarbeit waren (und sind) Anti-Kriegs-Arbeit (vor allem "Krieg ist Frieden", ein Bündnis mehrerer Berliner wie überregionaler Gruppen), die Intervention in soziale Kämpfe (etwa in der Kampagne "Berlin umsonst!" und in der Initiative Berliner Sozialforum) und Aktivitäten in Sachen Globalisierungsbewegung und Internationalismus (vom G8-Gipfel in Evian bis zum ESF in Paris). Auf Grundlage dieser gemeinsamen politischen Praxis wollen die an ACT! beteiligten Gruppen zukünftige Aktionen koordinieren und gemeinsame Debatten über politische Ziele führen. Grund genug, sie dazu näher zu befragen. Mehr Informationen - u.a. das "Gründungsdokument" Kommuniqué Nr.1 - sind auf der ACT!-Homepage zu finden: http://act.so36.net.

ak: Was zeichnet ACT! aus? Wodurch hebt sich ACT! von anderen Ansätzen der Organisierung ab?

Marianne: ACT! ist der Versuch linksradikaler Gruppen, ihre bereits bestehende gemeinsame politische Praxis durch Zusammenschluss effektiver zu machen. Ich sage bewusst Versuch, weil es ist ja noch nicht gesagt, dass das so hinhaut.

Tomas: ACT! ist nicht das Ergebnis einer abstrakten Organisierungsdebatte. Am Anfang stand nicht - wie bei anderen - die Erkenntnis sich zusammenschließen zu wollen, sondern das war das Ergebnis einer gemeinsamen politischen Praxis unterschiedlicher Gruppen.

Wer sind die beteiligten Gruppen?

Tomas: Ich komme von FelS, Für eine linke Strömung. FelS ist 1991 aus der Kritik an autonomer Politik der 1980er Jahre entstanden. Seitdem versucht die Gruppe den Spagat zwischen linksradikaler Bewegungspolitik und nachhaltiger gesellschaftlicher Intervention hinzukriegen.

Peter: Autopool existiert seit ca. sieben Jahren als autonome Gruppe. Viele von uns haben eine autonome Geschichte. Bezugspunkte sind für uns die Globalisierungsbewegung, soziale Protestbewegungen wie im Wendland oder die Sozialforen-Bewegung. Unser Schwerpunkt liegt auf praktischer Handlungsfähigkeit.

Marianne: Aus unserem Selbstverständnis heraus, dass unterschiedliche Positionen, die manchmal auch widerstreitend sind, auch produktiv nebeneinander stehen können, haben wir uns an diesen Versuch von Organisierung beteiligt.

Tomas: An ACT! beteiligt sich außerdem die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), die aus der Spaltung der Antifaschistischen Aktion Berlin vor einem Jahr hervorgegangen ist. Die ALB hat aus der Auflösung der AA/BO und dem Niedergang der Antifabewegung die Konsequenz gezogen, neben der Antifa-Arbeit ihren Focus vermehrt auf eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu verlagern, d.h. aktuell: Engagement in der Globalisierungsbewegung und den Protesten gegen Sozialabbau. Die vierte Gruppe ist subversion international, eine Gruppe, die vor allem aus Ost-Berlin kommt und hauptsächlich antimilitaristische Arbeit macht.

In euerem Kommuniqué Nr. 1 sprecht ihr davon, dass es jetzt gilt, die Konsequenzen aus der jüngsten Vergangenheit zu ziehen. Was meint ihr damit?

Marianne: Ich verstehe darunter nicht, dass wir uns in einem besonderen historischen Zeitpunkt befinden, der einen solchen Schritt notwendig macht. ACT! ist ja nicht der erste Versuch, sich stärker zu vernetzen. Aber Hintergrund ist schon die Zersplitterung und die Entwicklung der Linken. Besonders angesichts des Einflusses der sogenannten Antideutschen halten wir es aktuell für notwendig, sich organisierter gegen Positionen zu

stellen, die bestimmte Essentials wie linken Internationalismus oder Versuche, gemeinsam mit Teilen der Bevölkerung etwas auf die Beine zu stellen, stark in Zweifel ziehen.

Tomas: ACT! ist die praktische Konsequenz aus einer praktischen Erfahrung: Wenn wir schon so viel zusammen machen, dann lasst uns das doch auf eine neue Stufe bringen und das auch gemeinsam nach außen vertreten. Gemeint ist damit aber auch, dass wir im Moment - jedenfalls für die radikale Linke - bezweifeln, dass man eine vereinheitlichende Organisation gründen könnte. Unabhängig von der Frage, ob man es überhaupt wollte, ist die Tragfähigkeit und Bündnisfähigkeit der radikalen Linken so weit nicht entwickelt.

Zum dritten ist es unsere Konsequenz aus der Fraktionierung der radikalen Linken. Sie führt zu einer Lähmung, die eine zerstörende Kraft hat. Wir wollen uns aber auf die Polarisierungsstrategie der verschiedenen Sekten nicht einlassen, sondern selbst einen positiven Orientierungspunkt geben und zeigen, dass es auch anders geht.

Was ist das neue, vorwärtsweisende an dieser Art von Organisierung?

Tomas: ACT! ist nur bis zu einem gewissen Grad ein Vereinheitlichungsprozess. Die beteiligten Gruppen sollen ihre Eigenständigkeit und Unterschiedlichkeit behalten. Wir sind eine verhältnismäßig lockere Assoziation mit einer Option auf mehr - wobei sich das Mehr aus der Praxis ergeben wird. Wir wollen keine feste Organisation schaffen und das Modell ACT! auch nicht als einen bundesweiten Organisierungsansatz verkaufen.

Peter: Wir organisieren uns, quasi ohne eine neue Organisation zu schaffen. Die Weiterentwicklung besteht darin, dass es regelmäßige Treffen der beteiligten Gruppen gibt, auf denen konkret die Zusammenarbeit besprochen wird. Das hat eine Kontinuität, die sich von dem lockeren Wir-schauen-mal-was-läuft auf VVs unterscheidet.

Wie funktioniert ACT!?

Marianne: Arbeitsstrukturen, die die Zusammenarbeit und die kontinuierliche Bearbeitung eines Themenfelds, einer Kampagne oder von Aktionen erleichtern sollen. Da kommen unterschiedliche Leute zusammen, mit unterschiedlichen Erfahrungen, unterschiedlichen Blickwinkeln in der Hoffnung, das sich das produktiv ergänzt.

Peter: Konkret gibt es eine Vollversammlung aller Gruppen, und Arbeitsgruppen, die sich in wöchentlichem oder zweiwöchentlichem Rhythmus treffen. Wichtige Fragen werden auf der VV geklärt. Ob wir bei einer Aktion als ACT! auftreten oder nicht, wird im Konsensverfahren entschieden.

Tomas: Und es gibt ein Delegiertentreffen. Diese Struktur bedeutet allerdings, dass wir nur relativ schwer spontan auf etwas reagieren können.

Marianne: Je länger man zusammenarbeitet, desto eher wird man sich darauf verständigen können, ob ein Sprechen auch für andere möglich ist, ohne sich immer abstimmen zu müssen. Momentan sind wir aber erst mal am ausprobieren, es ist ein Experiment. Aber ich kann mir vorstellen, dass es Ereignisse geben wird, wo man sich darauf verlassen wird, dass die anderen Gruppen keinen Mist erzählen, wenn sie eine gemeinsame Stellungnahme machen, weil es schnell gehen muss. Erstmal ist ein Vertrauen da. Wenn es schief läuft, kann man hinterher immer noch kritisieren und es das nächste Mal anders machen.

Tomas: Momentan ist das eine Art recht informeller Struktur. Solange wir nur vier Gruppen sind, die sich teilweise relativ gut kennen, geht das gut. Wenn wir aber mehr Gruppen werden sollten, dann wird diese Art der Abstimmung schwieriger, dann werden wir andere Kommunikationsstrukturen aufbauen müssen.

Eine Erweiterung ist angedacht?

Peter: Klar, wir sind grundsätzlich offen. Wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will, muss man sich auch organisieren. Das alleine vor sich hinkrebsen, bewirkt nichts. Wie es aber genau weiter geht, wird sich zeigen.

Tomas: In der Gründungsphase gab es die Diskussion, wer eingeladen wird. Es war eine rein pragmatische Entscheidung, nur solche Gruppen einzuladen, die in den letzten zwei Jahren tatsächlich eine gemeinsame Praxis hatten. Und das nicht nur punktuell, sondern übergreifend und mit der Erfahrung, es funktioniert

gemeinsam. Auch wollten wir nur mit wenigen Gruppen anfangen, damit ACT! überhaupt eine Stabilität kriegt - das ist der zweite Grund. Wir wissen, dass das in der radikalen Linken schnell als Ausschluss wahrgenommen wird. Aber wir waren überzeugt, dass so ein zartes Pflänzchen nur dann die ersten Fröste überstehen kann, wenn der Prozess überschaubar und kontrollierbar ist. Daraus ergibt sich allerdings auch die Herausforderung, wie es eine solche Struktur schafft, sich zu öffnen und sich nicht einzuschließen. Das wird noch auf uns zu kommen.

Ein Dilemma ist, dass ACT! nur für organisierte Gruppen offen steht. Wir haben keine Möglichkeit, Einzelpersonen zu integrieren. Es ist durchaus nicht unumstritten, ob das der Weisheit letzter Schluss ist. Auch deshalb vertreten wir ACT! nicht als das Modell für die Linke und die lang erwartete linksradikale Organisierung.

Die beteiligten Gruppen haben ja unterschiedliche Organisationserfahrungen. Zumindest FelS und die ALB waren bereits an bundesweiten Zusammenschlüssen beteiligt, die mehr (FelS) oder weniger (ALB) in die Brüche gegangen sind. Wie fließen diese Erfahrungen in den ACT! -Prozess ein?

Tomas: Diese Erfahrungen fließen in Gestalt der beschriebenen Vorsicht ein, nicht zu schnell voranzuschreiten, aber auch in der Tatsache, dass wir uns als Assoziation freier Gruppen verstehen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei, dass die einzelnen Teilgruppen ihre Autonomie bewahren und verantwortlich handlungsfähig bleiben sollen und nichts an einen irgendwo existierenden Apparat delegiert wird. Ich denke mir, dass ist eine Konsequenz, die bei den einen aus Überzeugung kommen mag, und bei anderen aus der Einschätzung, dass etwas anderes momentan kräftemäßig nicht zu leisten ist.

Peter: Wichtig für uns ist, dass sich keine Hierarchien institutionalisieren, auch wenn es immer informelle Hierarchien gibt. Hierarchien sollen abgebaut werden bzw. in der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen nicht entstehen. Die schlechteste Lösung wäre, wenn wir parteiähnliche Strukturen entwickeln würden, wo nur eine Hand voll Leute die Dinge lenken. Uns ist es wichtig, dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden bzw. dass da, wo es keinen Konsens gibt, gemeinsam eine Lösung gesucht wird.

Tomas: Das ist ein wichtiger Knackpunkt bei allen Organisierungsversuchen. Wenn du eine bestimmte Effektivitätsdiskussion konsequent weiterführst, kommst du nicht an Funktionären vorbei. Da stellt sich die Frage nach bezahlter politischer Arbeit. Ich denke, hier ist im Moment die Grenze für alle Beteiligten ganz klar gesteckt. Wir wollen eine Vernetzung ohne bezahlte politische Arbeit. Das ist etwas, was bei den Projekten linker Parteien, die zur Zeit laufen, von vorneherein ausgeschlossen ist. Das sind Projekte, die ohne Funktionäre nicht auskommen. Da entscheiden wir uns lieber dafür, kleiner zu bleiben und darauf zu verzichten.

Dass du mit Modellen informeller Organisierung immer an die Grenzen der Effektivität, der gesellschaftlichen Wirksamkeit stößt, vor dem Problem werden wir natürlich stehen. Je erfolgreicher wir sind, desto mehr werden wir damit konfrontiert sein. Dieses Paradox bleibt uns nicht erspart.

Hat ein Zusammenschluss wie ACT! auch Vorbildfunktion über Berlin hinaus?

Peter: Ich denke, dass ist überall möglich, wo Leute das wollen und die Bereitschaft besteht, zusammenzukommen und über Unterschiede hinweg nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Das ist der entscheidende Punkt.

Tomas: Von Vorbildfunktion würde ich insofern sprechen, weil viele Leute aus anderen Städten mit Interesse verfolgen, was in Berlin passiert. In Berlin, aber nicht nur hier, gibt es die Stimmung, dass die Zeit der Spaltung und Identitätsfindung durch Abgrenzung dem Ende entgegengeht. Dieser Stimmungswechsel zeigt sich u.a. darin das hier, wie auch hoffentlich anderswo, es Versuche gibt, das Gemeinsame zu finden. Das ist die Ausstrahlung, die ich mir von ACT! erhoffen würde.

Marianne: ACT! ist Ergebnis unserer praktischen Zusammenarbeit. Dass wir dem jetzt einen Namen gegeben haben, wirkt vielleicht spektakulärer als ein organisch gewachsener Zusammenschluss, der auch wieder aufhört, wenn das entsprechende Ereignisse nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Das kann aber mit ACT! genauso passieren.

Tomas: Wir wollen es aber auch nicht klein reden. Erhofft ist natürlich schon eine Auswirkung auf die Politik der Linken, sonst würden wir das nicht machen. Jeder erfolgreiche Bündnisansatz sollte Hoffnung und Hunger auf mehr machen, ob er nun neu aus Berlin kommt oder anderswo schon längst praktiziert wird.

Kommt jetzt also zusammen, was schon immer zusammengehörte? Alle beteiligten Gruppen kommen doch aus einer autonomen Tradition?

Tomas: Das würde ich in diesem Kontext überhaupt nicht so formulieren. Wir haben es hier nämlich mit einem bewussten Prozess zu tun, der etwas zusammenführt, was nicht von selber zusammenwächst, sondern was eher der linksradikalen Differenzierungsdynamik unterliegt. Für die Bild-Zeitung sind wir zwar alle das selbe, aber unter uns sehen wir schon erhebliche Unterschiede. Jetzt wollen wir aber über diese Unterschiede hinweg eine Brücke bauen. Wir wollen nicht weiter wurschteln wie bisher, sondern wir fangen etwas an, von dem wir gar nicht so genau wissen, wie es enden oder weitergehen wird. Das Entscheidende ist, dass man den Optimismus hat, es auszuprobieren und sich auf diesen Prozess einzulassen.

Gibt es einen Grundkonsens, der über "in Bewegungen mitmachen" hinaus geht? Gibt es vielleicht schon ein größeres Projekt, das gemeinsam angegangen werden soll?

Peter: Zum 1. Mai könnte es etwas gemeinsames geben. Daneben werden wir uns wie in der Vergangenheit an den Mobilisierungen zu G8- oder EU-Treffen beteiligen.

Tomas: Wir setzen darauf, und sehen uns darin in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren auch bestätigt, dass die soziale Frage in der radikalen Linken wieder eine größere Rolle spielt. Wir finden es als undogmatische radikale Linke wichtig, hier in einer Weise präsent zu sein, die grundsätzlich antikapitalistisch und systemsprengend argumentiert, aber gleichzeitig den Kontakt zu dem Bereich der Linken, der nicht so weit geht, nicht scheut, sich also nicht einigelt und sagt, das ist verkürzte Kapitalismuskritik oder so etwas. Bei den Kontakten zu Sozialforen, zu attac muss angesetzt werden, das sind Leute, für die es auch eine Rolle spielt, was für linksradikale politische Gegenmodelle es gibt. Das ist für uns auch ein Punkt, an dem soziale Kämpfe und der Globalisierungsprotest zusammen kommen können. Natürlich werden wir uns am internationalen Protesttag gegen Sozialabbau am 3. April beteiligen, außerdem starten demnächst Aktionen gegen den Abschiebeknast und die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick. Längerfristig hoffen wir, 2007 eine starke Kampagne gegen den G8-Gipfel in Deutschland mitgestalten zu können.

Interview: mb., Berlin

35. Erster Preis im RIM-Ähnlichkeitswettbewerb

Antideutsche Gruppen sorgen für Eklat auf Hamburger Demo

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:36

Nach sieben Jahren und einer grundsätzlichen Überarbeitung ist die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44" des Hamburger Instituts für Sozialforschung am 29. Januar 2004 nach Hamburg zurückgekehrt, wo sie ein letztes Mal gezeigt wird. (Über die Auseinandersetzungen um die Ausstellung siehe den Artikel von Wolfram Siede.) Nicht zuletzt war die Wanderausstellung Kristallisationspunkt für die größte, identitätsstiftendste und öffentlichkeitswirksamste Kampagne der deutschen Neonaziszene der letzten Jahre - und damit immer wieder Anlass für die antifaschistische Bewegung, zu Gegenaktivitäten aufzurufen.

Dass die Nazis auf der letzten Station der Ausstellung einmal mehr den Versuch unternehmen würden, ihr Fußvolk für die Ehrenrettung der Wehrmacht zu mobilisieren, war also abzusehen. Um dies zu verhindern, fand sich ein antifaschistisches Bündnis, das von autonomen Gruppen über Avanti - Projekt undogmatische Linke bis zur VVN/BdA reicht und dessen bundesweite Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch am 31. Januar mehr als 5.000 DemonstrantInnen in Hamburg auf die Straße brachte.

Trotz der Größe der Demonstration konnte das Ziel, den Aufzug von gut 1.000 Nazis zu verhindern, nicht erreicht werden: Beim Eintreffen am Abschlusskundgebungsplatz wurden die AntifaschistInnen durch einen der drastischsten Polizeieinsätze der jüngeren Hamburger Demonstrationsgeschichte ohne Vorwarnung auseinandergetrieben. Die Polizei tat an diesem Tag alles, um die antifaschistische Demonstration zu behindern und den Aufzug der Nazis vorbei am Ausstellungsgelände zu ermöglichen. Mindestens sieben Wasserwerfer kamen bei Temperaturen knapp über null Grad zum Einsatz, zahlreiche DemonstrantInnen wurden verletzt, die Rede der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano vorzeitig beendet. Die VVN und die "Hamburger Erklärung für Versammlungsfreiheit" haben rechtliche Schritte gegen diesen skandalösen Polizeieinsatz angekündigt.

Dennoch war es ein Ereignis vom Demonstrationsbeginn, das im Nachhinein den Hauptgesprächsstoff lieferte: Etwa 30 Angehörige antideutscher Gruppen vor allem aus Berlin hatten am Auftaktort den Versuch unternommen, sich in die Spitze des Demozuges zu drängen. Dabei wurden Israel-, Großbritannien- und USA-Flaggen geschwenkt - und damit ein Beschluss des antifaschistischen Bündnisses, keine Nationalfahnen im vorderen Teil der Demonstration haben zu wollen, missachtet. Das darauf entstehende Gerangel weitete sich zu einer Schlägerei aus, bei der die mitgebrachten Fahnen als Schlagwerkzeuge gegen die vom Demonstrationsbündnis organisierten ersten Reihen eingesetzt wurden. Der Tumult wurde schließlich durch die Polizei beendet, die antideutsche Gruppe vorübergehend eingekesselt. Mit dieser Aktion (und einem ähnlichen Ereignis bei einer anderen antifaschistischen Demonstration am 17. Januar in Hamm) hat ein seit langem schwelender Konflikt innerhalb der Linken eine neue Stufe der Eskalation erreicht.

Das absichtliche Verstoßen gegen Demonstrationsabsprachen und der unter Einsatz oder Billigung körperlicher Gewalt gegen andere Linke ausgeführte Angriff auf die Veranstaltung ebenso wie das Produzieren einer Situation, die einen Polizeieinsatz in der Demonstration nach sich zieht, sind Verhaltensweisen, die die daran beteiligten Gruppen politisch untragbar machen. Das Vorgehen erinnert in seiner Form stark an Aktionen der stalinistischen RIM Mitte der 90er Jahre in Berlin. Was die beteiligten antideutschen Gruppen dazu getrieben hat, jetzt nicht nur verbal mit dem Rest der Linken zu brechen, sondern diesen Bruch auch durch gewalttätige oder Gewalt provozierende Aktionen wie die in Hamburg und Hamm zu unterstreichen, ist allerdings unklar. Bis auf die unvermeidliche Bahamas hat sich seitens der an der Auseinandersetzung Beteiligten bis Redaktionsschluss nur die Autonome Antifa Nordost (AANO) aus Berlin zu den Vorfällen geäußert. In ihrer Stellungnahme von Anfang Februar erklärt die AANO, beim Versuch, sich im vorderen Teil der Demonstration einzureihen, von "gewalttätigen Linksdeutschen" angegriffen und der Polizei in die Arme getrieben worden zu sein. Sie fordert eine "juristische Untersuchung der Umstände, die zu dem Eingreifen der Hamburger Polizei gegen die israelsolidarischen Antifas (...) geführt haben". Außerdem verlangt sie von den anderen an der Demonstration beteiligten Berliner Gruppen eine Stellungnahme zu den Vorfällen. Immerhin in diesem letzten Punkt kann dem Vorschlag der AANO nur zugestimmt werden. Das praktischen Angebot zum Ende der Zusammenarbeit, das die beteiligten antideutschen Gruppen am 31. Januar der Linken unterbreitet

haben, sollte angenommen werden. Insbesondere von denjenigen Gruppen, deren Beteiligung an den Vorfällen noch offen ist, wären klärende Worte sehr wünschenswert.

Inzwischen bereitet auch das antifaschistische Bündnis aus Hamburg eine Stellungnahme vor, in der die Aktion als Angriff auf die Demonstration gewertet wird. Dennoch sollte über diese Ereignisse die erfolgreiche Arbeit des Bündnisses nicht in Vergessenheit geraten. Sein politisches Auftreten im Vorfeld des 31. Januar hat dazu beigetragen, AnwohnerInnen der Nazi-Route zu ermuntern, sich zusammen zu schließen und ihre Ablehnung des braunen Aufzuges zum Ausdruck zu bringen. Es ist zu hoffen, dass das Bündnis die Zeit bis zum nächsten Aufmarsch der Nazis am 27. März in Hamburg nutzt, um die Zusammenarbeit mit den AnwohnerInnen auszubauen und den Polizeieinsatz öffentlich zu skandalisieren.

pp

36. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:37

Alpiner HipHop von Texta ZU GEWINNEN

Wo wir in dieser Ausgabe schon beim Thema HipHop sind: In hiesigen Breitengraden weitgehend unbekannt ist das Treiben der Rapper im alpinen Nachbarland Österreich. Vielleicht liegt es am Dialekt, der so sehr niedlich und charmant klingt, dass man sich österreichischen HipHop schwer vorstellen kann. Texta nennen sich die vier MCs plus einem DJ, die aus der Gegend von Linz stammen und bereits seit 1993 HipHop machen. Neben zwei, drei anderen Combos wie z.B. Total Chaos und Mad Mission ist Texta eine der wenigen Bands aus der Alpenrepublik, die auch in der Bundesrepublik einen gewissen Bekanntheitsgrad haben.

Wie so viele andere entschieden sich Texta für deutschsprachigen Rap, nachdem sie in den 1990er Jahren an die Heidelberger Advanced Chemistry umTorch, Linguist und Toni L gerieten. Kontakt gibt es auch nach Rumänien: Im Herbst 2002 beteiligten sich Texta an einem Album der in Rumänien durchaus als berühmt sich bezeichnenden Crew Parazitii mit dem Track from bucuresti to linz.

Dieser Tage wird nun das inzwischen vierte Album von Texta mit dem Titel So oder So erscheinen. Als Gäste sind die aus der Schweiz stammende Sektion Kuchikästli, OneIIMany aus Kroatien, der Münchener Blumentopf und als Special Guest der Wiener Louie Austen dabei. Eine interalpine Produktion sozusagen. Neben dem Titelsong, der auch als Single veröffentlicht ist und der von der eigenen Moral angesichts vermeintlicher Sachzwänge (Gewalt, Krieg, Medienpropaganda) handelt, ist vor allem der Track Österreich zu erwähnen. Eine sicherlich höchst subjektive Bestandsaufnahme des Heimatlandes von Texta, zwischen Haider, Schüssel, Abschiebungen, Kleingeistigkeit und Kronen-Berichterstattung. Das Ganze ist auf einen eher warmen, harmonischen Beat gelegt, der beinahe "ohrwurm-verdächtig" ist. Sicher nicht zufällig, dass direkt nach diesem Song der Titel Fernweh folgt. (Dse)

Texta, So oder So, www.texta.at

Wir verlosen eine CD von Texta! Schickt eine mail an: redaktion@akweb.de. Stichwort: Texta. Und die Postadresse nicht vergessen.

Gitarrenwände

Im bayerischen Luftkurort Bad Hindelang hängt die Luft derzeit voller sägender Gitarren. Hartnäckig arbeitet man dort beim Musik-Promoter Brainzone daran, das Comeback quiekender E-Gitarren voranzubringen. So hat er z.B. die aus Schweden stammende Band The Mobile Mob Freakshow (TMMF) unter Vertrag. Im März erscheint deren neues Album Ready to misguide a new generation.

Auch Cosmic Ballroom stammen aus dem Land der Elche und Ikea. Stone, Broke & Ready to rumble lautet der Titel ihres ebenfalls im Februar erscheinenden zweiten Albums. Beide Alben sind laut und aggressiv und mit ganzen Wäldern voller Gitarren zugestellt, dass es kein Entkommen gibt. Da drängt sich geradezu die Frage auf, was ist nur los im Land der weiten Seelandschaften und Schären?

Wo viele die Ruhe und Weite der endlos und unberührt scheinenden Natur suchen, drehen die Einheimischen offenbar vor Langeweile durch und zerfetzen all diese Lieblichkeit mit kriegsähnlichen Soundkulissen. Dabei kommen dann bei TMMF Songs wie Get out of my Live, Criminality is Art oder We dont like you raus. Irgendwie Punk.

Wie ein Griff mitten in die 1970er Jahre klingen Bettie Ford und ihr Album League of Fools. Irgendwo zwischen Rory Gallagher und Deep Purple. International besetzt, stammt die Band eigentlich aus Köln. Im Vergleich zu den beiden schwedischen Bands sind die Riffs bei Bettie Ford zwar auch noch stramm und wie eine Wand aufgestellt, aber erheblich harmonischer, fast sehnsüchtig angelegt. Man muss keineswegs Headbanger sein, um sich diese Scheibe zu Gemüte zu führen. Gemeinsam mit TMMF ist Bettie Ford im März auch in einigen deutschen Städten unterwegs. (DSe)

Bettie Ford und TMMF auf Tour:

23.3. Bochum, Zwischenfall, 24.3. Hamburg, Schlachthof (Knust), 25.3., Köln, Prime Club, 26.3. Berlin, Wild At Heart, 27.3. Stuttgart, Landespavillion.

Bettie Ford, League of Fools. The Mobile Mob Freakshow, Ready to misguide a new generation. Cosmic Ballroom, Stoned, broke and ready to rumble. Infos: www.brainzone.de

37. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:38

"Aktionsbündnis 04 gewinnt"

Eine schlechte Tradition: Jedes Jahr im August demonstrieren Nazis zum Gedenken an ihr Idol Rudolf Hess durch Wunsiedel. Damit es dieses Jahr eine große Gegendemo gibt, fängt die Planung für die antifaschistischen Aktivitäten früh an: Das erste bundesweite Vorbereitungstreffen findet am 21. Februar in Göttingen statt.

Göttingen, 21.2.2004, 10-16 Uhr, Lange Geismar Straße 72. Für Infos oder Schlafplätze:

Wunsiedel2004@yahoo.de

Klassenkampf revisited

Die jour fixe initiative berlin organisiert seit 1997 Veranstaltungsreihen, die sich vor allem mit Fragen linksradikaler Theorie beschäftigen. In ihrer aktuellen Reihe schlägt sie den Bogen zu den politischen Subjekten, die den Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse organisieren. Dahinter steht die Frage, weshalb die Klassen, auf deren Lebensverhältnisse der derzeitige Angriff des Kapitals zielt, bisher nicht zu einer politischen Zusammensetzung gefunden haben, die die Kraft besäße, das herrschende Projekt ins Wanken zu bringen. Die trotzdem existierenden Versuche, den Widerstand gegen die Hegemonie des Kapitals zu organisieren, sollen in den Blick genommen, positive historische Bezugspunkte herausgearbeitet werden.

Berlin, 25.2.2004, 19.30 Uhr: Afrika als liberales Protektorat? (Anne Jung); 1.3., 19.30 Uhr: Stadtguerilla und Klassenkampf (Klaus Viehmann); 5.4., 19.30 Uhr: Die Subversion des Mai 68 (Elfriede Müller); 3.5., 19.30 Uhr: Neue Armut und Widerstand in Argentinien (Andreas Fanizadeh); 21.6., 19.30 Uhr: Die Ideologie der Chancengleichheit. (Holger Schatz). Alle Veranstaltungen im Kulturhaus Mitte, Auguststraße 21

Türkiyede Antisemitizm

Als am 15. November 2003 die jüdische Gemeinde in Istanbul von blutigen Anschlägen erschüttert wurdenherrschte dennoch Einvernehmen: Antisemitismus spielt in der Türkei keine Rolle. Dass die Dinge etwas anders liegen, wurde in ak 479 deutlich. Auf einer Veranstaltung am 29. Februar in Hamburg-Altona spricht nun Rifat N. Bali, Historiker und Publizist aus Istanbul über "das bestgehütete Geheimnis der Türkei". Der Vortrag wird auf türkisch gehalten und ins Deutsche übersetzt. Veranstalterin ist die Hamburger Initiative gegen Antisemitismus und Antizionismus.

Hamburg, 29.2.2004, 19.30 Uhr, Schachar, das Jüdische Theater in Hamburg, "Haus 7", Hospitalstr. 111

Romero-Tage

Wir empfehlen hiermit eine Filmreihe zu Frauen in Lateinamerika, die es im Rahmen der Oscar-Romero-Tage 2004 im Metropolis Kino zu sehen gibt. Der Eintrittspreis: 6 EUR, ermäßigt 4.

Hamburg, 9.3.2004, 17 Uhr: Große Freiheit - kleine Freiheit (Uruguay/BRD 2000); 15.3., 19 Uhr sowie 18.3., 17 Uhr: Señorita extraviada - Junge Frau vermißt (USA/Mexiko 2001); 17.3., 17 Uhr: Hinter Mauern. Frauen im Gefängnis von Quito (Ecuador/BRD 2001); 29.3., 19 Uhr: Desembarcos - es gibt kein Vergessen (Argentinien/BRD 1989), 30.3., 10 Uhr: Schülervorstellung mit Anmeldung für Romero - Tod eines Erzbischofs (Deutschland 2003). Alle Filme im Metropolis-Kino, Dammtorstr. 30a

Pro Antimacht

Die Vorstellung zahlloser linker Befreiungsbewegungen, dass man die Macht erobern müsse, um die Gesellschaft zu verändern, ist im zapatistischen Aufstand vor zehn Jahren umgekehrt worden: "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen", ist seither ein Credo, das in der globalisierungskritischen Bewegung eine große Rolle spielt. Es ist außerdem der Titel eines Buches von John Holloway, Politologe aus Mexiko-Stadt, das in ebenjener Bewegung stark rezipiert wird. Um das Verhältnis von Macht, Gegenmacht und Antimacht und um die Bedingungen für gesellschaftliche Veränderungen soll es auf der

Diskussionsveranstaltung mit John Holloway und Thomas Seibert (Redaktion Fantômas) in Berlin gehen. Veranstalter sind die Antifaschistische Linken Berlin (ALB), AttacCampus Berlin und die Redaktion Fantômas.

Berlin, 17.3.2004, 20 Uhr, Hebbel am Ufer (HAU 2), Hallesches Ufer 32

Hoch die Fahnenflucht!

Ludwig Baumann: Die Geschichte einer Desertion und der lange Kampf um Rehabilitierung. Ludwig Baumann wurde als Wehrmachts-Deserteur zum Tode verurteilt, verbrachte mehrere Monate in der Todeszelle, wurde anschließend in Konzentrationslager und Wehrmachtsgefängnisse verschleppt und dann in ein Bewährungsbataillon zwangsrekrutiert. Seit 1990 ist er Vorsitzender des Verfolgtenverbandes Opfer der NS-Militärjustiz und kämpft für die Rehabilitierung aller von der Militärjustiz verurteilten. Eine Veranstaltung von ak - analyse + kritik, Fantômas und GWA St. Pauli Süd e.V. im Rahmen des offiziellen Begleitprogramms zur Wehrmachtsausstellung. Eintritt: 2 EUR.

Hamburg, 25.3.2004, 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Wehrmachtsausstellung

Rund um die Wehrmachtsausstellung findet eine ganze Reihe von Veranstaltungen statt. Wir kündigen an dieser Stelle einige an, darunter eine mit Hannes Heer, der in der Buchhandlung im Schanzenviertel über die Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung und deren anschließende Neukonzeptionierung spricht.

Hamburg, 4.3.2004, 19.30 Uhr: Hamburg - seit 30 Jahren Zentrum von Neonazi-Kampagnen, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12; 11.3., 19.30 Uhr: Traditionen und Brüche. Das Verhältnis von Bundeswehr und Wehrmacht, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12; 23.3., 20 Uhr: Vom Verschwinden der Täter. Buchvorstellung und Diskussion mit Hannes Heer, Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55

Israel, Palästina und die Linke

Der Nahostkonflikt, an dem sich seit Jahren die linken Geister scheiden, wurde in der Vergangenheit auch in der Bundeskoordination Internationalismus, kurz: Buko heiß diskutiert. Das nimmt der Buko zum Anlass, zu einem Ratschlag zu laden. Zu dem Ratschlag, der sich zunächst mit den israelischen und den palästinensischen Positionen im sowie mit dem deutschen Blick auf den Konflikt auseinander setzen wird, sind Buko-Mitglieder ebenso eingeladen wie andere Interessierte. Ein Reader wird vorbereitet.

Vlotho, 26.-28.3.2004, Gesamteuropäisches Studienwerk, Südfeldstr. 2-4. Anmeldung: Buko-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/393 156, www.buko.info

38. Dümpelnd in den Untergang

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:39

Keine Frage, die SPD kriselt, und das nicht zu knapp. Scharenweise rennen ihr die WählerInnen und das eigene Parteivolk davon. Glaubt man den diversen Umfrageergebnissen, dann dümpelt die deutsche Sozialdemokratie inzwischen bei 24% und hat ihr Prestige in Sachen "soziale Kompetenz" restlos verspielt. So was kommt von so was, ist man versucht zu sagen. Es mag in diesem Land kein besonders ausgeprägtes Bewusstsein über emanzipatorische Alternativen zur Agenda 2010 geben. Sehr wohl aber gibt es ein Bewusstsein darüber, dass es einem grundsätzlich an den Kragen geht. Und die meisten wissen auch, wer die umfassende und existenzielle soziale Verunsicherung, die so viele deutlich spüren, politisch zu verantworten hat.

Ist der Tanker also auf Grund gelaufen? Wer mit diesem Bild operiert, versteht die SPD noch als fordistische Volks- und Massenpartei. Doch es ist ja gerade der Witz an der Agenda 2010, dass Schröder und Scholz damit auch die Reform-SPD von Bad Godesberg entsorgt haben. Sicher nicht im Handstreich und auch nicht ohne Reibungsverluste, aber alles in allem durchaus erfolgreich. Die Agenda-Parteitage vom Sommer letzten Jahres haben das deutlich gezeigt, die ohnehin nur schwach ausgeprägte inhaltliche Gegenwehr existiert nicht mehr. Was allerdings sehr wohl existiert, ist der Massenfrust, die Abstimmung mit den Füßen per Parteiaustritt oder eben durch Nichtwahl.

Wenn sich jetzt bei der SPD das Personalkarussell dreht, so signalisiert das zwar Handlungsbedarf in Sachen innerparteilicher Beziehungspflege, ist aber kein Ausdruck für ein irgendwie geartetes inhaltliches oder gar strategisches Wendemanöver. Schröder, Müntefering, Benneter und wie sie alle heißen, bemühen sich fleißig und überzeugend um den Nachweis, dass sie weiterhin gewillt sind, die sozialen Sicherungssysteme zu zerschlagen, den Gewerkschaften die Daumenschrauben anzulegen und die Unternehmen zu entlasten.

Die mahnenden Worte der Grünen, im "Reformeifer" nicht nachzulassen, sind überflüssig. Sie zeigen lediglich, von wem man auf gar keinen Fall irgendeine Art sozialer Rücksichtnahme zu erwarten hat.

Die Benennung Münteferings zum Parteivorsitzenden und Benneters zum Generalsekretär ist denn auch keineswegs gleich bedeutend mit einer Schwächung Schröders und seines Agenda-Kurses, im Gegenteil. Benneter mag ein "gemäßigter Linker" sein, gleiches hat man von Olaf Scholz aber auch gesagt. Darüber hinaus besitzt der Neue eine Schlüsselqualifikation, die nun überhaupt nicht auf irgendeine inhaltliche Widerborstigkeit gegenüber dem Kanzler hindeutet: Der Ex-Stamokap-Juso ist Schröders Tennispartner und langjähriger Intimus. Die personelle Rochade hat vor allem den Zweck, den Kanzler und die Politik, die so eng mit seinem Namen verbunden ist, aus der Schusslinie zu nehmen. Franz Müntefering und Klaus-Uwe Benneter sind die neuen Quietsche-Entchen in der SPD-Badewanne, auf dass die geschundenen Partei- und WählerInnenseelen davon abgelenkt werden, wie ihnen das Wasser weiter abgelassen wird. Denn dass der Stöpsel gezogen bleibt, steht außer Frage.

Der Rückzug Schröders vom Amt des Parteivorsitzenden hält ihm in Zukunft den Rücken frei. Er braucht nun noch ein bisschen weniger Rücksicht auf die Befindlichkeiten in seiner Partei zu nehmen. Dafür ist neuerdings Müntefering da, und wahrscheinlich spielt der die Rolle des Partei-Zampanos auch sehr viel souveräner als der "Genosse der Bosse". Doch die innere Widersprüchlichkeit bleibt: Die Aussöhnung des traditionssozialdemokratischen Milieus mit der Agenda 2010 kann nur vorübergehend gelingen, so lange eben, bis sich das Ablenkungsmanöver verbraucht hat. Langfristig werden die Schröders allein in der Wanne sitzen - wahrlich eine Karikatur von einem Tanker.

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:40

Da sage noch mal irgendjemand, linksradikale Publizistik sei eine dröge Angelegenheit. Der- oder diejenige war noch nie an einem Produktionsfreitag in der ak-Redaktion, wenn's um die Bildauswahl zum aktuellen Schwerpunkt der Ausgabe geht. Der beschäftigt sich diesmal mit diversen Erfahrungen lokaler Sozialforen und anderer Vernetzungsversuche in Deutschland - ein wunderbarer Anlass für teenagerhaftes Gekicher und lautstarkes Gewieher. Dass wir die aktuellen Organisierungsversuche von lokalen Initiativen und Grüppchen mit Parteitagsbildern in der Tradition der III. Internationale illustrieren, werden einige nicht komisch finden. Bei ihnen entschuldigen wir uns hiermit ausdrücklich.

Bei aller Selbstironie beschäftigen wir uns dennoch durchaus ernsthaft mit dem Thema. Gerade die beiden Beispiele aus Berlin und Hamburg zeigen, mit welchen Schwierigkeiten und Widersprüchen Vernetzungsinitiativen zu kämpfen haben, die sich ausdrücklich auf reale soziale Bewegungen beziehen und mehr sein wollen als die neueste Auflage eines reinen Organisationenbündnisses. Egal ob man sich dabei auf das Label "Sozialforum" bezieht (Berlin) oder nicht (Hamburg) - die Probleme sind unabhängig von lokalen Besonderheiten sehr ähnlich. Wenn von Vernetzung die Rede ist, dürfen auch die Prozesse nicht fehlen, die sich zumindest bei einem Teil der verbliebenen parteiförmigen Organisationen in leninistischer Tradition vollziehen. Auch hier gibt es Formierungsversuche und organisationsübergreifende Debatten, die noch vor kurzem kaum denkbar gewesen wären. Wohin die Reise in diesem Spektrum der Linken geht, wird man sehen. Und schlussendlich wäre diese "Vernetzungs"-ak ohne einen ausführlichen Bericht vom Weltsozialforum in Bombay/Mumbai unvollständig.

Vereinzelt bekommen wir den Vorwurf zu hören, ak sei in der letzten Zeit zu "feuilletonistisch" geworden. Im Vergleich zu Zeiten, wo Alltags- und kulturpolitische Themen in dieser Zeitung eher ein tristes Schattendasein gefristet haben, hat sich da einiges geändert - zum Positiven, wie wir finden, zumal die unmittelbar politische Bedeutung kultureller Ausdrucksformen oft genug unterschätzt wird. Die aktuelle Kopftuchdebatte in Frankreich und in Deutschland ist ein deutliches Beispiel dafür, wie an einer vordergründig kulturellen Frage politisch und ideologisch hoch aufgeladene gesellschaftliche Diskurse organisiert werden. Auch die Artikel zur Wehrmachtsausstellung in dieser ak-Ausgabe stehen an einer Schnittstelle von Kultur und (Geschichts-)Politik.

Der Bereich Wirtschaft und Soziales wird in dieser Ausgabe auch von einem Thema geprägt, das lange in der Linken und in der Gesellschaft unterbelichtet und tabuisiert worden ist, der Prostitution. Dabei ist Sex-Arbeit auch in Deutschland ein eminent bedeutsamer Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger Bereich der Erwerbsarbeit. Die Initiativen von ver.di, für Prostituierte ganz normale gewerkschaftliche Beratungs- und Organisationsarbeit zu etablieren, sind der Hintergrund für ein ausführliches Interview.

Last but not least müssen wir auch diesmal wieder auf unsere Spendenkampagne hinweisen. Bitte beachtet und befolgt den Spendenaufruf auf der letzten Seite. Das Spendenziel ist noch nicht erreicht, und wir brauchen jeden Cent.

ak-Redaktion

40. Auf zum Endspurt!

Nur noch wenige Wochen: 25.000 Euro für ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:41

Nach gutem Beginn erlebt unsere Spendenkampagne für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. derzeit einen leichten Durchhänger. In den vergangenen vier Wochen sind nur wenig mehr als 2.000 Euro zusammen gekommen. Da bleibt uns nichts anderes übrig, als ein weiteres Mal mit der Sammelbüchse zu rasseln. Einige uns aus den Vorjahren persönlich bekannte SpätzahlerInnen sollten sich auf Hausbesuche einstellen. Wenn es demnächst am frühen Abend klingelt, ist es nicht jemand von der GEZ, der nach nicht angemeldeten Fernsehern fahndet sondern vielleicht unser energischer junger Praktikant "pp", der zur Hebung der Zahlungsmoral aktiv wird. Da es dabei zu peinlichen Szenen kommen könnte, mahnen wir noch einmal zur bargeldlosen Zahlung auf unser Konto. Die Hamburger UnterstützerInnen dürfen auch gern mit prall gefüllten Kuverts im Redaktionsbüro vorbeikommen.

Parallel zur Produktion der zweiten ak-Ausgabe des Jahres überlegen die RedakteurInnen und die übrigen (größtenteils) langjährigen UnterstützerInnen neue Schritte zu Absicherung, Verbesserung und weiterer Verbreitung unseres publizistischen Angebots. In Sachen Werbung kommen dabei mitunter auch unkonventionelle Ideen zustande. So trauen wir uns ohne weiteres zu, dem stocklangweiligen Kino-Spot des Focus (Helmut Markwort und KollegInnen spielen Redaktionssitzung) eine schauspielerisch sehr viel brillantere Darstellung unserer mitreißenden Diskussionen entgegenzusetzen. Auch das Mittel des Animationsfilms ließe sich nutzbringend einsetzen - die frappierende Ähnlichkeit eines Redaktionsgenossen mit der sympathischen, 150jährigen Schildkröte Crush aus "Findet Nemo" dürfte die Abo-Zahlen in die Höhe schnellen lassen.

Da das noch Zukunftsmusik ist, bauen wir einstweilen auf konventionellere Mittel. Demnächst wird ein Werbefaltblatt gedruckt, das in etlichen Städten in Umlauf gebracht werden soll. Es wird zwar professionell (und trotzdem kostengünstig) verbreitet, kann und soll aber auch von unseren LeserInnen angefordert und verteilt werden.

Was lässt sich noch tun, um die Aktivitäten des Vereins finanziell abzusichern? Die Ausfälle des bayrischen Müllermeisters und CSU-Generalsekretärs Michael Glos gegen den "Ökostalinisten" Jürgen Trittin legen den Gedanken nahe, bei letzterem noch einmal anzufragen: Da seine ehrlichen Bemühungen, dem deutschen Staatswesen zu dienen, offensichtlich so wenig honoriert werden, könnte er gerade jetzt geneigt sein, alte politische Freundschaften wieder aufleben zu lassen. Und wenn er seine Beiträge ab 1980 (auf Basis des aktuellen Ministergehalts) nachzahlt, wären wir für längere Zeit aus dem Schneider. Jürgen, bitte melde dich!

Diejenigen, die solche Überlegungen für Luftschlösser halten, können wir beruhigen: Politisch bleiben wir mit beiden Beinen auf der Erde. Anfang März wollen wir auf einer Arbeitskonferenz mit linken AktivistInnen über eine qualitative Verbesserung von ak und Fantômas sowie über gemeinsame Veranstaltungen beraten. Darüber demnächst mehr.

Einstweilen gilt es, für den kleinen Sprung nach vorn die materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Also spendet, damit wir die fehlenden 4.000 Euro noch zusammen bekommen. Bei Spenden über 50 Euro erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung. Spenden unter 50 Euro könnt ihr steuerlich direkt mit dem Überweisungsträger absetzen. Und natürlich bekommen alle SpenderInnen, unabhängig von der Höhe ihrer Spende, ein herzliches Dankeschön. Ohne euch könnten wir einpacken.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ 20010020

41. Vernetzung

CD-Datei: daten/aksuche/ak481/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:481:thema

So viel Bewegung wie in den letzten beiden Jahren gab es innerhalb der (radikalen) Linken schon lange nicht mehr. Angesichts des forcierten Klassenkampfs von oben formieren und organisieren sich immer mehr lokale Initiativen, Gruppen und Organisationen. Diese Vernetzungsversuche betreffen die Basis- und Bewegungslinke, doch auch in einem Teil der parteiförmigen Linken leninistischer Tradition finden Formierungsversuche und organisationsübergreifende Debatten statt. In unserem Schwerpunkt wollen wir die Schwierigkeiten und Widersprüche solcher Vernetzungsversuche ausloten und einige dieser Experimente vorstellen.